

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Heinrich Kreft

## Das „asiatische Wunder“ in der Krise

Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung  
im asiatisch-pazifischen Raum

Manfred Pohl

## Japan und die Zukunft der ASEAN-Staaten

Aurel Croissant

## Demokratisierung und die Rolle der Zivilgesellschaft in Südkorea, Taiwan und auf den Philippinen

Jürgen Rüland

## Religiöse Erneuerung in Südostasien

Ihre Auswirkungen auf Säkularisierung und Demokratie

Siegfried Böttcher

## Andere Werte und Handlungsrahmen in Ostasien

Konsequenzen für Deutschland

B 48/98

20. November 1998

Heinrich Kreft, Dr. phil., M. A., B. A. (USA), geb. 1958; Studium der Politologie, Geschichte, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie am Juniata College, Huntingdon, Pa. (USA), an der Universität Münster und am Institut d'Etudes Politiques, Sorbonne Nouvelle (Paris); seit 1985 im diplomatischen Dienst; seit 1996 im Planungsstab des Auswärtigen Amtes; Lehrbeauftragter für internationale Politik an der Universität GH Siegen.

Zahlreiche Veröffentlichungen über außen- und entwicklungspolitische Themen, Lateinamerika und Asien; zuletzt: Deregulierung der japanischen Wirtschaft – mehr als ein Schlagwort? Der schwierige Reformprozeß in Japan, in: Manfred Pohl (Hrsg.), Japan 1996/97. Politik und Wirtschaft, Hamburg 1997; Lösung der offenen koreanischen Frage nach deutschem Vorbild?, in: Außenpolitik, (1998) 1; Japan und die ostasiatische Wirtschaftskrise, in: Manfred Pohl (Hrsg.), Japan 1997/98. Politik und Wirtschaft, Hamburg 1998.

Manfred Pohl, Dr. phil., geb. 1943; Studium der Japanologie, Politologie, Sinologie und Geschichte in Hamburg und Kyoto; 1976–1994 wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde Hamburg; seit 1994 o. Professor für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft des modernen Japan an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u.a.: Japan, München 1996<sup>3</sup>; (Hrsg.) Länderkunde Japan, Stuttgart 1986; (Hrsg. zus. mit Hans-Jürgen Mayer) Länderbericht Japan, Bonn 1998.

Aurel Croissant, M.A., geb. 1969; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft in Mainz; Lehrbeauftragter und Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; 1994 Scholar an der Dankook University, Seoul; 1998 Fellow der Korea Foundation, Seoul.

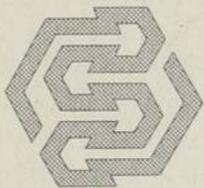
Veröffentlichungen u. a.: Politischer Systemwechsel in Südkorea (1985–1997), Hamburg 1998.

Jürgen Rüland, Dr. phil., geb. 1953; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Freiburg.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) The Dynamics of Metropolitan Management in Southeast Asia, Singapore 1997<sup>2</sup>; (Mithrsg.) Japan und Deutschland in der internationalen Politik. Neue Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges, Hamburg 1997; Politische Systeme in Südostasien. Eine Einführung, Landsberg 1998; (Mithrsg.) Hongkong und China auf dem Weg in das Pazifische Jahrhundert, Hamburg 1998.

Siegfried Böttcher, geb. 1929; seit 1959 tätig im Bundesministerium für Wirtschaft, im Auswärtigen Amt (Botschaft Addis Abeba), Bundesministerium des Inneren (Bundesakademie für Fortbildung), im Bundeswirtschaftsministerium (zuständig für ostasiatische Länder); seit der Pensionierung freier Publizist und Referent.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu wirtschafts- und handelspolitischen Fragen, mit Schwerpunkt auf Ostasien.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: [ag2@bpb.de](mailto:ag2@bpb.de)

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## Das „asiatische Wunder“ in der Krise

### Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum

Obwohl das 21. Jahrhundert noch nicht einmal begonnen hat, war in den vergangenen Jahren immer wieder die Rede vom kommenden asiatisch-pazifischen Jahrhundert. Auch die große Mehrheit der Asienexperten ging davon aus, daß sich das beeindruckende ostasiatische Wirtschaftswachstum in einigen Ländern zwar abschwächen, aber prinzipiell fortsetzen würde<sup>1</sup>. Am 2. Juli 1997 platzte mit dem Beginn der Währungskrise in Bangkok dieser Traum vom pazifischen Zeitalter. Ostasien ist seither der Schauplatz der größten Krise seit dem Ende des Kalten Krieges, die für einige die größte Bedrohung des Wohlstandes weltweit seit den Erdölpreiskrisen der siebziger Jahre oder gar seit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren darstellt<sup>2</sup>.

#### I. Das ostasiatische Wirtschaftswunder

Die meisten Länder im pazifischen Teil Asiens (Ostasien) mit den beiden Subregionen Nordostasien („Ferner Osten“) und Südostasien haben in den vergangenen Jahrzehnten eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erlebt, die in der Geschichte der Weltwirtschaft einmalig ist. Hoffnungslos zurückgebliebene Entwicklungsländer<sup>3</sup> entwickelten sich in kurzer Zeit dank hohen Wachstums auf der Basis fortlaufenden Strukturwandels zu industriellen Schwellenländern, die zu ernsthaften Konkurrenten der etablierten Industrie- und Handelsstaaten wurden. Den Anfang machten die sogenannten „kleinen Tiger“ Nord-

ostasiens (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur), gefolgt von den „neuen Tigern“ Südostasiens (Thailand, Indonesien, Malaysia). Diese Länder sind seit Mitte der siebziger Jahre mit durchschnittlich jährlich sieben und seit Beginn der neunziger mit neun Prozent Wirtschaftswachstum deutlich schneller gewachsen als jede andere Ländergruppe der Welt. Ihnen gelang eine Vervielfachung ihres realen Pro-Kopf-Einkommens in Rekordtempo: Südkorea und Singapur um 700 Prozent zwischen 1965 und 1995, Taiwan und Hongkong im selben Zeitraum um 400 Prozent sowie Indonesien, Malaysia und Thailand um über 300 Prozent. In den achtziger Jahren wurden auch die südlichen Küstenregionen Chinas mit einer Bevölkerung von mehr als 250 Millionen Menschen von der Wirtschaftsdynamik Ostasiens erfaßt.

Angesichts dieser beeindruckenden Entwicklung wurde intensive Ursachenforschung betrieben, um aus dieser erfolgreichen nachholenden Entwicklung Lehren für andere Weltregionen zu ziehen. In ihrem 1993 vorgestellten Untersuchungsbericht „The East Asian Miracle“ kommt die Weltbank zu dem Ergebnis, daß die Menschen Ostasiens das Wunder bewirkt hätten einfach durch intensiveres Lernen, härteres Arbeiten und konsequenteres Sparen als die Menschen in anderen Weltregionen. Das Wirtschaftsmodell bestehe aus der simplen Anwendung orthodoxer westlicher Wirtschaftsprinzipien: außenwirtschaftliche Öffnung für Handel und Direktinvestitionen verbunden mit „good governance“ mit kleinen, ausgeglichenen staatlichen Haushalten und einer konservativen Geldpolitik als Grundlage für geringe Inflation und hohe Sparraten<sup>4</sup>.

Das Wachstum hat zu einem starken Urbanisierungsprozeß der einstigen Agrargesellschaften geführt. In Malaysia ist die landwirtschaftliche

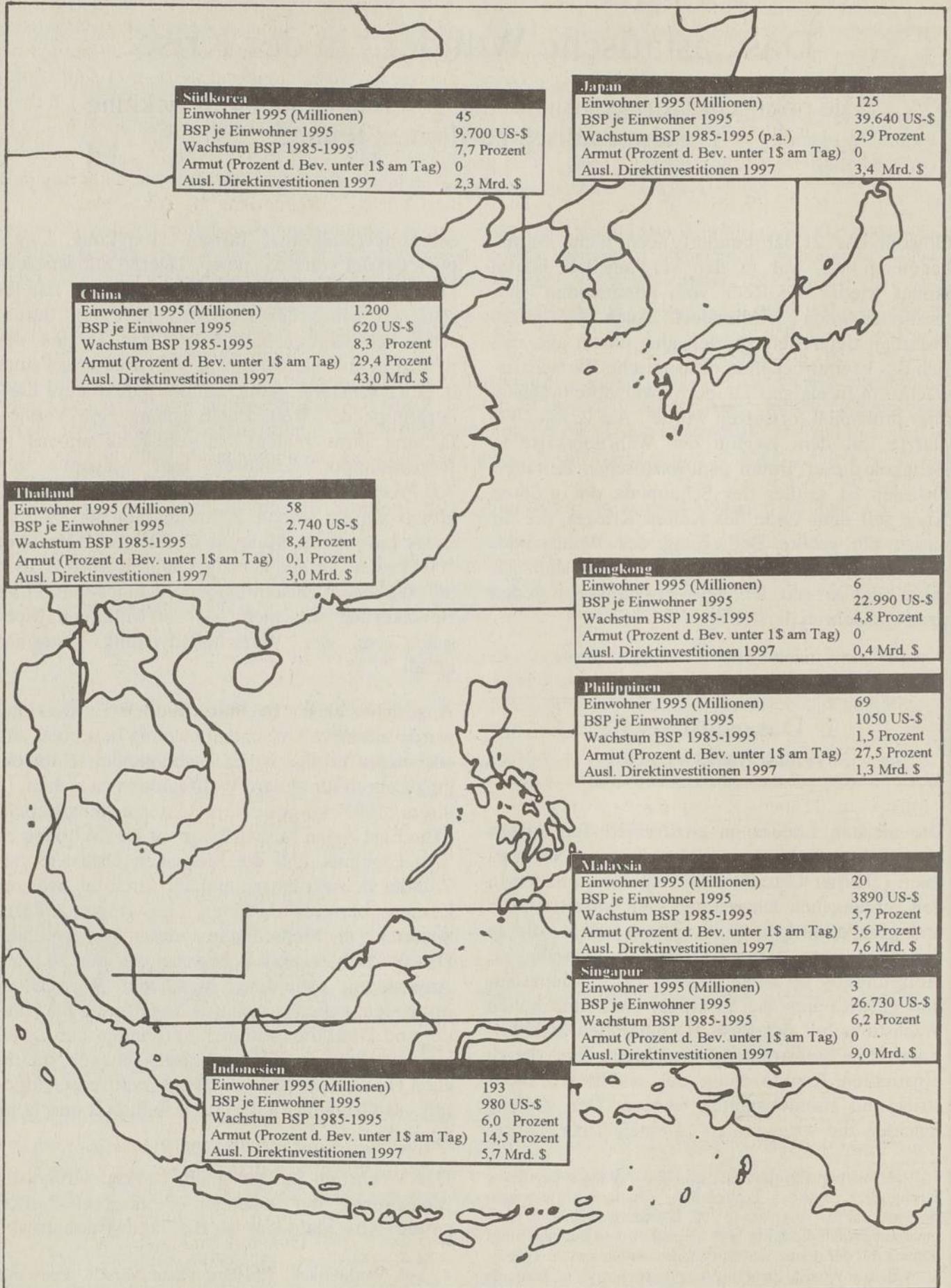
1 Vgl. Werner Draguhn (Hrsg.), Das Asiatisch-Pazifische Jahrhundert. Mythos – Bedrohung – Chance? Mitteilungen des Instituts für Asienkunde 292, Hamburg 1998. Der Sammelband enthält die Mitte 1997 überarbeiteten Beiträge einer Tagung mit der deutschen Wirtschaft vom November 1996.

2 Vgl. u. a. What to do about Asia (cover story), in: Business Week vom 26. Januar 1998, S. 14–23.

3 So die Diagnose des renommierten Nationalökonomens Gunnar Myrdal in seinem weltbekannten Werk „Asian Drama“.

4 Vgl. World Bank, The East Asian Miracle. Economic Growth and Public Policy, Oxford 1993. Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt die Asiatische Entwicklungsbank in ihrer Studie „Emerging Asia: Changes and Challenges“, Manila 1997.

# Schaubild: Ostasien in Kennzahlen



Quellen: World Bank, World Development Report 1997; World Bank, World Development Indicators 1997; Asia Pacific Economics Group, Asia Pacific Profiles 1998 (Financial Times Finance Asia Pacific, Singapur 1998), Far Eastern Economic Review, 14. Mai 1998, S. 41.

Beschäftigung auf 21 Prozent (1960: 63 Prozent), auf den Philippinen auf 46 Prozent (64 Prozent), in Indonesien auf 51 (75 Prozent) und in Thailand auf 57 Prozent (84 Prozent) zurückgegangen. Parallel dazu ist es zu einer starken „Durchkapitalisierung“ der Gesellschaften (Steigerung des Anteils der Lohnempfänger an der Gesamtbevölkerung) gekommen.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat zu einem gewaltigen Rückgang der Armut geführt, der seinesgleichen in der Weltgeschichte sucht. Lebten Mitte der sechziger Jahre in Indonesien 60 Prozent der Bevölkerung (d. h. 60 der 100 Millionen) unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, sank der Anteil bis 1997 auf etwa 10 Prozent, d. h. auf etwa 20 der auf über 200 Millionen angewachsenen Bevölkerung. Ähnlich eindrucksvoll ist die Entwicklung in der VR China, wo die Zahl der Armen binnen 15 Jahren von knapp 300 auf unter 100 Millionen Menschen gesenkt werden konnte. Lediglich auf den Philippinen, in Myanmar (Birma) sowie in Indochina (Vietnam, Laos, Kambodscha) lag der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung bei über 20 Prozent. Auch das Einkommensgefälle zwischen dem einkommensstärksten und dem einkommensschwächsten Fünftel der einzelnen ostasiatischen Gesellschaften ist – mit Ausnahme Malaysias und der Philippinen – deutlich geringer als in anderen Teilen der Welt, insbesondere Lateinamerika. Das relativ geringere Einkommensgefälle und die Einkommensstabilität dank sicherer Beschäftigungsverhältnisse und niedriger Inflation haben eine „städtische“ Mittelschicht entstehen lassen, die zur treibenden Kraft der Wirtschaftsdynamik und auch der gesellschaftlichen Transformation in Richtung Demokratisierung geworden ist.

---

## II. Die ostasiatische Herausforderung

---

### 1. Dynamo der Weltwirtschaft

Entfielen 1950 lediglich 17 Prozent des weltweit erwirtschafteten Sozialprodukts auf Asien, stieg dieser Anteil bis 1997 auf 40 Prozent. Ähnlich dramatisch entwickelte sich der Anteil der Region am Welthandel. Von 1990 bis 1994 flossen 50 Prozent des in Entwicklungsländer investierten Kapitals in Höhe von 104,9 Milliarden Dollar allein in die Hochwachstumsländer Ostasiens.

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre sind im ostasiatisch-pazifischen Raum deutliche Integrations-tendenzen zu einer neuen Weltwirtschaftsregion mit eigenständigen Konturen zu erkennen bei gleichzeitigen Regionalisierungs- und Globalisierungstendenzen, die sich gegenseitig verstärken. Für die meisten ostasiatischen Länder wurde der innerregionale Wirtschaftsaustausch zur stärksten einzelnen Wachstumsquelle, die überragende Bedeutung Nordamerikas als Absatzmarkt nahm seit Beginn der neunziger Jahre deutlich ab. Insbesondere die japanische Wirtschaft expandierte stark in den ostasiatischen Nachbarstaaten, so daß vielfach von einem Wiederaufleben einer von Japan geführten ostasiatischen Wohlstandssphäre mit friedlichen Mitteln die Rede war<sup>5</sup>. Es wurde zum Allgemeinut, daß Unternehmen, die sich weltweit behaupten wollten, in der Triade – in den drei großen Teilmärkten der Weltwirtschaft: Nordamerika, Europa und Ostasien – präsent sein müßten<sup>6</sup>. Die Bundesregierung reagierte auf die schwache Stellung der deutschen Wirtschaft in der Region 1993 durch die Verabschiedung eines „Asienkonzepts“, die führenden Verbände der deutschen Wirtschaft riefen im gleichen Jahr einen Asien-Pazifik-Ausschuß ins Leben. Die EU folgte 1994 mit einer eigenen Asienstrategie, um diesen Rückstand aufzuholen.

### 2. „Asiatische Werte“ und „asiatische Demokratie“

Begründet durch diesen wirtschaftlichen Erfolg verbreitete sich in der Region die Überzeugung, daß sich die Zukunftszentren der Welt nach mehreren Jahrhunderten des westlichen Zwischenspiels wieder nach Ostasien verlagern würden. Ausdruck dieses neuen Selbstbewußtseins wurde die Diskussion um „asiatische Werte“ und die Überlegenheit des asiatischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Die Exponenten auf asiatischer Seite, der malaysische Premierminister Mohamad Mahathir und Singapurs früherer Regierungschef und jetzige „Senior Minister“ Lee Kuan Yew, reklamierten seit den achtziger Jahren ein durch wirtschaftliche Prosperität und Dynamik sowie politische Stabilität gekennzeichnetes alternatives asiatisches Zivilisationsmodell, das den bis dahin wirtschaftlich und politisch einzig erfolgreichen westlichen Demokratien nicht nur ebenbürtig, sondern – aufgrund abhanden gekommener wirtschaftlicher Dynamik und „dekadenter“ sozialer Auswüchse in den USA und Westeuropa –

5 Vgl. Heinrich Kreft, Japans Verflechtung mit Ost- und Südostasien, in: Außenpolitik, (1996) 1, S. 71–81.

6 Vgl. Kenichi Omae, Triad Power, New York 1985.

überlegen sei. Das Ensemble von Wertvorstellungen wie Zusammenhalt der Familie, Fleiß, hohes Bildungsethos, Sparsamkeit und vor allem Vorrang der Gemeinschaft vor der Freiheit des Individuums wurde als genuin asiatisch in Anspruch genommen und als ursächlich für hohes Wirtschaftswachstum und politische Stabilität in den zumeist autoritär regierten „Tigerstaaten“ angesehen. Das gelegentlich auftrumpfende Auftreten Lees und Mahathirs entsprang aber nicht nur diesem neuen Selbstbewußtsein, sondern mindestens in gleichem Maße einer defensiven ideologischen Abwehrhaltung gegenüber Forderungen nach mehr Demokratie und Pluralismus vonseiten des Westens, aber auch in Ostasien (Südkorea, Thailand) selbst.

Nach dem US-Politologen Clark D. Neher lassen sich für Ostasien fünf Spezifika diagnostizieren, die bis heute – je nach Land in unterschiedlicher Stärke – prägenden Einfluß auf Politik und Gesellschaft ausüben: wechselseitige Loyalitätsverhältnisse; eine stark personalisierte Herrschaft aufgrund eines Bedürfnisses nach charismatischer Führung; eine enge Verknüpfung von Macht und moralisch legitimierter Herrschaftsausübung; ein starker, keine autonomen Interessenorganisationen duldender Staat mit ausgeprägter Interventionsneigung und die Herrschaft einer dominanten Partei<sup>7</sup>. Klientelistische bzw. personalisierte Beziehungen prägen die japanische Demokratie ebenso wie die südkoreanische und taiwanesischen. Korporatistische Strukturen lassen sich in allen Staaten finden. Fast überall scheint eine bestimmte Partei mehr oder weniger deutlich alle anderen zu dominieren. Allerdings stehen die ostasiatischen Gesellschaften unter einem enormen Modernisierungsdruck, von dem insbesondere diese „asiatischen Spezifika“ betroffen sind. In Japan mußte die Liberaldemokratische Partei (LDP) 1993 nach drei Jahrzehnten praktischer Alleinherrschaft der vereinigten Opposition weichen<sup>8</sup>. Sie konnte die Macht und ihre Vorherrschaft zwar inzwischen zurückgewinnen, dennoch hat die japanische Demokratie seit Beginn der neunziger Jahre einen Modernisierungsschub erlebt, der sich insbesondere durch höhere Anforderungen an Transparenz und Rechenschaftspflichtigkeit der Parteipolitik auszeichnet. Auch Taiwan und Südkorea haben sich inzwischen zu funktionierenden Demokratien entwickelt. Mit Kim Dae Jung, einem von den

Militärdiktatoren seines Landes jahrzehntelang verfolgten Dissidenten, hat im Februar 1998 zum ersten Mal in der südkoreanischen Geschichte ein Kandidat der Opposition nach einem Wahlsieg das Amt des Präsidenten übernommen. Der Übergang von der Militärdiktatur zur Demokratie ist in Südkorea bemerkenswerterweise ohne größere Verwerfungen gelungen.

Trotz der nicht zu leugnenden Demokratisierung insbesondere in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern läßt sich auch nicht bestreiten, daß politische Machtausübung in Asien nach wie vor einem hohen normativen Anspruch unterliegt. Die Modernisierung der letzten Jahre hat jedoch dazu geführt, daß in zunehmendem Maße öffentliche Kontrollinstanzen entstehen, die das traditionelle Asien nicht kannte und die das gesamte Verständnis von Macht dem Konkurrenzprinzip der Demokratie angleichen. Die sogenannte „asiatische Demokratie“ funktioniert nicht wesentlich anders als die westliche. Die aus westlicher Sicht als undemokratisch geltenden Seiten der asiatischen Kultur (u. a. der fehlende Respekt vor den individuellen Menschenrechten) stehen unter erheblichem Modernisierungsdruck<sup>9</sup>.

---

### III. Die ostasiatische Krise

---

Die Krise in Ostasien, die Anfang Juli 1997 als Währungskrise in Thailand begann, sich zur Finanz- und Wirtschaftskrise ausweitete und dann nahezu ganz Ostasien erfaßte, hinterläßt tiefe Spuren in der Region. Die wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen sowie gesellschaftlichen Auswirkungen sind gewaltig<sup>10</sup>. Die Krise ist sowohl eine fundamentale Krise des „asiatischen Systems“ angesichts der Herausforderungen der Globalisierung und Liberalisierung als auch die Folge gravierender mikroökonomischer Fehlentwicklungen mit makroökonomischen Konsequenzen. Die Krise ist das Ergebnis mehrerer Faktoren. Sie hat erhebliche ordnungspolitische Defizite aufgedeckt: mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Korruption und Vetternwirtschaft, staatliche Eingriffe in

---

<sup>9</sup> Vgl. Gunter Schubert, Das ostasiatische Wirtschaftswunder und die Frage der Demokratie: Modernisierung ohne Verwestlichung?, in: Werner Draguhn/Günter Schucher (Hrsg.), Das neue Selbstbewußtsein in Asien: eine Herausforderung?, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde 257, Hamburg 1995, S. 28–42.

<sup>10</sup> Zunächst wurde von vielen Beobachtern nur ein „Stottern des Wachstumsmotors“ konstatiert, so z. B. in: Capital, „Kleine Tiger mit Schluckauf“ vom August 1997, S. 87–97.

<sup>7</sup> Vgl. Clark D. Neher, Asian Style Democracy, in: Asian Survey, 34 (1994) 11, S. 940–961.

<sup>8</sup> Vgl. Heinrich Kreft, Der innenpolitische Reformprozeß in Japan, in: Verfassung und Recht in Übersee, (1996) 4, S. 453–464.

die Märkte, Abschottung der Politik von der Gesellschaft, aber auch wachsende Umweltzerstörung und Wohlstandsgefälle. Zu den strukturellen Schwächen gehören auch schwach ausgeprägte „Corporate-governance“-Strukturen (z. B. weitgehend fehlendes Rechnungs- und Prüfungswesen), mangelnde Transparenz hinsichtlich der Finanzlage der Unternehmen und in deren Beziehungen zu staatlichen Stellen, mangelnde Ordnungs- und Aufsichtsstrukturen im Finanzsektor, eine Tendenz zur Überschuldung und der viel zu hohe Fremdmittelanteil im Unternehmenssektor sowie die Tatsache, daß auch Finanzinstitute mit einem hohen Anteil an Problemkrediten ihre Geschäftstätigkeit fortsetzen konnten. Diese Strukturdefizite haben einerseits wesentlich zur Verschärfung der Krise beigetragen, und ihre Beseitigung ist wichtig für deren Lösung, andererseits existieren diese Probleme seit vielen Jahren, ohne dabei das Hochwachstum und den starken Anstieg des Lebensstandards der vergangenen dreißig Jahre beeinträchtigt oder gar verhindert zu haben.

Ausgelöst wurde die Krise durch eine Reihe von Ungleichgewichten, die in jüngerer Zeit entstanden sind, sowie durch zu stark am Dollar orientierte Wechselkurspolitiken. Die Ursachen für diese Ungleichgewichte gehen bis in das Jahr 1994 zurück, als China seine Währung um 40 Prozent abwertete und der japanische Yen zwischen Anfang 1995 und Ende 1996 25 Prozent seines Wertes gegenüber dem Dollar verlor. Südkorea und die Länder Südostasiens, deren Währungen durch die Beibehaltung der Kopplung an den Dollar aufgewertet wurden (auch gegenüber der DM und den mit ihr verbundenen Währungen), verloren ihre Wettbewerbsfähigkeit, was zu hohen Leistungsbilanzdefiziten führte. In Thailand betrug das Defizit 1996 fast acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dort kam es im Sommer 1997 zur Krise, als Zweifel an der Fortsetzung des Wirtschaftsbooms aufkamen. Was als Auslöser die Abwärtsspirale in Gang setzte, die nacheinander Indonesien, Malaysia und die Philippinen erfaßte, ist nicht eindeutig zu klären. Im Oktober 1997 griff die Finanzkrise auf Nordostasien über und erfaßte Hongkong, Südkorea und vorübergehend Taiwan.

Die rasche Ausdehnung der Krise in Ostasien ist auch eine Folge der in den vergangenen zwei Dekaden rapide gewachsenen Verflechtung der regionalen Volkswirtschaften vor allem durch japanisches Kapital (Japan ist Ostasiens größter Handelspartner und Investor) und auslandschinesische Netzwerke.

## 1. Wirtschaftliche Auswirkungen

Die Auswirkungen der Krise auf die betroffenen Länder sind beträchtlich. Bis Ende 1997 verloren die Börsen der fünf am stärksten betroffenen Staaten drei Fünftel ihres Dollarwertes. Binnen sechs Monaten wurde Kapital in einer Größenordnung von 600 Milliarden Dollar vernichtet. Seitdem steckt das Bankensystem überall in Ostasien in einer tiefen Krise, die Immobilienmärkte kollabieren und überall schrumpft die Wirtschaft.

Lag das durchschnittliche Wachstum der ostasiatischen Volkswirtschaften außerhalb Chinas 1997 noch zwischen sechs und neun Prozent, so wurde in Prognosen für 1998 nur noch von null bis fünf Prozent ausgegangen. Südkoreas Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 1998 um knapp vier Prozent geschrumpft – das schlechteste Wirtschaftsergebnis seit der Erfassung der ökonomischen Entwicklung des Landes im Jahre 1960. Indonesiens Bruttoinlandsprodukt ist im selben Zeitraum um über 12 Prozent zurückgegangen, weltweit der dramatischste Wirtschaftskollaps seit 50 Jahren. Für das gesamte Jahr wird ein Rückgang von 13 Prozent erwartet, der erste Rückgang überhaupt in Indonesien seit 1963. In der Auto- und Elektronikindustrie ist die Produktion in der ersten Hälfte des Jahres um 55 Prozent zurückgegangen, die der Bauindustrie um etwa 37 Prozent. Für Thailand erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) für 1998 eine Kontraktion der Wirtschaft von acht bis zehn Prozent (Rückgang des BIP). War Malaysias Wirtschaft im Jahr 1997 noch um stolze 7,6 Prozent gewachsen, gerät das Land in diesem Jahr in die Rezession. Nach einem Rückgang des BIP im ersten Halbjahr um 4,8 Prozent wird für 1998 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2,5 bis 6 Prozent befürchtet. Die Finanzturbulenzen schlagen inzwischen massiv auf die reale Wirtschaft durch. Zinsen und Importpreise sind explodiert. Der Absturz der Wechselkurse – 80 Prozent bei Indonesiens Rupiah, 36 Prozent beim thailändischen Baht und 40 Prozent beim koreanischen Won – hat die bereits hohe Auslandsverschuldung in lokaler Währung dramatisch steigen lassen und Tausende von Firmen in die Zahlungsunfähigkeit getrieben. Ein Rekord an Firmenpleiten und ein wachsendes Heer von Arbeitslosen sind die Folge.

In den Krisenstaaten beträgt die im Boom aufgetürmte Verschuldung 230 Prozent des BIP. Faule Kredite, Kapitalflucht und abstürzende Börsenkurse haben das Fundament der Banken erodiert, die sich immer mehr als Brennpunkt der Krise erweisen. Thailand hat die Aufräumarbeiten in diesem Bereich bisher am weitesten vorangetrie-

ben. Über 50 Finanzierungsgesellschaften wurden liquidiert, mehrere Privatbanken in staatliche Obhut genommen. Die Beteiligungsgrenze für ausländische Investoren wurde von 25 auf 100 Prozent angehoben, allerdings zunächst nur für zehn Jahre. Solche Entwicklungen lassen Malaysias Premierminister Mahathir vor einer neuen Welle der Kolonisierung warnen<sup>11</sup>.

Die Exporte der Krisenländer sind trotz der starken Abwertungen vor allem wegen des vielfach hohen Importanteils an den Exportgütern nicht in erwartetem Umfang angewachsen. Aufgrund der andauernden Krise des Finanzsektors ist zudem die Möglichkeit der Aufnahme von Krediten erheblich erschwert worden („credit crunch“). Die Binnenwirtschaft leidet nachhaltig unter dem Kaufkraftmangel der Konsumenten.

Der IWF hat seit Beginn der Krise mit rund 21 Milliarden Dollar erhebliche Finanzmittel für die Krisenländer bereitgestellt, die sich noch deutlich erhöhen, wenn alle zur Unterstützung der IWF-Programme eingegangenen Verpflichtungen eingelöst werden (rd. 115 Milliarden US-Dollar). Gleichwohl reichen diese Beträge bei weitem nicht an die Höhe der Kapitalströme heran, die die Krise ausgelöst haben. Verordnete der IWF zu Beginn der Krise noch seine klassischen Anpassungsprogramme – strikte Ausgabendisziplin des Staates und hohe Zinsen –, zeigt er sich angesichts verheerender Konjunkturzahlen und zunehmender sozialer Auswirkungen inzwischen erheblich flexibler. Thailand und Indonesien konnten inzwischen größere Ausgabenprogramme auflegen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die sozialen Folgen der Krise abzufedern.

## 2. Politische Auswirkungen

Die innenpolitischen Folgen in den Krisenstaaten und der gesamten südost- und ostasiatischen Region sind bereits gravierend. In Indonesien mußte Präsident Suharto nach 32 Jahren aufgrund massiven öffentlichen Drucks zurücktreten. Er hatte anfangs den Ernst der Lage verkannt und durch seine defensive und auf Verschleppung von wirtschaftlichen und politischen Reformen ausgerichtete Politik wesentlich zu seinem eigenen Rücktritt bzw. Sturz beigetragen. Sein Nachfolger Jusuf Habibie hat zwar unmittelbar nach Amtsantritt insbesondere im politischen Bereich mutig Reformen eingeleitet, die innenpolitische Lage bleibt aber schon aufgrund der katastrophalen

Wirtschaftslage sehr instabil. In den noch jungen Demokratien Thailand, wo die Krise bereits im November 1997 zu einem Regierungswechsel führte, und Südkorea, wo der Oppositionskandidat Kim Dae Jung seinen Wahlsieg u. a. auch der Krise zu verdanken hat, ist die verfassungsmäßige Ordnung vorerst nicht in Gefahr. Allerdings schlagen die Währungsturbulenzen und die Finanzkrise erst jetzt voll auf die Realwirtschaft durch, so daß sich die Stabilität der demokratischen Institutionen erst noch erweisen muß.

## 3. Gesellschaftliche Auswirkungen

In Ost- und Südostasien werden jedoch neben den unmittelbaren innenpolitischen Verwerfungen die mittel- bis langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen noch folgenschwerer sein. Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Konvulsionen sind auch Zeiten tiefgreifender politischer und gesellschaftlicher Veränderungen. Im gesamten asiatisch-pazifischen Raum gibt es zur Zeit Anzeichen von Xenophobie und übersteigertem Nationalismus, zumeist in der Form von Antiamerikanismus, da die USA als treibende Kraft hinter dem Internationalen Währungsfonds und seinen harten wirtschaftlichen und sozialen Auflagen gesehen werden. Die innenpolitischen Entwicklungen in der Region seit der Jahresmitte 1997 lassen den Ruf nach mehr Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit lauter werden<sup>12</sup>. In Thailand, Indonesien, Korea und anderen Staaten werden die alten Oligarchien für den allgemeinen Niedergang verantwortlich gemacht. Der jahrzehntelang bestehende stillschweigende Gesellschaftsvertrag – Korruption und Nepotismus hinzunehmen, solange die politischen Eliten für ein hohes Wirtschaftswachstum sorgen – existiert nicht mehr. In Thailand wurde bereits vor Ausbruch der Krise ein Verfassungsreformprozeß eingeleitet. Treibende Kraft waren dabei die in den letzten Jahrzehnten im Zuge der Industrialisierung neu entstandenen Mittelschichten, die die gesellschaftliche Dominanz der traditionellen Eliten, das heißt Bürokratie und Militär, zunehmend in Frage stellen. Die neue Verfassung wurde im September 1997 dank erheblichem öffentlichem Druck angenommen. In Indonesien war der durch die Krise verursachte vehemente wirtschaftliche und soziale Niedergang der Auslöser für den Ausbruch der seit längerem angestauten Unzufriedenheit mit der „Neuen Ordnung“ Suhartos. Ob sich Präsident Habibie als Mitglied des alten Establishments und die ihn stützenden

11 Vgl. Premier Mahathir auf der Suche nach Sündenböcken, in: Handelsblatt vom 28./29. August 1998, S. 11.

12 Diesbezüglich eher pessimistisch sind Paul Dibb/David D. Hale/Peter Prince, *The Strategic Implications of Asia's Economic Crisis*, in: *Survival*, 40 (1998) 2, S. 17.

Militärs lange werden halten können, dürfte nicht nur von ihren politischen Reformanstrengungen und der wirtschaftlichen Lage, sondern auch davon abhängen, wie schnell sich politische und personelle Alternativen herausbilden, die in der indonesischen Innenpolitik noch bis vor kurzem gänzlich undenkbar waren.

Die sozialen Folgen der Krise sind überall sichtbar. Zuerst hat sie jene Bevölkerungsgruppen erfaßt, deren Existenz am wenigsten gesichert war: Frauen, ausländische Arbeitnehmer aus den ärmeren Ländern und Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen ohne soziale Absicherung oder Arbeitsplatzgarantien. Auch Asiens Mittelschicht, eine der Triebfedern des von der Krise abrupt beendeten Booms, steht vor ihrer rasanten Dezimierung. Rekordhohe Zinsen, steigende Preise, zunehmende Verschuldung und vor allem Arbeitslosigkeit sind die Ursachen. Die Kaufkraft der ehemaligen Aufsteiger ist drastisch gesunken. Viele sind wieder dort gelandet, wo sie zu Beginn des langen Booms angefangen hatten, oder fallen sogar in die Armut zurück. In Hongkong und Thailand sind die Immobilienpreise innerhalb kürzester Zeit so stark eingebrochen, daß für Hunderttausende von Menschen die verbleibende Kreditschuld nun größer ist als der Marktwert der erworbenen Wohnungen und Häuser.

Lag die durchschnittliche offizielle Arbeitslosigkeit in den betroffenen Ländern 1997 bei 4,3 Prozent, dürfte sie sich bis 1999 verdoppeln. Durchschnittlich über neunzig Firmenpleiten täglich haben die Arbeitslosenzahl in Südkorea auf das Dreifache seit Ausbruch der Krise explodieren lassen. In Thailand, wo es bis zum vergangenen Jahr kaum Arbeitslosigkeit gab, werden bis Jahresende drei bis vier Millionen Arbeitslose erwartet<sup>13</sup>. In Indonesien stieg die Arbeitslosenzahl auf über 40 Millionen. Mittlerweile lebt wieder etwa die Hälfte von Indonesiens über 200 Millionen Einwohner unterhalb der Armutsgrenze. Zwanzig Millionen Kinder laufen Gefahr, von der Schule genommen zu werden. Ihren Eltern fehlt das Geld für die Bücher und die Schuluniform, die Kinder werden als Mitverdiener gebraucht. In Thailand sollen 300 000 Kinder aus dem Schulsystem „verschwinden“ sein und verbotenerweise auf Reisfeldern oder in kleinen Fabriken arbeiten. Damit gerät mit der erfolgreichen Alphabetisierung eine wesentliche Errungenschaft der letzten Jahrzehnte in Gefahr, was sich zudem als schwere Hypothek

für die Zukunft erweisen könnte, wenn für den nächsten Wirtschaftsaufschwung gut ausgebildete Facharbeiter benötigt werden<sup>14</sup>.

Bisher durch das Wirtschaftswachstum überdeckte ethnische (Indonesien, Malaysia) und religiöse Spannungen (Indonesien) brechen wieder auf. In Indonesien haben während der Unruhen im vergangenen Mai, die zum Sturz Suhartos führten, Tausende ethnischer Chinesen ihr Hab und Gut verloren, einige gar ihr Leben.

#### **4. Außen- und sicherheitspolitische Auswirkungen**

Auch die außen- und sicherheitspolitischen Auswirkungen der Krise sind beachtlich, insbesondere die Folgen für die Beziehungen der nationalen Akteure untereinander und das geopolitische Gleichgewicht in Ost- und Südostasien insgesamt.

Grundsätzlich führt das Ansteigen des wirtschaftlichen und sozialen Konfliktpotentials in nahezu allen Staaten der Region auch zu einer Zunahme der Gefahr zwischenstaatlicher Konflikte. Bedrohliche Szenarien, die nicht nur für Befürchtungen in der Region selbst, sondern auch in den USA und Europa stehen, werden allenthalben entworfen. Vom Südchinesischen Meer über Taiwan bis zur koreanischen Halbinsel gibt es eine ganze Reihe von Spannungsgebieten. Während sich die meisten Krisenstaaten gezwungen sehen, ihre Verteidigungsausgaben drastisch zu kürzen, wird die Großmacht China die Modernisierung der Volksbefreiungsarmee vorerst fortsetzen können. Die Sicherung der Rohstoffversorgung (u. a. Erdöl, Nahrungsmittel) wird mit wachsender Industrieproduktion und größerem Wohlstand für China immer wichtiger. In Korea ist der Zusammenbruch des Nordens mittelfristig unausweichlich. Ein durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich geschwächtes Südkorea ist jedoch heute noch weniger als zuvor in der Lage, den Kollaps des Nordens und die sich daran voraussichtlich anschließende Vereinigung finanziell zu bewältigen.

Die Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten – ASEAN – ist durch die Krise deutlich geschwächt<sup>15</sup>. Mit Indonesien steht ihr Schwergewicht und Förderator vor einer ungewissen politischen und wirtschaftlichen Zukunft. Vietnam und Laos verlassen den wirtschaftlichen Reformkurs,

14 Vgl. Erhard Haubold, Arme in Asien zahlen schrecklichen Preis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Juli 1998, S. 9.

15 Dieses ist auch die Einschätzung ostasiatischer Führungskräfte in einer Umfrage der Far Eastern Economic Review (27. August 1998, S. 32). 95 Prozent waren der Meinung, daß ASEAN in der Krise nicht aktiv genug gewesen ist.

13 Vgl. Markus Gärtner, Der Reichtum der Rolex-Klasse schmilzt. Die Wirtschaftskrise bringt auch das Ende der Mittelschicht, in: Handelsblatt vom 12. August 1998, S. 10.

der sie stärker in die Gemeinschaft integriert hätte. Die Solidarität innerhalb der ASEAN hat bereits für alle Welt sichtbar ihre Grenzen erreicht. Das Projekt zur Schaffung einer Freihandelszone (AFTA) bis 2003 erscheint gefährdet. Die Rückkehr von Millionen Gastarbeitern und die Flucht von Zehntausenden von Indonesiern nach Malaysia (und Singapur) könnten sehr schnell zu zwischenstaatlichen Spannungen führen. Bestehende Territorialkonflikte zwischen den ASEAN-Staaten könnten wieder virulent werden.

Andererseits könnte mittelfristig ein Machtzuwachs und verstärkter Druck Chinas im Südchinesischen Meer (und auf dem südostasiatischen Festland) zu einer stärkeren Zusammenarbeit der ASEAN-Staaten führen. Thailand und die Philippinen haben inzwischen den Vorschlag einer aktiveren ASEAN eingebracht, die – wenn nötig – auch zu inneren Angelegenheiten einzelner Mitglieder Stellung nimmt – eine völlige Abkehr vom bisherigen Prinzip der Nichteinmischung.

---

#### IV. Die Schlüsselakteure für die Entwicklung Ostasiens

---

Die Zukunft Ostasiens wird im wesentlichen von drei Akteuren und deren Beziehungen untereinander bestimmt: den USA, Japan und China.

##### 1. USA

Die USA sind der wichtigste Faktor für die Entwicklung in Ostasien. Die Vereinigten Staaten unterschätzten die Krise anfänglich als lokales Ereignis. Folgerichtig beteiligten sie sich im Gegensatz zu Japan und China nicht mit einem bilateralen Beitrag am 17,2 Milliarden Dollar IWF-Strukturprogramm für Thailand. Dies änderte sich erst, als auch Indonesien und Südkorea nicht mehr ohne die Hilfe des IWF auskamen und die regionale Krise bedrohliche Folgen für die gesamte Weltwirtschaft annahm. In Thailand reagierte die öffentliche Meinung enttäuscht auf die anfängliche Zurückhaltung des alten Verbündeten USA. In Südkorea setzte die öffentliche Meinung die USA mit dem IWF und seinen harten und unpopulären wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsmaßnahmen gleich. In Indonesien verfolgte Präsident Suharto durch seinen hinhaltenden Widerstand gegen die Auflagen des IWF unter anderem auch das Ziel, antiwestliche Ressentiments und Unterstützung für sein Regime zu mobilisieren. In ganz Ost- und Südostasien hatten Verschwörungstheo-

rien Konjunktur, denen zu Folge die USA die neu heranwachsenden wirtschaftlichen Konkurrenten im westlichen Pazifik mit Hilfe von Devisenspekulanten wie George Soros ruinieren wollten.

Trotz des noch nicht absehbaren Endes der Krise, des kurzfristigen Prestigeverlusts und nationalistischer Gegenreaktionen in der Region werden die USA voraussichtlich mittelfristig zu den Gewinnern gehören. Sie profitieren von der gewachsenen Ungewißheit in der Region und der wieder zunehmenden Bedeutung des amerikanischen Marktes für die ostasiatischen Volkswirtschaften. Die konsequente Implementierung der IWF-Programme dürfte zu der von den USA seit langem angestrebten wirtschaftlichen Liberalisierung und politischen Öffnung beitragen. Darüber hinaus werden auch die dargelegten mittelfristigen Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Krisenländern tendenziell zu einer „Verwestlichung“ führen. Durch die maßgeblich von Washington mitbestimmte Politik des IWF – und das, wenn auch späte, direkte Engagement der Supermacht – wurde erneut die Unverzichtbarkeit der USA als Krisenmanager sowie politische und ökonomische Führungsmacht unter Beweis gestellt. Die Vorstellung, die Wirtschaftsmacht Japan oder gar andere aufstrebende Staaten in Ost- und Südostasien könnten allein oder gemeinsam das Krisenmanagement übernehmen, hat sich als unhaltbar erwiesen.

##### 2. Japan

Japans politische Stellung in der Region beruht vornehmlich auf seiner Wirtschaftskraft und der damit verbundenen – allerdings zumeist unausgesprochenen – Vorbildfunktion für die alten und neuen „Tigerstaaten“<sup>16</sup>. Japan hat jahrzehntelang vor allem durch seine massiven Direktinvestitionen, seine Entwicklungshilfe und durch seine Funktion als Exportmarkt zu der beeindruckenden wirtschaftlichen Entwicklung der „Tigerstaaten“ beigetragen. Wirtschaftlich seit langem eine Supermacht, fällt Japans politischer Status unter anderem aufgrund seiner unbereinigten Kriegsvorgänge deutlich ab. Versuche, dem Land ein sichtbarer politisches Profil in der Region zu geben, wären sowohl in Japan selbst als auch in den von ihm im Zweiten Weltkrieg okkupierten Ländern auf große Widerstände gestoßen<sup>17</sup>. Aus

16 Man denke etwa an die „Look East Policy“ des malaysischen Premierministers Mahathir.

17 Im Januar 1997 sondierte Premierminister Ryutaro Hashimoto die Möglichkeit regelmäßiger bilateraler politischer Konsultationen mit den ASEAN-Staaten, ohne die

diesem Grund wurden auch mögliche Emanzipationsbemühungen gegenüber den USA stets zugunsten einer Verstärkung der bilateralen Allianz hintangestellt.

Japan wurde im Laufe der Krise aufgrund seiner eigenen konjunkturellen und strukturellen Probleme selbst immer mehr Teil der wirtschaftlichen Turbulenzen als Teil ihrer Lösung. Der Glanz des „Modells Japan“ mit seiner charakteristischen engen Verbindung zwischen Politik, Bürokratie und Großunternehmen ist nicht nur im Land der aufgehenden Sonne selbst verblaßt, sondern vor allem auch in Korea definitiv gescheitert. Südostasien, das sich in seiner Wirtschaftspolitik ebenfalls an dem großen Nachbarn orientierte, sieht sich gezwungen, die eigenen Volkswirtschaften nach Rezepten des IWF zu liberalisieren und zu öffnen. Aufgrund seines wirtschaftlichen Gewichts und des hohen Verflechtungsgrads mit den Volkswirtschaften der Region kommt der Überwindung der Strukturprobleme Japans weltwirtschaftliche Bedeutung zu. Japans Anteil am Außenhandel mit den Krisenländern ist doppelt so hoch wie der der USA oder der EU. Es gibt allerdings erst seit Juni d. J. – aufgrund massiven Drucks der USA – Anzeichen dafür, daß die politische Führung des Landes bereit ist, die notwendigen tiefgreifenden Reformen zügig einzuleiten. Der Rücktritt Premierminister Hashimotos nach der Niederlage seiner Partei bei den Oberhauswahlen am 12. Juli könnte allerdings zu einer erneuten Verzögerung der Reformen führen. Seinem Nachfolger Obuchi bleibt nicht viel Zeit, das Abrutschen der japanischen Wirtschaft in die Rezession abzuwenden. Bleiben die dringend gebotenen Reformen aus, könnte Japan für lange Zeit der zwar wohlhabende, aber kränkelnde alte Mann Ostasiens bleiben und an wirtschaftlichem und politischem Einfluß gegenüber den USA und auch China verlieren. Andererseits verfügt das Land als reiches Industrie- und größtes Gläubigerland der Welt (über 200 Mrd. Dollar Devisenreserven; eine Billion Dollar Nettoauslandsvermögen) über potentiell große Selbstheilungskräfte, so daß es politisch und erst recht als Wirtschaftsfaktor nicht vorschnell abgeschrieben werden sollte.

### 3. China

Die Großmacht China hat durch den bisherigen Verzicht auf eine Abwertung seiner Währung die

Einbeziehung anderer Dialogpartner wie beim ASEAN Regional Forum (ARF). Die Reaktionen waren eher zurückhaltend.

Rolle eines Stabilitätsankers übernommen und damit in der Region, aber auch international an Statur und Einfluß gewonnen. Die Abwertung des Yuan/Renminbi würde die Währungen der Krisenländer erneut unter erheblichen Druck bringen und vermutlich eine weitere wirtschaftlich ruinöse Abwertungsspirale in weiten Teilen Ost- und Südostasiens zur Folge haben. Darüber hinaus hat sich China auch bilateral an der IWF-Hilfe für Thailand beteiligt. Diese Leistungen werden sowohl in der Region als auch von den USA honoriert, zumal die Volksrepublik mit ihrer verantwortungsvollen Währungspolitik eine deutliche Schwächung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit in Kauf genommen hat. In Südkorea, Indonesien, Thailand und anderen südostasiatischen Staaten wird die chinesische Währungspolitik als wertvolle Hilfe bei der Bewältigung der Krise angesehen, durch die sich das Reich der Mitte zukünftig noch mehr Gehör für seine Anliegen in anderen Fragen der internationalen Politik verschaffen wird<sup>18</sup>. Für die USA ist der chinesische Verzicht auf eine Abwertung hochwillkommen, da diese zu einem weiteren Anwachsen des amerikanischen Handelsdefizits mit China führen würde, was insbesondere vor den bevorstehenden Kongreßwahlen im November innenpolitisch brisant wäre. Allerdings muß auch aus ökonomischer Sicht bezweifelt werden, daß China durch eine Abwertung und die sich daran anschließende Abwertung anderer Währungen viel zu gewinnen hätte.

Aus Sicht des Westens ist die Einbeziehung Chinas als verantwortungsbewußter Akteur in das internationale System zu begrüßen<sup>19</sup>. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Schwäche Indonesiens, Südkoreas und Japans wird Chinas Rolle als wichtiger Partner und zugleich Widerpart der USA in Ostasien immer deutlicher. Ob China diese Positionsgewinne festigen oder weiter ausbauen kann, hängt im wesentlichen davon ab, ob es der Führung in Peking gelingt, die gewaltigen internen Probleme zu lösen. China ist trotz des beeindruckenden Wirtschaftswachstums bis heute ein armes Entwicklungsland. Es leidet – neben seinen durch eine ineffiziente sozialistische Verwaltungswirtschaft verursachten Problemen, wie unrentable und personell überbesetzte Staatsbetriebe und Behörden – im Prinzip an den gleichen Defiziten wie die Krisenländer, das heißt vor allem

18 „China has now credit, which it never had in this part of the world“, so Tharnthong Thongsanad, stellvertretende Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im thailändischen Parlament.

19 Vgl. Heinrich Kreft, China im Konzert der Großmächte, in: Internationale Politik, (1997) 6, S. 35–40.

an einem überschuldeten, institutionell schwachen Finanzsystem und wachsender Korruption. Noch ist nicht auszuschließen, daß die Asienkrise China ebenso hart treffen wird wie Thailand, Indonesien und Südkorea<sup>20</sup>. Ein Erfolg der Wirtschaftsreformen ist in hohem Maße wünschenswert, denn ihr Mißerfolg hätte voraussichtlich noch erheblich gravierendere Folgen für die wirtschaftliche und politische Stabilität der Region und damit für die Weltwirtschaft und die internationale Sicherheit als die derzeitige Krise.

---

## V. Fazit und Perspektiven

---

Die ostasiatische Krise ist vor allem eine Krise der politischen Ökonomie des asiatischen Entwicklungswegs. Gelingt deren grundlegende Reformierung, dürfte eine Fortsetzung der hohen Wirtschaftsdynamik langfristig gesichert sein. Die Ingredienzien des bisherigen Erfolgs – hohe Sparraten, hohe Bildungsinvestitionen, relativ egalitäre Einkommensverteilung, niedrige Steuern und Exportorientierung – sind nach wie vor vorhanden<sup>21</sup>. Die Krise hat deutlich gemacht, daß vor

20 Vgl. Nicholas R. Lardy, *China and the Asian Contagion*, in: *Foreign Affairs*, (Juli/Aug. 1998), S. 78–88.

21 Auch Steven Radelet, Jeffrey Sachs, *Asia's Remergence*, in: *Foreign Affairs*, (Nov./Dez. 1997), S. 44–59, äußern sich optimistisch über die eigentlich heilsamen Wirkungen der Krise, haben aber offensichtlich die Schwere der Auswirkungen unterschätzt.

dem Hintergrund der Globalisierung der Weltwirtschaft eine tiefere Marktintegration, eine rigorose Markttransparenz und effizientes Management nicht nur auf der staatlichen, sondern vor allem auch auf der Unternehmensebene nötig sind.

Das Wirtschaftswunder der vergangenen drei Dekaden war kein Mythos, sondern Realität. Zerstört wurde durch die aktuelle Krise aber der Mythos der Überlegenheit autoritärer Entwicklungsstaaten gegenüber Demokratien. Das Hochwachstum der Vergangenheit ist nicht wegen, sondern trotz der autoritären politischen und gesellschaftlichen Strukturen erzielt worden. Der Zusammenhang zwischen stabiler Demokratie und nachhaltiger Entwicklung gilt auch für Ostasien. Der steigende Bildungsgrad und die zunehmende Ausdifferenzierung seiner Gesellschaften machen die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit und politischer Partizipation immer dringlicher. Die Reformfolge von Chuan Leekpai in Thailand und Kim Dae Jung in Südkorea machen deutlich, daß demokratische und verantwortliche Regierungen auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit eine wichtige Vorbedingung für die nachhaltige Erholung Ostasiens sind<sup>22</sup>. Diese Erholung ist notwendig, um die politische und wirtschaftliche Stabilität der Region zu sichern, was aufgrund des inzwischen erreichten Gewichts Ostasiens in der Welt von globaler Bedeutung ist.

22 Vgl. Shalendra D. Sharma, *Asia's Economic Crisis and the IMF*, in: *Survival*, 40 (1998) 2, S. 27–52.

# Japan und die Zukunft der ASEAN-Staaten

## I. Vorbemerkungen

Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, die Beziehungen Japans zu allen Nachbarstaaten in der asiatisch-pazifischen Region zu behandeln; allein die Darstellung der bilateralen Beziehungen Japans zu China, Rußland oder Südkorea/Nordkorea würde jeweils eigene Beiträge erfordern. An dieser Stelle sollen deshalb die japanischen Beziehungen zu drei Staaten der Association of South-East Asian Nations (ASEAN) im Vordergrund stehen: Thailand, Indonesien und Malaysia; hinzu kommt Myanmar (bis 1989 Birma). Sie weisen eine Reihe von Charakteristika auf, die als wesentliche Elemente auch der übrigen bilateralen Beziehungen Japans zu asiatischen Ländern gelten können. Die vier Länder repräsentieren zugleich die beiden unterschiedlichen Lösungskonzepte für die Asienkrise: Indonesien und Thailand haben sich den harten Rezepten des Internationalen Währungsfonds (IWF) unterworfen und streben eine weitgehende Öffnung zum Weltmarkt an, Malaysia hat sich unter Ministerpräsident Mahathir für Kapitalkontrolle, Dirigismus und Abkapselung entschieden, in Myanmar geht es vorrangig um das Überleben der Militärregierung.

Die südostasiatische Subregion ist für die japanische Außenwirtschaft von zentraler Bedeutung, die ASEAN-Länder im besonderen spielen sowohl als Absatz- wie auch als Beschaffungsmärkte und als Zielländer japanischer Direktinvestitionen seit den achtziger Jahren eine Schlüsselrolle für die Wirtschaft Japans in der asiatisch-pazifischen Gesamtregion. Südostasien ist ebenfalls für die japanische Sicherheitspolitik ein Kernbereich: Japan hat ein vitales Interesse an der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität der südostasiatischen Länder. Die Interessen der japanischen Regierung und der japanischen Wirtschaft treffen sich hier: Öffentliche Entwicklungshilfe und private Direktinvestitionen tragen gemeinsam zu einer solchen Stabilisierung bei.

In negativer Hinsicht hat das starke japanische Wirtschaftsengagement in Südostasien aber auch zu wechselseitigen Abhängigkeiten geführt, die der gegenwärtigen sogenannten „Asienkrise“, bei

der es sich um eine Finanz- und Wirtschaftskrise handelt, mit Blick auf Japan zusätzliche Brisanz verleihen. Die japanischen Geschäftsbanken, die ohnehin mit „faulen“ Krediten japanischer Schuldner zu kämpfen haben, werden inzwischen auch durch nicht einbringbare Kredite an südostasiatische Partner belastet.

Die asiatische Währungskrise ist aus japanischer Sicht geprägt durch eine Kombination dreier Faktoren, die in unterschiedlicher Stärke für alle betroffenen südostasiatischen Länder gelten, in besonderem Maße aber für Thailand, das hier kurz als Beispiel betrachtet werden soll. Drei Faktoren seien genannt:

1. Ein gewaltiges Defizit in der Bilanz der laufenden Posten hatte 1996 bereits 8,2 Prozent des thailändischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht; dieses Defizit drückte auf Dauer auf die überbewertete Währung Thailands.
2. Die thailändische Regierung hatte de facto den Baht an den US-Dollar gekoppelt; als der Dollar deutlich aufgewertet wurde, zog der Baht nach, und die thailändische Exportwirtschaft wurde durch Verlust an Wettbewerbsfähigkeit schwer geschädigt. Auf der anderen Seite löste die Yen-Schwäche, verbunden mit dem starken Baht, eine Welle japanischer Importe nach Thailand aus, obwohl Waren aus Japan bereits seit Jahren mehr als ein Drittel aller thailändischen Importe ausmachten. Der starke Baht ließ das thailändische Handelsbilanzdefizit weiter anschwellen.
3. Der dritte Faktor war ein starkes Anwachsen des Zustroms kurzfristigen Kapitals aus dem Ausland. Thailand hatte seit langem große Mengen ausländischen Kapitals in Form von Direktinvestitionen und mittel- bzw. langfristigen Krediten angezogen<sup>1</sup>. Zusätzlich zu diesem Kapitalfluß verstärkten sich aber seit Beginn der neunziger Jahre der Zufluß von kurzfristigem Kapital und die Portfolio-Investitionen (Wertpapierfonds) als Reaktion auf die Liberalisierung der Kapital- und Wertpapiermärkte Thailands; die Gründung der Bangkok International Banking Facility, ein Off-

<sup>1</sup> Vgl. Kagami Mitsuhiro, „Ajia saisei, Nippon shudō de“ (Wiederbelebung in Asien – eine Führungsrolle für Japan), in: Nihon keizai shimbun vom 19. August 1997.

shore-Markt, im Jahre 1993 führte zu einem Einströmen niedrig verzinsten Dollars.

Der Zufluß ausländischen Kapitals hatte zweifellos auch Vorteile: Dadurch wurde das Defizit in der Bilanz der laufenden Posten ausgeglichen bzw. überdeckt, und die thailändischen Devisenreserven erhöhten sich. Zugleich aber wurde der inflationäre Druck auf die thailändische Währung durch Erhöhung der Geldmenge verstärkt. Ein beträchtlicher Teil des ausländischen Kapitals floß in hoch spekulative Sektoren wie Immobilien und schuf damit eine „bubble economy“ ganz ähnlich der japanischen Wirtschaftsblase der späten achtziger Jahre. Besonders seit 1995/96 haben Spekulanten die unterentwickelten und nicht ausreichend transparenten Finanzmärkte für kurzfristige Gewinne genutzt<sup>2</sup>. Die Krise stellt sich als ein Versagen der Märkte dar, das ausgelöst wurde durch chaotische Zustände, die sich aus rücksichtslosen Hazard-Spielen und dem Zusammenbruch ethischer Standards angesichts der Verlockungen schneller und leichter Gewinne erklären<sup>3</sup>.

---

## II. Negative Nebeneffekte traditioneller Industrialisierungsstrategien

---

Seit den sechziger Jahren hatten sich alle ost- und südostasiatischen Länder für exportinduzierte Entwicklungsstrategien entschieden. Das Ziel war ein möglichst schneller Übergang von Rohstoff-Lieferanten zu Exporteuren von industriellen Fertigwa-

2 Vgl. „Teiryū ni aru 'en,'gen'doru'no chiseigaku“ (Geopolitik in der Strömung von Yen, Yuan und Dollar), in: *Ekonomisuto* vom 23. September 1997, S. 46–49 (zit. fortan: *Geopolitik*).

3 Vgl. M. Kagami (Anm. 1). Aus japanischer Sicht hat die thailändische Währungskrise viele Gemeinsamkeiten mit der mexikanischen Krise von 1994: Die Währungen beider Länder waren zu stark geworden, diese Erstarkung wiederum führte zu einem wachsenden Defizit in der Bilanz der laufenden Posten, das durch Zustrom kurzfristigen Kapitals überdeckt wurde. In beiden Ländern löste die Liberalisierung der Kapital- und Wertpapiermärkte eine Welle von ausländischem Kapital aus; ein „emerging market“ wurde geschaffen, dessen Unausgereiftheit spekulative Angriffe ermöglichte; die Folge war ein noch größeres Chaos. Der direkte Auslöser der Mexiko-Krise aber war das Urteil der Märkte, daß Mexiko nicht in der Lage sein würde, die riesigen Mengen von kurzfristigen Regierungsanleihen in US-Dollars zu bedienen, die Mexiko aufgelegt hatte. Mit anderen Worten: Es handelte sich um ein Versagen der mexikanischen Regierung. In Thailand dagegen wurde die Krise durch eine spekulative „Blase“ ausgelöst, die aus dem Zustrom umfangreicher privater Mittel über die Offshore-Märkte in Sektoren wie Immobilien entstand. In dieser Hinsicht ähnelt die thailändische Krise verblüffend dem Platzen der japanischen „bubble economy“.

ren. Sie zogen ausländisches Kapital an, bauten arbeitskräfteintensive Industrien auf und nutzten die niedrigen Arbeitskosten als komparativen Vorteil. Auf diesem Wege konnten diese Länder die Exporte von Fertigwaren erheblich steigern: 1996 bestanden 83 Prozent aller thailändischen und philippinischen Exporte und 80 Prozent der malaysischen Ausfuhren aus Fertigwaren.

Aber für die Produktion der wichtigsten Güter wie PCs, Diskettenlaufwerke, Halbleiter und ähnliche Erzeugnisse mußten diese Länder Teile und Komponenten aus den Stammländern der transnationalen Unternehmen importieren, die ihre Produkte in der Region fertigen ließen. Das führte zu einer ungesunden Wechselwirkung oder Zwangskopplung von Exporten und Importen: Ohne Zulieferungen (Importe) konnten die Exporte nicht gesteigert werden. Die Wertschöpfung der transnationalen Unternehmen in den Standortländern steigerte dort zwar die Einnahme harter Devisen, trug aber wenig zur Reduzierung der Handelsbilanzdefizite bei. Darüber hinaus führt eine Industrialisierungsstrategie, die auf ausländische Investitionen setzt, fast unvermeidlich zu Defiziten in der Einkommens- und Dienstleistungsbilanz durch den Abfluß von Gewinnüberweisungen sowie durch Zahlungen für Technologie-Lizenzen und Royalties (Vergütung für die Nutzung von Patenten). So verzeichnet Malaysia zwar einen Handelsbilanzüberschuß, aber die Rücküberweisung von Gewinnen hat sich außerordentlich negativ auf die Einkommens- und Dienstleistungsbilanz ausgewirkt; daraus folgte ein chronisches Defizit in der Bilanz der laufenden Posten.

Im Jahre 1985 kamen die sieben führenden Industrienationen (G 7) im New Yorker „Plaza“-Hotel überein, den japanischen Yen in seiner Parität durch die internationalen Devisenmärkte festlegen zu lassen; zuvor war der Yen durch die japanische Regierung gegenüber dem US-Dollar künstlich niedrig gehalten worden; jetzt schnellte die Bewertung gegenüber dem Dollar steil in die Höhe und erreichte zeitweise eine Parität von 100 Yen für einem US-Dollar, was zu schweren Belastungen für die japanische Exportwirtschaft führte. Seit dem Plaza-Abkommen zeichnete sich auch eine Veränderung in den Produktionsstrukturen südostasiatischer Länder ab. Nach diesem Abkommen wurden nicht nur der Yen, sondern auch der koreanische Won und der New Taiwan-Dollar gegenüber dem US-Dollar aufgewertet, und Unternehmen aus Japan, Südkorea, Taiwan und Singapur verstärkten massiv ihre Direktinvestitionen in der Region, besonders in den ASEAN-Staaten und in China. Die Produktionsstruktur in

der Region war seither verstärkt durch horizontale Arbeitsteilung geprägt; es entwickelten sich globale Zentren der Fertigung von wenigen Warengruppen und Produkten wie Haushaltsgeräten oder Halbleitern und elektronischen Erzeugnissen. Damit wurden all diese Länder verwundbar für konjunkturelle Schwankungen auf den wichtigsten Absatzmärkten in den Industrieländern. Ein 1996 zu verzeichnender dramatischer Absatzeinbruch bei Halbleitern und anderen elektronischen Erzeugnissen führte dann auch zu riesigen Überkapazitäten und hohen Lagerbeständen in der Region.

Schließlich darf der veränderte Lohnkostenfaktor nicht übersehen werden. Hauptgrund für die massiven Investitionen von Unternehmen aus Japan, Südkorea oder Singapur waren die gestiegenen Lohnkosten in diesen Ländern. Inzwischen aber sind auch in Malaysia, auf den Philippinen oder in Thailand die Löhne gestiegen; diese haben ihren komparativen Vorteil niedriger Arbeitskosten schon fast an Länder wie China, Vietnam oder Indien verloren.

Seit 1990 hat sich der Fluß von Handel und Investitionen dramatisch verändert: Die sogenannten „ASEAN-Four“ (Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen) hatten zwischen 1985 und 1995 einen anteiligen Rückgang von Importen aus den USA um 2,0 Prozentpunkte (von 16,1 Prozent auf 14,1 Prozent) zu verzeichnen, während der Anteil von Importen aus den NIE (Newly Industrializing Economies: Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan) um 4,5 Prozentpunkte (von 21,0 Prozent auf 25,5 Prozent) anstieg; ihr Anteil von Importen aus Japan stieg um 4,3 Prozentpunkte (von 23,3 Prozent auf 27,6 Prozent). Noch auffallender ist der Anteil der NIE als Investitionsquelle: Bis 1993 waren japanische Unternehmen mit Abstand die größten Kapitalgeber für die ASEAN, 1993/94 aber rangierten Neuinvestitionen aus den NIEs weit vor Investitionen japanischer Unternehmen. Im Jahre 1995 kam es zu einem Gleichstand; Unternehmen aus Japan und den NIEs investierten jeweils 11,1 Milliarden US-Dollar (USA: 6,7 Milliarden US-Dollar)<sup>4</sup>. Das bedeutet, seit 1991 haben die NIEs Japan als wichtigsten Abnehmer von Exporten der ASEAN-Four ersetzt, und damit nehmen die ASEAN-Staaten insgesamt mehr Devisen aus den NIEs ein als aus jeder anderen Quelle<sup>5</sup>.

4 Vgl. Geopolitik (Anm. 2), S. 47.

5 Vgl. Misperception and Truth about Economies of Asia and Japan, Press Release, Ministry of Foreign Affairs in Japan vom 17. April 1998 (zit. fortan: Misperception). Es bleibt na-

Auf lange Sicht aber ist es eher unwahrscheinlich, daß die Währungskrise der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region einen schweren Schlag versetzen wird; verglichen mit den übrigen Entwicklungsländern verfügen die asiatischen Länder über robuste makroökonomische Grundlagen, zeichnen sich durch ein hohes Bildungsniveau, durch hohe Sparraten und eine vergleichsweise große politische Stabilität aus. Andererseits ist die Phase des „Wirtschaftswachstums auf der Überholspur“ wohl endgültig vorüber, die jährlichen Wachstumsraten dürften bei bescheidenen, aber soliden vier bis fünf Prozent liegen<sup>6</sup>.

Chancen für die zukünftige Entwicklung vor allem der „kleinen Tiger“ und jener Staaten, die ihnen nacheifern, liegen in der Revision ihrer Entwicklungsstrategien, die zu sehr von Auslandskapital abhängig waren. Die industrielle Basis muß verbreitert werden, so daß mehr Teile und Komponenten in diesen Ländern selbst gefertigt werden können. Notwendig ist es auch, die Binnennachfrage zu stimulieren, um die einseitige Abhängigkeit von ausländischen Märkten aufzuweichen. Schließlich wird auch die Liberalisierung des intraregionalen Handels und der Investitionen unvermeidlich sein, hier kommt der angestrebten ASEAN Free Trade Area (AFTA) zentrale Bedeutung zu.

Japan muß dabei eine Schlüsselrolle spielen. Von rund 70 Milliarden US-Dollar Auslandskapital, das z. B. 1996 nach Thailand floß, waren 53 Prozent Kredite japanischer Banken; Japan muß also in wohlverstandener Eigeninteresse eine Führungsrolle bei der Lösung der gegenwärtigen Krise übernehmen. Die meisten Länder der Region werden wahrscheinlich von der Bindung ihrer Währungen an den US-Dollar abrücken und sie stärker an die Währungen ihrer wichtigsten regionalen Handelspartner koppeln; das würde eine größere Rolle für den Yen bedeuten.

Zur Sicherung reibungsfreier Kooperation mit den Ländern der Region sollte Japan seinen Markt weiter öffnen, energisch die Deregulierungsmaßnahmen vorantreiben und die Importe aus der Region steigern, ganz ähnlich wie die USA Mexiko durch die NAFTA (North American Free Trade Agreement) unterstützten. Zwar sind Japans Importe gestiegen, aber es bestehen z. B. mit

türlich das Problem, daß die meisten Warenströme, die diesen Trend ausgelöst haben, zu einem erheblichen Teil aus „intra-company-trade“ bestehen, die keinen eigentlichen Wertschöpfungsprozeß einschließen.

6 Vgl. ebd., S. 4.

Malaysia, den Philippinen und Thailand immer noch hohe Handelsbilanzüberschüsse.

Die japanische Regierung wird sich verstärkt den Technologietransfer durch öffentliche Entwicklungshilfe zum Ziel setzen müssen, da private japanische Unternehmen nur in geringem Maße Technologie transferieren. Japans Unternehmen begründen diesen mangelnden Transfer damit, daß es unmöglich sei, japanische Managementprinzipien wie Unternehmensloyalität, Entscheidungen von unten nach oben usw. zu übertragen; dennoch ist das nicht völlig unvorstellbar: Amerikanische Autohersteller haben in der Region erfolgreich eine Mischung aus amerikanischen und japanischen Produktionstechnologien eingeführt. Der Grund für die restriktive Haltung japanischer Unternehmen beim Technologietransfer ist wohl eher die Sorge vor neuen leistungsfähigen Konkurrenten; die Entwicklung Südkoreas ist hier ein warnendes Beispiel. Aus der Rückschau sind viele japanische Unternehmensvertreter der Ansicht, daß in Südkorea ein zu intensiver Technologietransfer betrieben wurde.

---

### III. Japans Hilfsmaßnahmen

---

Es gehört in jüngster Zeit zu den immer wieder vorgebrachten Kritikpunkten, daß Japan sich den Herausforderungen der Asienkrise nicht stelle und seiner Aufgabe als Lokomotive der benachbarten Wirtschaften nicht gerecht werde. Hier sind einige Korrekturen nötig:

Japan hat seit Ausbruch der Asienkrise die weitaus größten Mittel aller Geberländer zur Verfügung gestellt, allein 37 Milliarden US-Dollar auf bilateraler Basis.

Über die ODA (*Official Development Assistance*) hat Japan – verglichen mit den USA – das 14fache an Mitteln für asiatische Länder bereitgestellt.

Japanische Unternehmen haben durch großangelegte Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung der Industriestruktur und zum Technologietransfer beigetragen; japanische Investitionen in Asien belaufen sich jetzt auf zirka 78 Milliarden US-Dollar und liegen damit deutlich über denen aus den USA<sup>7</sup>.

In der japanischen Öffentlichkeit hat besonders die Auffassung Verärgerung ausgelöst, daß die japanische Politik zumindest teilweise für die

Währungskrise verantwortlich sei. Alle internationalen Währungsorganisationen sind sich jedoch darüber einig, daß die Krise in erster Linie durch ein Wechselkurssystem ausgelöst wurde, das sich an den US-Dollar gekoppelt hatte, durch wachsende Defizite in der Bilanz der laufenden Posten, durch den schnellen Zustrom von kurzfristigem Kapital, das von privaten Unternehmen nachgefragt worden war und in hoch spekulative Bereiche (Immobilien) investiert wurde; es trug damit nicht dazu bei, die Produktion zu steigern<sup>8</sup>. Die japanische Regierung war bereit, ihre Verantwortung für die Krise zu akzeptieren, rief aber zugleich die internationalen Organisationen auf, konzertiert zur Lösung der Krise beizutragen. Folgende Maßnahmen sollen aus japanischer Sicht international Anwendung finden:

- Steigerung der ODA im Bereich der unmittelbaren humanitären Hilfe;
- Unterstützung der Ausweitung der Exporte asiatischer Länder, z. B. durch die Bereitstellung von Versicherungen für Importe und Exporte;
- Hilfe bei der Stabilisierung von Wechselkursen;
- Verhinderung von protektionistischen Maßnahmen besonders in den USA und den europäischen Ländern.

---

### IV. Negative Auswirkungen japanischer Investitionen in Südostasien

---

Japanische Unternehmen in der ASEAN mußten im ersten Quartal 1998 Umsatzrückgänge von 26,7 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 1997 hinnehmen, japanische Unternehmen in den NIEs verzeichneten Umsatzeinbußen von 7,9 Prozent<sup>9</sup>. Nach Angaben der JETRO (Japan External Trade Organization) waren auch die japanischen Exporte in asiatische Länder 1997 insgesamt rückläufig. Während die USA mit 6,6 Prozent und die EU mit 3,8 Prozent Zuwächse verzeichnen konnten, sanken die japanischen Exporte gegenüber 1996 um 1,9 Prozent. Diese Angaben sind in dem jährlichen Weißbuch der JETRO enthalten, die zugleich fünf Punkte als Politikempfehlungen für ein stabiles weltwirtschaftliches Wachstum vorlegte:

<sup>8</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>9</sup> Vgl. Nikkei Weekly vom 3. August 1998.

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 7.

Damit die asiatischen Länder ihre Wirtschaft und den Handel stabilisieren können, müssen die wichtigsten Partnerländer und Regionen (USA, EU, Japan) ihre Einfuhren erhöhen und bewußt ihre Funktion als „Abnehmerländer“ (*absorber*) wahrnehmen; dabei ist die wirtschaftliche Erholung Japans von zentraler Bedeutung. Exporte sind gegenwärtig die einzige Möglichkeit für die südostasiatischen Länder, ihre Krise zu überwinden und für 1998 Wachstum zu generieren. Aber Japans Importe aus der Region nehmen zur Zeit deutlich ab. Indonesien ist zu mehr als 30 Prozent seiner Ausfuhren vom japanischen Markt abhängig, und auch Hongkong setzt noch fünf Prozent seiner Exporte in Japan ab<sup>10</sup>.

Um eine Wiederholung der Krise zu vermeiden, der sich die asiatischen Länder gegenwärtig gegenübersehen, muß das internationale Finanzsystem neuen Regeln unterworfen werden, ein akkurates Verständnis für kurzfristige private Kapitalflüsse ist erforderlich.

Die asiatischen Länder haben von den Vorteilen des freien Handels und freier Investitionen profitiert, sie müssen jetzt der Versuchung widerstehen, zu protektionistischen Maßnahmen zu greifen. Die hochentwickelten Industrieländer ihrerseits müssen vermeiden, importbeschränkende Maßnahmen wie Anti-Dumping-Abgaben auf billige ostasiatische Exporte zu verhängen. Die Einführung des Euro wird dazu beitragen, die Konzentration auf den US-Dollar zu beenden, und zur Stabilisierung der internationalen Devisenmärkte beitragen; es ist auch notwendig, die Internationalisierung des Yen voranzutreiben. Im Interesse weiterer weltweiter Liberalisierungstendenzen muß die nächste Gesprächsrunde der World Trade Organisation (WTO), die im Jahr 2000 beginnt, unbedingt zu einem Erfolg werden<sup>11</sup>.

Japanische Unternehmen der verarbeitenden Industrie bauen zunehmend Personal in ihren südostasiatischen Niederlassungen ab. Die Wirtschaftskrise zwingt diese Unternehmen, von dem Grundsatz traditionellen japanischen Management-Stils Abschied zu nehmen, auch in Krisenzeiten keine Mitarbeiter freizusetzen. Einige Beispiele sollen den Trend verdeutlichen, der sich schon seit 1997 abzeichnete:

Trotz der Pläne, verstärkt Fahrzeuge aus seiner thailändischen Produktion nach Japan zu exportieren,

sah sich Nissan gezwungen, in seinem Joint Venture Siam Nissan Automobile Co. von 3 500 Mitarbeitern durch Kündigung und vorgezogenen Ruhestand 200 abzubauen. Nissan erwartete aufgrund der Krise in Thailand einen Umsatzrückgang von 22 Prozent. Kündigungen sind in Thailand selten, auch Nissan hat sich für Kompensationsmodelle entschieden; Arbeitnehmer, die freiwillig gingen, erhielten acht Monatslöhne, die übrigen sieben als Entschädigung<sup>12</sup>.

MMC Sittipol Co. (48 Prozent Mitsubishi, 52 Prozent thailändische Partner) hat seit April 1997 die Produktion von Picup-LKWs für den thailändischen Markt halbiert, das Werk für die Limousinen-Fertigung wurde im Juni für zwei Wochen geschlossen. 100 Zeitarbeiter wurden freigesetzt und Vollzeitkräfte von den Bändern in dem Werk in Bangkok auf andere Tätigkeiten umgesetzt; 64 Vollzeitkräfte, die mit ihrer neuen Beschäftigung nicht einverstanden waren, kündigten daraufhin. MMC Sittipol will keine Vollzeitkräfte entlassen, die freigesetzten Mitarbeiter waren Beschäftigte eines Subkontraktunternehmens, das Arbeitskräfte für die Automobilindustrie zur Verfügung stellt<sup>13</sup>.

Die Wirtschaftskrise in Thailand hat mehrere dort ansässige japanische Unternehmen dazu bewogen, Leistungen für ihre Beschäftigten zu kürzen. Daraufhin kam es zu Streiks, die von den Belegschaften begonnen wurden, ohne den vorgeschriebenen Verhandlungsprozeß mit dem Arbeitgeber zu absolvieren. Drei japanische Unternehmen sahen sich 1997 gezwungen, eine Petition an den thailändischen Arbeitsminister zu richten und ihn aufzufordern, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften im Rahmen der Gesetze handeln, wenn es zu einem Konflikt kommt<sup>14</sup>.

Hitachi Ltd. hat 1998 in Singapur 363 Arbeiter entlassen, ca. 20 Prozent der gesamten Belegschaft

12 Vgl. ebd. vom 3. Juni 1997.

13 Vgl. ebd. vom 9. Juni 1997.

14 Die drei japanischen Unternehmen waren Sanyo Semiconductor (Thailand) Co., TDK (Thailand) Co. und Honda Cars Manufacturing (Thailand) Co. Die Beschwerde kam fünf Monate, nachdem Arbeiter das Werk von Sanyo Universal Electric PCL niedergebrannt hatten. Die Ausschreitungen begannen, als Sanyo den Jahresbonus von 5,75 Monatslöhnen auf vier Monatslöhne gekürzt hatte. Im Frühjahr 1996 war es in einem Montagewerk für Motorräder von Suzuki zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen; Arbeiter verlangten Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, es kam zu Sachschäden, und 150 japanische Manager wurden einige Tage gefangengehalten. Beide Zwischenfälle haben in Japan das Vertrauen in harmonische Arbeitsbeziehungen in Thailand beschädigt. Vgl. ebd. vom 28. Mai 1997.

10 Vgl. Asian Wall Street Journal (AWSJ) vom 16. Dezember 1997; Xinhua News Agency (XNA) vom 21. Dezember 1997.

11 Vgl. AWSJ vom 13. August 1998.

in einem Unternehmen, das Kathodenröhren für PC-Monitore herstellt. Die Entlassungen erfolgten nach einem Rückgang der Auslastung um 40 Prozent. Auch Sony Corp. hat rund ein Drittel seiner Belegschaft (296 Mitarbeiter) in seinem singapurischen Werk entlassen, in dem optische Bauteile für CD-Spieler gefertigt werden. In Indonesien hat Mitsubishi Electric Corp. 120 Zeitarbeitnehmern und 100 Vollbeschäftigten gekündigt, eine Kürzung um 40 Prozent; hier handelt es sich um ein Gemeinschaftsunternehmen mit Lippo, das Kühlschränke und Klimageräte produziert. Das Unternehmen will jetzt den Export steigern, nachdem der indonesische Binnenmarkt um 20 Prozent abgerutscht war.

In Thailand bauen vor allem Autohersteller ihr Personal ab; so hat Mazda kürzlich sein Joint Venture mit einem thailändischen Partner geschlossen und 550 Arbeiter entlassen. Asahi Glass Co. (Bauverglasung und Autoscheiben) hat 150 Mitarbeiter, die Hälfte seiner regulären Belegschaft, durch Abfindungsprogramme abgebaut<sup>15</sup>. Wenn sich der Trend zum Personalabbau in japanischen Unternehmen fortsetzt, dürften negative Auswirkungen auf die ohnehin labilen Arbeitsmärkte in Südostasien nicht ausbleiben.

Die oben genannten Forderungen der japanischen Regierung (repräsentiert durch die halbstaatliche JETRO) klingen auf den ersten Blick zweifellos überzeugend, gäbe es da nicht die Forderung nach Aufhebung „protektionistischer Maßnahmen“, die eher an Japan zu stellen wäre als an die USA und Europa<sup>16</sup> – sonst hätte es die Forderungen nach Marktöffnung in Japan aus südostasiatischen Ländern nicht gegeben. Japan will des Weiteren die Personalentwicklung in den Partnerländern vorantreiben, indem mehr Trainees akzeptiert werden – dies gilt insbesondere für Entwicklungsländer. Schließlich will Japan technische Hilfe leisten, um die Finanzsektoren in Entwicklungsländern umzustrukturieren.

Solche Maßnahmen dienen nur der Soforthilfe, die ASEAN und ihre Partner benötigen aber eine grundsätzliche Lösung der Krise, die weiter reicht als der augenblickliche Ausweg. Gegenwärtig ist in Asien nicht an ein Lösungskonzept zu denken, das auch nur entfernt dem Konzept der gemeinsamen europäischen Währung ähneln würde; aber die Schaffung eines Fonds zur Stabilisierung der regionalen Währungen wäre durchaus denkbar. Bisher aber haben sich die Regierungen der ASEAN

mehr mit Fragen des Freihandels und der Liberalisierung von Investitionen beschäftigt; der Lösung des Problems gegenseitiger Währungsstabilisierung sind sie nicht nähergekommen<sup>17</sup>.

Japan hat aggressiv auf die Vorwürfe reagiert, nicht ausreichend zur Lösung der Asienkrise beigetragen zu haben, und in der Tat sieht die bisherige Hilfe Japans eindrucksvoll aus.

### 1. Der traditionelle Partner: Thailand

Für Thailand wurden vier Milliarden US-Dollar über den *International Monetary Fund* (IMF) auf bilateraler Basis zur Verfügung gestellt, keine Hilfe seitens der USA und der EU, wie japanische Quellen vermerken<sup>18</sup>. Nach Mitteilung des thailändischen Finanzministers wird die staatliche japanische Exim-Bank 1998/99 weitere Yen-Kredite im Wert von zirka 600 Millionen US-Dollar ausreichen, um die thailändischen Exporte zu stärken. Die Kredite werden durch die Exim-Bank in Zusammenarbeit mit kommerziellen thailändischen Banken verteilt. Der thailändische Finanzminister hatte sich bei seinem Besuch in Tokyo 1998 auch bemüht, japanische Banken dazu zu bewegen, die Rückzahlung von dem Privatsektor Thailands gewährten Krediten zu stunden; die Auslandsschulden Thailands belaufen sich auf 72 Milliarden US-Dollar, rund die Hälfte davon werden von japanischen Banken gehalten. Die thailändische Regierung hatte weiter versucht, die japanische Seite dazu zu bringen, Dollar-Kredite in Yen-Kredite umzuwandeln; dies würde die Kosten für thailändische Schuldner deutlich reduzieren, denn Yen-Kredite werden niedriger verzinst. Die schwere Wahlniederlage Ryutaro Hashimotos (s. u.) war für Thailand ein harter Schlag, die Ernennung Keizo Obuchis zu seinem Nachfolger eine bittere Enttäuschung. Der neue japanische Regierungschef traf seine Kollegen aus der ASEAN erstmals auf einem informellen Treffen der ARF-Mitglieder (ASEAN Regional Forum); die Pläne, die er zur Belebung der japanischen Wirtschaft vorlegte, überzeugten die ASEAN-Führung nicht. Der traditionelle Partner Japans, das Königreich Thailand, das schon seit der Jahrhundertwende gute Kontakte zu Japan pflegt, war in seiner Kritik vielleicht am unverblühtesten: Der Sprecher des thailändischen Außenministeriums bezeichnete Obuchi als einen Politiker, der im „bürokratischen System“ Japans groß geworden sei, und äußerte Zweifel, ob Obuchi grundlegende Refor-

15 Vgl. Nikkei Weekly vom 3. August 1998.

16 Vgl. *Misperception* (Anm. 5), S. 7.

17 Vgl. M. Kagami (Anm. 1).

18 Vgl. *Misperception* (Anm. 5), S. 14.

men werde durchsetzen können. Alle ARF-Mitgliedstaaten drängten Japan, die eigene Krise in den Griff zu bekommen<sup>19</sup>.

## 2. Japan im Zwiespalt: Die ASEAN und das Militärregime in Myanmar (Birma)

Die grundsätzlich positive Haltung der meisten ASEAN-Staaten gegenüber Myanmar belastet die japanische Südostasien-Politik immer von neuem. Japan fand sich gegenüber der burmesischen Militärregierung des SLORC (State Law and Order Restoration Council) in einer heiklen Lage: Einerseits warf (und wirft) die japanische Regierung den Generälen in Rangoon/Yangon immer wieder Menschenrechtsverletzungen vor – insbesondere mit Blick auf die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi –, andererseits muß sie akzeptieren, daß die Mehrheit der ASEAN-Staaten eine Mitgliedschaft Myanmars zumindest nicht kategorisch ablehnte. Japan unterstützte die Bemühungen der ASEAN um einen kritischen Dialog mit den Militärs in Myanmar, aber es konnte 1997 seine Wirtschaftshilfe für das Land noch nicht wieder in vollem Umfang aufnehmen, weil damit gegen die Vergaberichtlinien für ODA-Leistungen (nicht an Länder mit Menschenrechtsverletzungen) verstoßen würde.

Deshalb sagte der ehemalige japanische Regierungschef Hashimoto während seiner ASEAN-Reise 1997 hinsichtlich der Aufnahme Myanmars in die ASEAN in Indonesien seinem Gesprächspartner Suharto, die Mitgliedschaft Myanmars dürfe nicht „Unterdrückung“ in dem Land verdecken, vielmehr sollte das Aufnahmeverfahren so ablaufen, daß die innere Situation Myanmar verbessert wird. Grundsätzlich aber unterstütze Japan sowohl die Aufnahme Myanmars als auch die von Kambodscha und Laos. Suharto versicherte, daß die ASEAN bei der Aufnahme Myanmars die Weltmeinung berücksichtigen werde; Myanmar könnte von den Erfahrungen Indonesiens profitieren, meinte der damalige indonesische Präsident<sup>20</sup>. Vor zehn Jahren hatte Japan nach den Massakern der burmesischen Militärführung an prodemokratischen Demonstranten die Wirtschaftshilfe an Rangoon eingefroren, im August 1998 hatte es den Anschein, als wolle die japanische Regierung diese Hilfe wieder aufnehmen. Beobachter in der Region, aber auch die

US-Führung sind überzeugt, daß Japan im möglichen Dialog mit der Militärführung in Myanmar eine Schlüsselrolle zukommt. Der internationale Druck auf die Militärs in Rangoon/Yangon kann nur wirkungsvoll fortgesetzt werden, wenn Japan sich an diesen Druckmaßnahmen beteiligt. Nur unter japanischem Druck könnten die Generäle schließlich bereit sein, mit der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi konstruktive Verhandlungen zu führen. Offiziell hat Japan bisher nur „humanitäre“ Hilfe an Burma geleistet, es gab jedoch Irritationen unter Verfechtern demokratischer Entwicklungen in Burma, als Tokyo unter diese humanitäre Hilfe auch finanzielle Unterstützung für Reparaturarbeiten am Flughafen von Rangoon rechnete. Bisher ist die japanische Regierung meist den Vorgaben aus Washington gefolgt, es gibt jedoch starke Wirtschaftsinteressen in Tokyo, die Druck auf die Regierung ausüben, nicht mehr der US-Linie zu folgen, sondern Geld nach Burma zu pumpen<sup>21</sup>.

Das japanische Außenministerium hat die Vollmitgliedschaft von Myanmar, Laos und Kambodscha in der ASEAN begrüßt; zugleich wurde betont, daß Japan die Demokratisierung in Myanmar „ermutigen“ wolle. Japan werde es aber nicht dulden, wenn Myanmar die ASEAN-Mitgliedschaft nutze, um die Unterdrückung seines Volkes zu vertuschen. Der damalige Ministerpräsident Hashimoto warnte, daß Japan darauf achten werde, daß Myanmar die Mitgliedschaft nicht als Sanktionierung der Sünden der Militärregierung wertet. Anders als die USA und die EU hat Japan Boykottmaßnahmen abgelehnt und stets einen Dialog zwischen dem SLORC (seit November 1997 umbenannt in State Peace and Development Council [SPDC]) und der National League for Democracy von Aung San Suu Kyi befürwortet. Japan will sich nach Auskunft des Außenministeriums für bessere Beziehungen zwischen den USA und Myanmar einsetzen<sup>22</sup>.

Die japanische Regierung hat Myanmar in Aussicht gestellt, die Entwicklungshilfe (ODA) wieder aufzunehmen, wenn erkennbare Fortschritte bei der Demokratisierung festgestellt werden. Japan hatte im September 1988 die ODA-Hilfe ausgesetzt, nachdem der SLORC die Macht übernommen hatte. Im Februar 1989 wurden die Zahlungen für laufende Projekte wieder aufgenommen, aber neue Wirtschaftshilfe wurde nicht gewährt. Die Botschaft über die mögliche Wiederaufnahme der ODA-Hilfe wurde den burmesischen Gene-

19 Vgl. Kyodo News Agency (Kyodo, engl.) vom 26. Juli 1998, in: Summaries of World Broadcast (SWB) vom 28. Juli 1998.

20 Vgl. Asahi shimbun vom 11. Januar 1997; Nikkei Weekly vom 11. Januar 1997.

21 Vgl. South China Morning Post vom 5. August 1998.

22 Vgl. Kyodo vom 31. Mai 97, in: SWB vom 2. Juni 1997.

rären als Wunsch des Regierungschefs Hashimoto vom Leiter der Abteilung für außenpolitische Fragen im Büro des japanischen Ministerpräsidenten überbracht. Inzwischen hat sich die japanische Regierung bereit erklärt, Myanmar zwei Milliarden Yen als Umschuldungshilfe zu gewähren, nachdem Myanmar im Mai 1997 einen Kredit von zwei Milliarden Yen zurückgezahlt hatte<sup>23</sup>.

### 3. Japan und das „Familienunternehmen Suharto“: Verstärkte Hilfe für Indonesien

Innerhalb des Jahreszeitraums 1997/98 erlebten die ASEAN-Staaten, Indonesien und Japan tiefgreifende Umbrüche: Indonesiens Präsident Suharto trat zurück, die indonesische Wirtschaftskrise verschärfte sich dramatisch, und in Japan trat eine neue Regierung ihr Amt an. Noch 1997 hatte der damalige japanische Regierungschef Hashimoto fünf ASEAN-Länder besucht. Zwei problematische Themenkreise standen im Mittelpunkt der Unterredungen Hashimotos mit dem indonesischen Präsidenten Suharto: das indonesische „Nationalauto“ und die Aufnahme Myanmars in die ASEAN, die von Suharto zusammen mit Malaysias Regierungschef Mahathir nachdrücklich betrieben wurde. Das Myanmar-Problem wurde zwischen 1997 und 1998 weitgehend im Sinne der ASEAN-Staaten von Japan behandelt; die übrigen Probleme besonders mit Indonesien wurden durch die Abdankung Suhartos gelöst bzw. in den Hintergrund gedrängt.

Gegenüber dem damaligen Präsidenten Suharto versicherte Hashimoto, daß seine Regierung keine offiziellen Kontakte mit dem Führer der Unabhängigkeitsbewegung für Ost-Timor und Nobelpreisträger Jose Ramos-Horta habe, man „verstünde in Japan die indonesische Position“. Zugleich aber beeilte sich die japanische Seite zu betonen, daß die Regierung in Tokyo die Annexion Ost-Timors durch Indonesien nicht anerkenne. Ein Sprecher des japanischen Außenministeriums betonte jedoch, die japanische Regierung werde mit dem Problem in dem Bewußtsein umgehen, daß Ost-Timor gegenwärtig unter indonesischer Verwaltungskontrolle sei. Weder Regierungschef Hashimoto noch Außenminister Ikeda würden mit Ramos-Horta zusammentreffen. Hinsichtlich des indonesischen „Nationalautos“ drängte Hashimoto den indonesischen Präsidenten, diesen Wagen nur im Einklang mit den WTO-Richtlinien

zu produzieren, die jetzigen Produktionsbedingungen seien diskriminierend gegenüber anderen Anbietern. Das „Nationalauto“ dürfte der Vergangenheit angehören: Die Produktion dieses Kleinwagens, der gegenüber ausländischen (i. a. japanischen) Fahrzeugen steuerlich massiv begünstigt werden sollte, ist untrennbar mit der Familie Suharto verbunden: Das einzige Unternehmen, das ihn fertigen sollte, gehörte einem Sohn Suhartos. Die südkoreanische Partnerfirma KIA ist in großen finanziellen Schwierigkeiten.

Auch in Indonesien gibt es ehemalige sogenannte „Trösterinnen“, Zwangsprostituierte der kaiserlichen japanischen Armee. Die „Asiatische Friedensstiftung für Frauen“, die Entschädigungen für koreanische und philippinische Zwangsprostituierte auszahlen wird, soll sich nach den Vorstellungen der japanischen Regierung auch um die indonesischen Opfer kümmern. Es ist geplant, in den kommenden zehn Jahren Wohlfahrtseinrichtungen für alte Frauen einzurichten, die unter der japanischen Armee gelitten haben. In Ost- und Zentral-Java, Nord-Sumatra, Ost-Sulawesi und an anderen Regionen sollen Einrichtungen für jeweils zehn Frauen entstehen, die von der Stiftung errichtet und unterhalten werden sollen. Da die indonesische Regierung angegeben hatte, daß es schwierig sei, individuelle Ansprüche zu verifizieren, fließen die Mittel jetzt in diese Einrichtungen, wo ganze Gruppen betreut werden können<sup>24</sup>.

Die bilaterale Hilfe Japans für Indonesien erreichte schon unmittelbar nach Ausbruch der Krise eine Höhe von fünf Milliarden US-Dollar; nach japanischen Angaben trugen die USA eine Milliarde US-Dollar zur Krisenbewältigung bei, die EU nichts (zweifelloos ein japanischer Rechenrick). Nach Angaben des Außenministeriums in Tokyo wird die japanische Regierung Indonesien im Haushaltsjahr 1998 (bis 31. März 1999) 187 Milliarden Yen (1,3 Milliarden US-Dollar) an ODA-Krediten zur Verfügung stellen. Eine erste Tranche „weicher“ Kredite im Volumen von 150 Milliarden Yen wird ausreichen, um die indonesische Zahlungsbilanz zu stützen. Die japanische Seite machte diese Angaben anlässlich einer Tagung der Consultative Group on Indonesia in Paris, die von der Weltbank organisiert worden war. Sämtliche weichen Kredite sind dazu bestimmt, die indonesische Devisenknappheit zu bewältigen, normalerweise waren japanische ODA-Leistungen an Indonesien für Infrastrukturprojekte wie Kraftwerke und Straßenbau bestimmt. Die indonesische Regierung wird die Yen-Kredite nutzen, um Rupiah aufzukaufen und mit

23 Vgl. International Herald Tribune vom 15. Juni 1997; Kyodo vom 12. Juni 1997, in: SWB vom 14. Juni 1997; TV Myanmar, burm., vom 2. Juni 1997, in: SWB vom 11. Juni 1997.

24 Vgl. Asahi shimbun vom 12. Januar 1997.

diesen Mitteln Projekte durchführen, die Arbeitsplätze schaffen und damit die Gesellschaft stabilisieren. 20 Milliarden Yen der Kreditlinie werden eingesetzt, um die Transportkosten für Reislieferungen von 500 000 Tonnen zu begleichen; Japan stellt den Reis als „Leihmenge“ zur Verfügung, um die Versorgung der indonesischen Bevölkerung sicherzustellen<sup>25</sup>. Die japanische Regierung wird Indonesien weitere 10,99 Milliarden Yen (79,6 Millionen US-Dollar) als nicht rückzahlbare Hilfe zum Kauf von Reis zur Verfügung stellen. Indonesiens Regierung wird die Mittel einsetzen, um in Japan zusätzlich 500 000 Tonnen Reis zu kaufen, die erste Lieferung traf im August in Indonesien ein. Darüber hinaus stellt Japan weitere 100 000 Tonnen Reis im Rahmen eines Nahrungshilfeprogramms von 1995 zur Verfügung. Mitten in den finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Indonesiens wurde das Land auch von einer lang anhaltenden Dürreperiode getroffen, die zu umfangreichen Ernteausfällen führte<sup>26</sup>.

#### 4. Zwischen Selbstbewußtsein und neuen Krisenängsten: Japan und Malaysia

Innerhalb nur eines Jahres schwankten auch die Beziehungen Japans zu Malaysia und die gegenseitige Einschätzung von einem Extrem zum anderen: Malaysias Regierungschef Mahathir konnte auf ein scheinbar erfolgreiches Entwicklungsmodell verweisen, das nicht zuletzt durch japanisches Engagement zustande gekommen war; aus malaysischer Sicht waren Japan und Malaysia zu überzeugenden Modellen einer asiatischen Entwicklung geworden, die scheinbar ohne westliche Werte auskam. Mahathir wurde zum schärfsten Kritiker angeblicher westlicher Dekadenz und vermeintlicher Versuche westlicher Industrieländer, die Konkurrenzfähigkeit asiatischer Länder durch Forderungen nach sozialen Rechten, Umweltschutz u.ä. zu schwächen. Japan hatte 1997 das neue Selbstbewußtsein der ASEAN-Länder durchaus akzeptiert, die erste Auslandsreise des damals gerade gewählten japanischen Regierungschefs Ryutaro Hashimoto führte ihn nach Südostasien, frühere japanische Regierungschefs hatten fast ausnahmslos ihre erste Auslandsreise und „Antrittsbesuche“ in die USA geführt. Es ging der japanischen Regierung darum, den Dialog mit den ASEAN zu intensivieren; dazu sollten regelmäßige Konsultationen geführt werden. Von allen ASEAN-Staaten, die Hashimoto besuchte, war Malaysia vielleicht am ehesten bereit, den regel-

mäßigen Gesprächen der Regierungschefs zuzustimmen, die Hashimoto vorgeschlagen hatte, zumindest signalisierte Regierungschef Mahathir dieses. Das erste Treffen sollte nach malaysischer Auffassung in Kuala Lumpur im Herbst 1997 stattfinden. Auch separate Gespräche Japans und der ASEAN mit China und Südkorea befürwortete der malaysische Außenminister, gemeinsame Projekte wie die Eisenbahnverbindung zwischen Singapur und Kunming oder die Entwicklung des Mekong-Beckens wären angemessene Themen<sup>27</sup>. Trotz seiner grundsätzlichen Zustimmung zu ASEAN-Japan-Gipfeltreffen vermied es Mahathir, die Zustimmung deutlich auszusprechen.

Bei dem Besuch des japanischen Regierungschefs 1997 kamen Hashimoto und Mahathir überein, gemeinsame Anstrengungen für den Wiederaufbau Bosnien-Herzegowinas zu unternehmen. Der japanische Regierungschef hob besonders die Leistungen Malaysias bei der UN-Friedenstruppe für Bosnien hervor, auch lobte Hashimoto den malaysischen Beitrag für die KEDO (Korean Energy Development Organization), die zwei Leichtwasser-Reaktoren in Nordkorea bauen soll. Mahathir seinerseits drängte Japan, in der G-7-Gruppe darauf hinzuwirken, daß die weniger entwickelten Länder ein größeres Mitspracherecht in Fragen des internationalen Handels erhalten; Japan habe hier in der Vergangenheit nicht genug getan.

Ein gutes Jahr später ist von der malaysischen Euphorie nicht viel geblieben, das Land steckt wie alle anderen asiatischen Staaten (mit Einschränkungen auch China) tief in der Finanz- und Wirtschaftskrise, und für Malaysia liegt der Schlüssel zur Überwindung der Krise bei Japan. In Japan aber hat inzwischen die Regierung gewechselt; Hashimoto mußte nach einer schweren Wahlschlappe zurücktreten, sein Nachfolger Keizo Obuchi stellt vorerst binnenwirtschaftliche Probleme in den Vordergrund seiner Regierungsarbeit. Mahathir zeigte sich betroffen von der Wahlniederlage Hashimotos; auf der Tagung des ASEAN Regional Forum (ARF) in Manila (im Juli 1998) gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch der neue japanische Regierungschef Obuchi die Reformanstrengungen zur wirtschaftlichen Erholung Japans fortsetzen werde<sup>28</sup>.

Im Unterschied zu anderen von der Krise betroffenen Ländern in Südostasien hat sich Malaysia gegen Unterstützung durch den IMF entschieden, denn bei Gesprächen im Rahmen des informellen

25 Vgl. Nikkei Weekly (Anm. f5).

26 Vgl. AWSJ vom 24. Juni 1998.

27 Vgl. International Herald Tribune vom 24. Januar 1997.

28 Vgl. XNA vom 14. Juli 1998.

ASEAN-Treffens in Kuala Lumpur (im Dezember 1997) hatte Japans damaliger Regierungschef Ryutaro Hashimoto seinen malaysischen Amtskollegen Mahathir deutlich gemacht, daß Hilfsmaßnahmen des IMF nicht ohne Bedingungen anlaufen könnten. Im Gegensatz zu Mahathir, der IMF-Auflagen als Verletzung der nationalen Souveränität seines Staates ansieht, betonte Hashimoto, daß es keine Hilfspakete ohne solche harte Auflagen geben könne, die nötigen Gelder aus den USA und Europa würden einfach nicht fließen, wenn es keine Einigung zwischen dem IMF und jenen Ländern gebe, die Hilfe brauchten. Der malaysische Regierungschef hatte auf eine japanische Intervention gegen die harschen IMF-Auflagen gehofft, die u.a. Steuererhöhungen, hohe Zinsen und Haushaltskürzungen vorsehen; Japan ist zweitgrößter Einzahler in den IMF. Mahathir verwies dabei auf die bisher angeblich ausgebliebene Wirkung der IMF-Maßnahmen. Hashimoto dagegen drängte seinen malaysischen Partner, strikt die Rahmenrichtlinien des sogenannten „Manila Framework“ vom November 1997 einzuhalten, das gegenseitige Finanzhilfen zwischen den ASEAN-Staaten und anderen asiatischen Nationen vorsieht. Zu diesem Zweck war ein Fonds eingerichtet worden, aus dem zusätzlich zu IMF-Mitteln Finanzhilfen bereitgestellt werden können. Das Manila Framework war auf dem APEC-Treffen in Vancouver (1997) formell beschlossen worden<sup>29</sup>.

Mahathir ist ein Politiker, der sich in Japan großer Beliebtheit erfreut; das gilt nicht zuletzt für japanische Spitzenpolitiker. Um so betroffener reagierte die japanische Regierung auf die Maßnahmen Mahathirs zur Sanierung der malaysischen Wirtschaft: Der energische Reformier, Finanzminister Anwar Ibrahim (auch designierter Nachfolger Mahathirs), mußte seinen Posten räumen, als Nachfolger wurde sein Vorgänger und enger Vertrauter von Mahathir, Daim Zainuddin, gehandelt. Dieser Wechsel steht für ein Konzept, das diametral den Empfehlungen Hashimotos entgegensteht, denen auch der neue Regierungschef Obuchi verpflichtet ist: Anwar Ibrahim hatte auf Marktwirtschaft, Liberalisierung der Kapitalmärkte, straffe Zinskontrollen und eine rigorose Sparpolitik im Staatshaushalt gesetzt. Vor etwas über einem Jahr hatte die malaysische Regierung die Bindung an den US-Dollar aufgehoben, im September 1998 fuhr Mahathir die Maßnahmen zurück: Der malaysische Ringgit wurde auf einen Wechselkurs von 3,8 Ringgit/1 US-Dollar festgelegt, zugleich wurde

eine strikte Devisenkontrolle eingeführt. Der malaysischen Wirtschaft fehlen frische Kapitalzuflüsse, angesichts der dirigistischen neuen Maßnahmen werden die japanischen Banken (wie auch andere westliche Banken) kaum dazu bereit sein, neue kommerzielle Kredite zur Verfügung zu stellen<sup>30</sup>. In der verarbeitenden Industrie sollten einige Lockerungen in den Eigentums- und Verfügungsrechten eintreten. So sollten sogenannten Nicht-Bumiputra (d. h. Chinesen oder Japaner) Anteile von Bumiputra-Unternehmen aufkaufen dürfen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind; ausgenommen davon blieben „strategische Industrien“, darunter die Automobil-Industrie und damit der Bereich, an dem japanische Unternehmen das größte Interesse hätten. Grundlage der malaysischen Reformpläne war ein Papier des National Economic Action Council (NEAC), das von seinem damaligen Leiter Daim Zainuddin vorgelegt wurde<sup>31</sup>.

Hashimoto kündigte am Rande des informellen ASEAN-Treffens in Kuala Lumpur 1997 auch ein rein japanisches Paket von Hilfsmaßnahmen für die ASEAN-Staaten im Wert von 18,5 Milliarden US-Dollar an. Die Hilfsmaßnahmen umfassen eine neue Kreditlinie für Exportversicherungen sowie „niedrigst“ verzinsten Kredite für grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte wie z. B. Straßen zwischen zwei oder mehr ASEAN-Ländern. Weiter sollen in den kommenden fünf Jahren 20 000 Bürger der ASEAN nach Japan zu Ausbildungsmaßnahmen eingeladen werden. Als weiteres Ziel soll die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe in der ASEAN gefördert werden. Im einzelnen sagte der japanische Regierungschef folgende Maßnahmen zu:

- Unterstützung im internationalen Kontext bei der Implementierung der IMF-Hilfsmaßnahmen sowie Unterstützung in IMF und Weltbank, um den ASEAN-Staaten bei der Regulierung und Kontrolle des Finanzsektors zur Seite zu stehen;
- Verstärkung des Dialogs zwischen Japan und den ASEAN-Staaten mit Blick auf makroökonomische Fragen, Probleme der Devisen- und Finanzmärkte sowie über bilaterale technische Kooperation;
- Verabschiedung eines Japan-ASEAN-Programms zur Heranbildung von Fachleuten (20 000 Trainees in fünf Jahren);

29 Vgl. Kyodo vom 15. Dezember 1997, in: SWB vom 16. Dezember 1997.

30 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5./6. September 1998.

31 Vgl. Nikkei Weekly vom 27. Juli 1998.

- Einrichtung einer Kreditlinie zur Exportversicherung im Wert von 18,5 Milliarden US-Dollar;
- Gründung von intraregionalen Industrieverbänden der Klein- und Mittelindustrie, um gemeinsam die Konkurrenzfähigkeit dieses Sektors zu steigern und die Exporte zu erhöhen mit den Schwerpunkten Komponenten und Bauteile;
- Hilfe für Südkorea in Höhe von 14,5 Milliarden US-Dollar, davon 3,3 Milliarden US-Dollar aus Japan, 5 Milliarden aus den USA und 6,25 Milliarden aus der EU;
- Zusätzliche Kreditlinien<sup>32</sup>.

Eindrucksvoller waren die Maßnahmen, die Japan bereits 1997 für die notleidenden Wirtschaften seiner asiatischen Nachbarn ergriff: Die Handelsversicherungen für Geschäfte ohne Letter-of-Credit (L/C) wurden für Indonesien, Thailand und Südkorea auf insgesamt 13 Milliarden US-Dollar ausgeweitet, die Kreditlinie für Auslandsinvestitionen in Indonesien und Thailand wurde auf je eine Milliarde US-Dollar erweitert. Weiter wurden für das Haushaltsjahr 1997 aus dem sogenannten FLIP (Fiscal Loan and Investment Program, eine Art Zusatzhaushalt) umgerechnet 2,5 Milliarden US-Dollar Zusatzkredite für Investitionen in der Region bereitgestellt. Die japanische Regierung stellte auch sogenannten Zweistufenkredite in Höhe von 600 Millionen US-Dollar für Thailand und eine Milliarde US-Dollar für Indonesien zur Verfügung, die von den Regierungen beider Länder an örtliche Banken weitergereicht wurden, die ihrerseits daraus Kredite für Klein- und Mittelbetriebe bereitstellten. Indonesien wurde zum Hauptempfängerland humanitärer Hilfe: Japan stellte 580 Millionen US-Dollar (70 Milliarden Yen) für soziale Sicherungsmaßnahmen, Arbeitslosenhilfe und die Entwicklung von Fortbildungsmaßnahmen zur Verfügung, 30 Millionen US-Dollar flossen als Soforthilfe für Nahrungsmittelbeschaffung und andere Notmaßnahmen nach Indonesien.

---

## V. Folgen für Japan

---

Die Maßnahmen der japanischen Regierung zur Ankurbelung der Binnennachfrage scheinen dringend überfällig; nur ein Nachfrageschub in Japan

selbst kann wirklich zur Erholung in den Nachbarländern beitragen, denn sie sind auf Exporte angewiesen und Japan wäre ein „natürlicher“ Markt. Auf den ersten Blick sind die 16 Trillionen Yen (120 Milliarden US-Dollar), die Japans Regierung als Stimulus aufwenden will, eine höchst eindrucksvolle Summe; aber diese Mittel konzentrieren sich auf öffentliche Arbeiten, z.B. Bauvorhaben im Infrastrukturbereich, sie schließen jedoch keine steuerwirksamen Maßnahmen ein, d.h., Japans Verbraucher profitieren kaum von dem Maßnahmenpaket, ihre Kaufkraft wird nicht gesteigert. Auch die Maßnahmen im öffentlichen Sektor können nur greifen, wenn die japanische Regierung effektive Deregulierungsmaßnahmen einleitet, damit bürokratische Engpässe und konkurrenzfeindliche Geschäftspraktiken aufgebrochen werden. Es wären Japans Verbraucher, die durch verstärkten Konsum – unter Ausnutzung endlich günstiger Preise – die Exporte aus Japans Nachbarländern steigern könnten. Bisher aber haben die Maßnahmen der japanischen Regierung keine Wirkung gezeigt: Die japanische Wirtschaft bleibt in der Krise, die Banken ächzen unter „faulen“ Krediten, der Yen bleibt weiterhin schwach und schmälert so die Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher Produkte aus der Region. Die malaysische Wirtschaft erhielt 1997 einen Schlag durch die Erhöhung der Verbrauchssteuern, was den privaten Konsum in einem ersten Schub drosselte, dann sackten die Exporte in die Krisenländer Asiens ab (immerhin exportiert Japan zweieinhalbmal soviel dorthin wie die USA und Europa), und in den ersten drei Monaten 1998 sank die Industrieproduktion jahresbereinigt um sechs Prozent, für 1998 wird erstmals ein Minuswachstum erwartet. Weitere Unternehmen dürften zusammenbrechen, die Furcht vor Arbeitslosigkeit wird zunehmen und damit verbunden der private Konsum noch weiter sinken. Die OECD schätzt, daß Japans Wirtschaft 1998 um 0,3 Prozent kontrahieren wird, aber selbst eine handfeste Rezession dürfte kaum unmittelbare Einflüsse auf die Wirtschaften der USA und Europas haben, so die optimistische Perspektive<sup>33</sup>.

Es gibt aber auch eine ausgesprochen negative Perception: Nicht nur die Länder der asiatischen Region haben sich für eine exportinduzierte Entwicklungsstrategie entschieden, auch Staaten in Mittel- und Südamerika setzen auf diesen Weg. Durch den fortgesetzten japanischen Konsumverzicht bzw. die stagnierende Investitionstätigkeit

32 Vgl. Kyodo vom 16. Dezember 1997, in: SWB vom 18. Dezember 1997.

33 Vgl. „If Japan should crash“, in: The Economist vom 11. April 1998, S. 9.

bleiben für diese Exporte aus industrialisierenden Staaten nur die USA als „buyer of last resort“<sup>34</sup>, da auch Europa mit Wachstumsschwierigkeiten zu kämpfen hat und die Mitgliedsländer der EU nach neuen Exportmärkten außerhalb der Union suchen müssen. Für die USA bedeutet dieser Andrang von Exporten eine weitere Steigerung des Defizits in der Bilanz der laufenden Posten um circa 50 bis 100 Milliarden US-Dollar, schätzt der IMF; bereits 1997 hatten die USA ein Defizit von 178 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen. Amerikanische Erzeuger werden große Schwierigkeiten bekommen, um sich gegen diese Konkurrenz durchzusetzen, langsames Wachstum, weniger US-Exporte in wichtige Märkte werden Unternehmensgewinne drücken und negative Einflüsse auf

---

34 Clyde Prestowitz, „Going Down With Japan“, in: Far Eastern Economic Review vom 16. April 1998, S. 15.

die Aktienmärkte haben. Die Auflösung japanischer Portfolio-Investitionen durch die Banken des Landes dürfte diesen Druck noch erhöhen. Angesichts des hohen Defizits in der Bilanz der laufenden Posten könnte es zu einer Schwächung des US-Dollars kommen, der private Konsum und die Investitionsbereitschaft amerikanischer Unternehmen würden sinken, die USA könnten in eine Rezession gleiten und die übrige Welt mitziehen. Deshalb: „The fate of Japan's economy is no longer a matter only for Japanese or even for Japanese and Americans. Somehow persuading Japanese leaders to do the heart transplant of deregulation and decartelization as well as the blood transfusion of fiscal stimulation is of the utmost importance to the entire world.“<sup>35</sup>

---

35 Ebd.

# Demokratisierung und die Rolle der Zivilgesellschaft in Südkorea, Taiwan und auf den Philippinen

Im Februar 1986 erreichte die „dritte Welle der Demokratisierung“<sup>1</sup> auch die asiatisch-pazifischen Küsten. Ausgehend von der „People's Revolution“ auf den Philippinen, die zum Sturz des seit 1972 autoritär regierenden Präsidenten Ferdinand Marcos führte, gaben die autokratischen Herrschaftseliten in Südkorea (1987/88) und Taiwan (1986–1992) nacheinander den Weg für die Demokratisierung frei<sup>2</sup>. Unter dem Eindruck der Ereignisse auf den Straßen von Manila und Seoul, in deren Verlauf Hunderttausende demonstrierender Studenten, Intellektueller, städtischer Geschäftsleute und Priester, aber auch einfache Arbeiter und Hausfrauen vorwiegend friedlich der autoritären Macht ihre Rechte abtrotzten, rückte ein als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung keineswegs neues Untersuchungsobjekt in den Blickpunkt des Interesses: die Frage nach der Bedeutung einer sich formierenden und emanzipierenden Zivilgesellschaft für die demokratische Entwicklung ost- und südostasiatischer Gesellschaften<sup>3</sup>.

Um die zivilgesellschaftlichen Akteure in Demokratisierungsprozessen und ihren Beitrag zur demokratischen Konsolidierung verstehen zu können, muß die dynamische Entwicklung der Zivilgesellschaft zunächst innerhalb ihres historischen und sozioökonomischen Kontextes betrachtet werden. Daher soll in einem ersten Schritt geprüft werden, welche Bedingungen wie und in welcher Weise die Entstehung der Zivilgesellschaften in Südkorea, Taiwan und den Philippinen beeinflusst haben. In einem zweiten Schritt wird untersucht, welchen Einfluß zivilgesellschaftliche Akteure auf das Ende der Diktaturen und den Übergang zur Demokratie hatten, um danach die Entwicklungs-

dynamik und den Beitrag der Zivilgesellschaft in der demokratischen Konsolidierung zu erörtern.

---

## I. Zivilgesellschaftliche Entwicklung unter autoritären Bedingungen

---

„Die Staatsfixiertheit der meisten autoritären Systeme“, so Wolfgang Merkels mit Blick auf die ostmitteleuropäischen Reformstaaten getroffene Feststellung, „hinterläßt schwache Zivilgesellschaften.“ Zurückzuführen ist dies vor allem auf den Zwang autoritärer Regime, aus Gründen der Selbsterhaltung und der Sicherung ihres Herrschaftsanspruchs „nahezu alle Organisationen und Initiativen autonomer gesellschaftlicher Interessenartikulation“ zu unterdrücken<sup>4</sup>.

Für die ost- und südostasiatischen Diktaturen kann diese Aussage nur begrenzt Gültigkeit beanspruchen. Vielmehr waren sowohl die wechselnden Diktaturen Südkoreas (1950–1960; 1961–1972; 1973–1979; 1980–1987) als auch das philippinische Marcos-Regime (1972–1986) durch eine vergleichsweise schwach ausgeprägte Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse charakterisiert. Lediglich in Taiwan erreichte die staatliche Durchdringung der gesellschaftlichen Sphäre zeitweise ein mit den kommunistischen Diktaturen Osteuropas vergleichbares Niveau. In allen drei Ländern war die Bildung autonomer Organisationen und Vereinigungen aber bereits in autoritärer Zeit möglich, wenn auch in Taiwan erst in der Spätphase des Regimes und auch dann zunächst nur in geduldeten informellen Grauzonen. Wenngleich die entstehenden zivilgesellschaftlichen Konturen in den drei Ländern sehr unterschiedlich ausfielen, lassen sich dabei doch einige allgemeine Muster zivilgesellschaftlicher Genese erkennen.

Bedingt durch die erfolgreiche Industrialisierungsstrategien der autoritären Regime kam es in Süd-

1 Vgl. Samuel P. Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman-London 1991.

2 Thailand, die vierte Demokratie der dritten Welle im asiatisch-pazifischen Raum, wird aus systematischen Gründen hier nicht behandelt.

3 Die Zivilgesellschaftsdiskussion wurde dabei jedoch vorwiegend aus modernisierungstheoretischer Sicht geführt. Zivilgesellschaft wurde überwiegend als quasiautomatisches Resultat sozioökonomischer Modernisierungsprozesse und als Mittelschichten- bzw. Bildungsschichtenkonzept begriffen.

4 Wolfgang Merkel, *Systemwechsel: Probleme der Konsolidierung in Ostmitteleuropa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18–19/94, S. 3–11, hier S. 4.

korea und Taiwan mit Beginn der sechziger Jahre zu einer tiefgreifenden sozioökonomischen Modernisierung dieser Gesellschaften. Nichtintendiertes Ergebnis dieser erfolgreichen Entwicklung war die durch die Zunahme moderner, höher gebildeter und materiell besser gestellter Bevölkerungsschichten bedingte Verbesserung der Fähigkeiten der Gesellschaften zur horizontalen Koalitionsbildung und sozialen Mobilisierung. Hierdurch veränderte sich sowohl die Machtbalance zwischen Staat und Gesellschaft als auch die Struktur und Zusammensetzung der Zivilgesellschaft. So bildete sich in Südkorea bereits in den siebziger Jahren eine lose organisierte Massenbewegung aus Studenten, Intellektuellen, Farmern, Arbeitern, städtischen Armen und christlichen Dissidenten (*Undonggwon*) heraus<sup>5</sup>. In Taiwan wiederum entstand ein zivilgesellschaftliches Potential, das sich aufgrund der Durchdringung der Gesellschaft durch die Staatspartei *Kuomintang* (KMT) und ihre gesellschaftlichen Organisationen allerdings nur langsam entfalten konnte. Vor allem ist hier die sich 1977/78 konstituierende *Tangwai* (außerhalb der Partei)-Bewegung zu nennen<sup>6</sup>. Diese verfolgte von Anfang an eine explizit auf die Besetzung politischer Ämter zielende Strategie, was ihre Klassifizierung als zivilgesellschaftlicher Akteur problematisch erscheinen läßt. Mit dem Aufgehen großer Teile dieser Bewegung in der oppositionellen *Demokratischen Fortschrittspartei* schied sie im September 1986 endgültig aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum aus.

Im Gegensatz hierzu war das autoritäre Regime auf den Philippinen durch eine sich insbesondere in den frühen achtziger Jahren verschärfende ökonomische und militärische Leistungskrise charakterisiert. Forciert durch die Ineffizienz der staatlichen Verwaltung auf dem Lande, kam es zur Ausweitung der Aktivitäten von NGOs (Non-Governmental Organisations)<sup>7</sup>. Gleichzeitig stimu-

lierten die endemische Ausmaße annehmende Korruption des Marcos-Regimes, seine exklusive Vetternwirtschaft sowie die sich verschärfende Kritik an den Menschenrechtsverletzungen des Regimes die Gründung einer Vielzahl von Bürgerrechtsgruppen, die teilweise versteckt, teilweise aber auch offen das autoritäre Regime herausforderten<sup>8</sup>. Lediglich hier bildeten Gewerkschaften einen transformationstheoretisch relevanten Akteur. Aufgrund der dem Regime inhärenten institutionellen und ideologischen Defizite gelang es unabhängigen Arbeiterassoziationen, ihre Autonomie gegenüber dem Regime zu bewahren. Dies galt ebenso für Bauernorganisationen, die von kirchennahen Gruppen Unterstützung erfuhren, und für Kapitalverbände<sup>9</sup>.

In Taiwan und Südkorea spielten sowohl Arbeiterorganisationen als auch die Unternehmerverbände und Bauernorganisationen für die Demokratisierung keine nennenswerte Rolle. Die staatskorporatistische Einbindung dieser Organisationen, die Kooptation ihrer Spitzenvertreter in die Regimekoalition und die Instrumentalisierung des anti-kommunistischen Herrschaftsanspruchs der Regime neutralisierten Bestrebungen zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften bereits auf der Betriebsebene<sup>10</sup>.

Bedingt durch die institutionelle Architektur der autoritären Regime, übernahmen hier statt dessen vor allem neue soziale Bewegungen – Intellektuelle und religiöse Organisationen –, die von der staatlichen Kontrolle der Gesellschaft in geringerem Maße betroffen waren, diese Funktion. Während jedoch in Taiwan die organisierte Studentenschaft aufgrund ihrer Einbindung in die Jugendorganisationen der KMT passiv blieb<sup>11</sup>, entwickelte sie sich in Südkorea aufgrund der nur schwach institutionalisierten Kontrolle der autoritären Regime zu einem herausragenden zivilgesell-

5 Vgl. Chung In Moon/Yong Cheol Kim, A Circle of Paradoxes: Development, Politics and Democracy in South Korea, in: Adrian Leftwich (Hrsg.), *Democracy and Development: Theory and Practice*, Cambridge–Oxford 1996, S. 139–167, hier S. 149f.

6 Bei der *Tangwai* handelte es sich um ein diffuses Spektrum von Dissidenten, Intellektuellen, Professionals, Wissenschaftlern, Journalisten sowie Bürgerrechtlern, die sich weitgehend gewaltfrei und vor allem über illegale Publikationen mit ihren demokratischen Forderungen an die Öffentlichkeit wandten. Vgl. Jürgen Domes, Aspekte des politischen Systems der Republik China auf Taiwan, in: *Zeitschrift für Politik*, (1978) 2, S. 255–278; Hermann Halbeisen, *Tangwai: Entwicklung und gegenwärtige Lage der Opposition in Taiwan*, in: *Zeitschrift für Politik*, (1982) 2, S. 206–220.

7 Vgl. Gerhard Clarke, *People's Power? Non-Governmental Organisations and Philippine Politics Since 1986*, in:

*Philippine Quarterly of Culture & Society*, 21 (1993), S. 231–256.

8 Vgl. Max Lane, *The Urban Mass Movement in the Philippines*, Canberra–Singapore 1990.

9 Vgl. Elias T. Ramos, *Dualistic Unionism and Industrial Relations*, Quezon City 1990; ders., *Strain in Filipino Industrial Relations*, in: Edward K. Y. Chen u. a. (Hrsg.), *Labour-Management Relations in the Asia-Pacific Region*, Hong Kong 1992, S. 82–97; Jeffrey M. Riedinger, *Agrarian Reform in the Philippines. Democratic Transition and Redistributive Reform*, Stanford 1995.

10 Vgl. Stephen Frenkel, *Theoretical Frameworks and Empirical Contexts of Trade Unionism*, in: ders. (Hrsg.), *Organized Labor in the Asia-Pacific Region*, Ithaca–New York 1993, S. 3–58, hier S. 13.

11 Vgl. Gunther Schubert, *Taiwan – die chinesische Alternative: Demokratisierung in einem ostasiatischen Schwellenland (1986–1993)*, Hamburg 1994.

schaftlichen Akteur. So waren es die Proteste der Schüler und Studenten gegen massiven Wahlbetrug und für demokratische Reformen, die im April 1960 den ersten südkoreanischen Staatspräsidenten Syngman Rhee (1948–1960) aus dem Amt vertrieben. Doch schon wenige Monate danach traten auch die „Schattenseiten“ zivilgesellschaftlicher Mobilisierung deutlich hervor. Denn die kompromißlosen Forderungen der Studenten nach Aburteilung der alten autoritären Eliten und rascher Wiedervereinigung mit dem kommunistischen Bruderstaat im Norden waren ein Auslöser für den Putsch der Militärs um General Park Chun Hee im Mai 1961, der nach nur elf Monaten Südkoreas demokratisches Experiment beendete<sup>12</sup>.

Christliche Organisationen spielten in allen drei Ländern eine wichtige Rolle für den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die autoritären Regime. Ihre Bedeutung für die Demokratiebewegung ergab sich dabei vor allem daraus, daß sie durch die nationalen Amtskirchen und sozialen Einrichtungen autonome institutionelle Rückzugsräume und Strukturen besaßen<sup>13</sup>. Die Beteiligung kirchlicher Kreise an oppositionellen Aktivitäten blieb jedoch in allen Ländern ein Ausnahmephänomen. Die offiziellen Amtskirchen verhielten sich überwiegend passiv bzw. standen den Herrschaftseliten aus ideologischen Gründen nahe.

Während in Südkorea zivilgesellschaftliche Akteure mit legalen Oppositionsparteien interagierten, war in Taiwan die Zivilgesellschaft auch gleichzeitig der einzige Träger politischer Opposition. Das aus dem praktisch geltenden Verbot politischer Parteien resultierende völlige Fehlen einer organisierten Alternative zur Staatspartei KMT bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre hatte zur Folge, daß die Zivilgesellschaft eine wesentlich stärkere politische Funktion ausübte. Zivilgesellschaft und Opposition waren in Taiwan weitgehend synonym. Die Philippinen nehmen hier gleichsam ein Mittelposition ein. Sowohl das links-

ideologische Spektrum der Zivilgesellschaft als auch ihr konservativer bzw. liberaldemokratischer Gegenpart unterhielten intensive Beziehungen zu oppositionellen Parteien, teilweise nahmen Parteipolitiker der Vor-Marcos-Ära Führungsfunktionen innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen ein<sup>14</sup>.

Historische Ereignisse beeinflussten ebenfalls die Konturen und Strategien der *civil society*. Während die Erfahrungen mit der gewaltsamen Unterdrückung sozialer Proteste in Taiwan 1979 (*Kaohsiung-Zwischenfall*) Befürwortern gewaltfreier Strategien Auftrieb gaben, vollzog sich innerhalb der südkoreanischen Studentenschaft als Reaktion auf die „Verhärtung“ des Regimes Anfang der achtziger Jahre – manifestiert in der blutigen Niederschlagung oppositioneller Proteste in der südwestlichen Metropole *Kwangju* im Mai 1980 – ein Prozeß der Ideologisierung und Institutionalisierung des bis dahin eher diffusen und sporadischen studentischen Aktivismus<sup>15</sup>. Als Basis der ideologischen Selbstindoktrination dienten die in den siebziger Jahren in Dissidentenkreisen entwickelte *Minjung*-Ideologie<sup>16</sup> sowie ein militanter Anti-

14 Vgl. M. Lane (Anm. 8).

15 Vgl. Doh Jong Kim, *The Korean Student Movement in Retrospect: From Mobilization to Institutionalization*, in: *Korea Observer*, 24 (1993) 2, S. 243–264, hier S. 245 ff.

16 Bei der *Minjung*-Ideologie handelt es sich weniger um ein konkret ausformuliertes und kodifiziertes Konzept als vielmehr um ein Amalgam aus Befreiungstheologie, Neo-Marxismus und Überlegungen der Dependenztheoretiker. Die *Minjung*- oder *Sammin*- (3-Min-) „Ideologie“ basierte auf der Propagierung dreier zentraler Prinzipien politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Handelns: *Minju* (Demokratie), *Minjok* (Nation) und *Minjung* (Volk). *Minjung* umfaßt die unterdrückten und ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung, d.h. Arbeiter, Bauern, städtische Unterschichten, aber auch die Mittelschicht. Die fundamentale Ursache für die Deprivation und Exklusion dieser Schichten sieht die *Minjung*-Ideologie in der auf Betreiben der USA zustande gekommenen Teilung des Landes und der engen politischen und wirtschaftlichen Anbindung des „faschistischen“ Regimes Südkoreas an die Vereinigten Staaten. Die hieraus abgeleiteten politischen Forderungen zielten auf eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems, um so die Partizipation des Volkes am erwirtschafteten Wohlstand (*Minjung*-Prinzip) zu ermöglichen, auf die Errichtung einer *Minjung*-Demokratie anstelle eines liberaldemokratischen Systems, deren Basis die Arbeiter, Bauern, Studenten und städtischen Armen bilden sollten (*Minju*-Prinzip), sowie auf die Beendigung der abhängigen Beziehung zu den USA und die Wiedervereinigung des Landes (*Minjok*-Prinzip). Vgl. Jiang Jip Choi, *Political Cleavages in South Korea*, in: Hagen Koo (Hrsg.), *State and Society in Contemporary South Korea*, Ithaca 1993, S. 13–50, hier S. 17; Man Woo Lee, *Anti-Americanism and South Korea's Changing Perception of America*, in: ders./Ronald D. McLaurin/Chung In Moon (Hrsg.), *Alliance Under Tension*, Boulder–Seoul 1988, S. 7–28, hier S. 13 ff.; ders., *The Odyssey of Korean Democracy*, New York u. a., S. 8 f.

12 Vgl. Yong Pil Rhee, *The Breakdown of Authority Structure in Korea in 1960: A Systems Approach*, Seoul 1984; Sung Joo Han, *South Korea: Politics in Transition*, in: Larry Diamond/Juan J. Linz/Seymour Martin Lipset (Hrsg.), *Politics in Developing Countries: Comparing the Experiences with Democracy*, Boulder–London 1990, S. 313–350, hier S. 315–319.

13 Vgl. Eric O. Hanson, *Catholic Politics in China and Korea*, New York 1980, S. 88 f.; Sung Chal Kim, *Delegitimation Process of the Yushin Regime in Korea, 1972–1978*, in: *Korea Observer*, 23 (1993) 3, S. 377–411, hier: S. 410; Renato S. Velasco, *Philippine Democracy: Promise and Performance*, in: Anek Laothamats (Hrsg.), *Democratization in Southeast and East Asia*, Singapore 1997, S. 77–113, hier S. 93.

Amerikanismus, der in den USA den maßgeblich Verantwortlichen für die politischen Mißstände sah.

Ohne tiefer in die gegenwärtig geführte Debatte um „asiatische Werte“ eintauchen zu können<sup>17</sup> – die soziale oder politische Kultur Asiens gibt es ohnehin nicht –, läßt sich doch konstatieren, daß auch kulturelle Traditionen auf die Entstehung zivilgesellschaftlicher Strukturen einwirkten. So wird in Studien zu sozialem Verhalten und Organisationsmustern in den hier untersuchten Gesellschaften der hohe Grad an kollektiven Orientierungen und konstruktiven Einstellungen gegenüber vertikalen und horizontalen organisatorischen Beziehungen betont<sup>18</sup>. Die starke Gruppenorientierung dieser Gesellschaften ist jedoch weniger Ausdruck liberaler Gesellschafts-, sondern vielmehr unvermindert dominierender Gemeinschaftsorientierungen. Die in der konfuzianischen Ethik Taiwans und Südkoreas – hier noch verstärkt durch schamanistische Traditionen<sup>19</sup> – wurzelnde Vorrangigkeit familialer oder gemeinschaftlicher vor allgemeinen Interessen fördert nepotistisch-klientelistische Tendenzen des Gruppenverhaltens und verstärkt die antagonistischen Gefühle zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Ähnliches gilt auch für die philippinische Gesellschaft. Soziale Identitäten und Verantwortlichkeiten sind hier in ein Netz bilateraler, tatsächlicher oder fiktiver (*Compadre*) Verwandtschaftsbeziehungen eingebettet. Horizontale Solidarität und Intrastatus-Allianzen werden hierdurch erschwert<sup>20</sup>. Soziale Organisationen weisen eine hochgradig paternalistische und klientelistische Struktur auf<sup>21</sup>.

Zugleich resultierten aus dem Ausschluß breiter Bevölkerungsschichten von dem politischen und wirtschaftlichen Leben während der japanischen Kolonialzeit bzw. aus der Alleinherrschaft der einheimischen Herrschaftseliten – in Südkorea als *han*, in der Forschung zu Taiwan als *victim con-*

*sciousness* bezeichnet<sup>22</sup> – starke Frustrationsgefühle und Ungerechtigkeitsempfindungen. Diese führen zu erheblichen Defiziten im Bereich interpersonellen Vertrauens und wechselseitiger Kooperation, welche wiederum die Selbstorganisation der Gesellschaft in mitbürgerlichen und partnerschaftlich gestalteten Organisationen behindern.

---

## II. Zivilgesellschaft und der Übergang zur Demokratie

---

Die Regimeübergänge in den ost- und südostasiatischen Ländern – in Südkorea ab 1985 und auf den Philippinen 1986 – waren relativ kurz und haben – mit der Ausnahme Taiwans (1986–1992) – nicht länger als drei Jahre gedauert. Bezeichnend ist, daß dort, wo der Demokratisierungsprozeß relativ rasch verlief, die Mobilisierung der Zivilgesellschaft ein Schlüsselement der Demokratisierung war. Lediglich in Taiwan vollzog sich die Transformation des KMT-Regimes ohne ausgehende Massenproteste. Zwar löste die kontrollierte Öffnung des Regimes Mitte der achtziger Jahre auch hier einen gesellschaftlichen Mobilisierungs- und vor allem Organisationsschub aus, der zur Konstituierung einer Vielzahl neuer zivilgesellschaftlicher Akteure führte, die auf eine politische Liberalisierung drängten<sup>23</sup>, aber die Auseinandersetzung verlagerte sich schon sehr früh in die politischen Institutionen des Regimes. In Südkorea und auf den Philippinen wirkte sich das „Wiederaufleben der Zivilgesellschaft“<sup>24</sup> sehr viel stärker auf die Dynamik der politischen Liberalisierung aus. Während sich in beiden Ländern eine strategisch handelnde Zivilgesellschaft formierte, die kurzzeitig über die Fähigkeit verfügte, in ideologischer, programmatischer und sozialstruktureller Hinsicht stark heterogene Gruppierungen und Akteure unter einem organisatorischen Dach zu

17 Zum Stand der Diskussion vgl. u. a.: Special Issue on Politics and Economics in the Twenty-First Century: Is there a Model?, in: *The Pacific Review*, 9 (1996), S. 3; Globaler Kulturkampf?, in: *WeltTrends*, (1996) 12.

18 Vgl. u. a. Godwin C. Chu et al., *Modernization versus Revolution. Cultural Change in Korea and China*, Seoul 1993; Rica Melanie D. Ligeralde, *Democracy in the Philippines: A Political Culture Approach*, in: *Asian Profile*, 25 (1997) 2, S. 123–133; Peter R. Moody, *Political Opposition in Post-Confucian Society*, New York 1988.

19 Vgl. Dieter Scharnweber, *Die politische Opposition in Südkorea im Spannungsfeld von tradiertem politischer Kultur und sozioökonomischer Entwicklung*, Landau 1997, S. 63 ff.

20 Vgl. J. M. Riedinger (Anm. 9), S. 36; E. T. Ramos (Anm. 9).

21 Vgl. J. M. Riedinger, ebd., S. 36 ff.

22 Vgl. G. C. Chu et al. (Anm. 18); Michael Hsin Huang Hsiao, *Political Liberalization and the Farmer's Movement in Taiwan*, in: Edward Friedman (Hrsg.), *The Politics of Democratization: Generalizing East Asian Experience*, Boulder u. a. 1994, S. 202–218.

23 Vgl. Yun Han Chu, *Social Protests and Political Democratization in Taiwan*, in: Murray A. Rubinstein (Hrsg.), *The Other Taiwan. 1945 to the Present*, Armonk – New York 1994, S. 99–114, hier S. 99 f.

24 Guillermo O'Donnell/Philippe C. Schmitter, *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, in: dies./Lawrence Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy*, Baltimore 1986.

vereinen, mangelte es der taiwanesischen Zivilgesellschaft an dieser Fähigkeit zum strategischen Handeln: Mit der Konstituierung der *Tangwai* als politischer Partei war der bis dato wirkungsmächtigste Akteur aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum ausgeschieden.

Gleichwohl läßt sich in allen drei Fällen ungeachtet unterschiedlicher Mobilisierungsniveaus, abweichender Strategien und divergierender Einflußmöglichkeiten in der Transitionsphase eine zentrale Funktion der Zivilgesellschaften für den Systemwechsel erkennen: die Schaffung politischer Rahmenbedingungen durch eine weitgehend gewaltlos verlaufende gesellschaftliche Mobilisierung, die von den Parteien schließlich zur Aus handlung demokratischer Institutionen genutzt werden konnten.

Mit Einleitung der Demokratisierung kann eine in Geschwindigkeit und Umfang erstaunlich anmutende rapide Abnahme der Möglichkeiten politischer Einflußnahme auf seiten der Zivilgesellschaft konstatiert werden. Die Demokratisierung selbst vollzog sich in den drei Ländern im wesentlichen als parteienzentrierter Prozeß, in dem zivilgesellschaftliche Akteure keine signifikante (Südkorea, Taiwan) oder nur eine untergeordnete Rolle (Philippinen) spielten. Mit der Erreichung des gemeinsamen Ziels zerbrach die dem autoritären Regime geschlossen gegenüberstehende zivilgesellschaftliche Front; unterschiedliche ideologische Vorstellungen, Interessen und nicht zuletzt auch differierende Bindungen zu politischen Parteien ließen die Akteure auseinanderdriften.

---

### III. Die Zivilgesellschaft in der demokratischen Konsolidierung

---

Die politische Transformation hat in allen drei Ländern zur Restrukturierung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft geführt. Die Befreiung der Gesellschaft von staatlicher Kontrolle wird in den neunziger Jahren von unterschiedlichsten Gruppen zur Bildung neuer Repräsentationsorgane genutzt. Generell ist dabei als Tendenz erkennbar, daß der politische Einfluß von Dissidenten- und Studentengruppen kontinuierlich im Abnehmen begriffen ist – eine Entwicklung, wie sie für junge Demokratien charakteristisch zu sein scheint<sup>25</sup>. Statt dessen treten einerseits neue

25 Vgl. Philippe C. Schmitter, Interest Systems and the Consolidation of Democracies, in: Garry Marks/Larry Dia-

Organisationen in den Bereichen Umweltschutz, Minderheitenrechte, Verbraucherschutz, Menschen- und Bürgerrechte etc. an die Stelle alter Akteure. Andererseits ist ein Erstarren der Zivilgesellschaft im Bereich der Vertretung funktionaler Interessen (vor allem der Gewerkschaften) feststellbar. Im folgenden soll daher das Augenmerk auf diese beiden Akteursgruppen gerichtet werden.

#### 1. Bürgerorganisationen und Nichtregierungsorganisationen

Allgemein läßt sich feststellen, daß der zivilgesellschaftliche Struktur- und Funktionswandel dort am unproblematischsten verläuft, wo die Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und dem autoritär regierten Staat am konfliktärmsten waren (Taiwan). Demgegenüber verläuft dieser Prozeß in Ländern, in denen das Verhältnis zwischen Staat und ziviler Gesellschaft stärker durch konflikt-hafte und teilweise gewalttätige Auseinandersetzungen geprägt war, schleppender und eruptiver (Südkorea). So bedienen sich in Taiwan die zivilgesellschaftlichen Akteure ganz überwiegend gewaltfreier, „unpolitischer“ Strategien und sind auf Distanz zu den Parteien des Oppositionslagers wie der Regierung bedacht. Die rasche Institutionalisierung der Akteure meist noch im Übergang zur Demokratie wird vor allem in der Konsolidierungsphase vermehrt begleitet von Koalitions- und Allianzbildungen, die auf der Herausbildung gemeinsamer Ziele und Forderungen gegenüber der Regierung basieren<sup>26</sup>. Die Sensibilität der KMT-Regierung und ihre hohe Bereitschaft zur Adaption der von diesen Akteuren vorgebrachten Forderungen kann als ein Erklärungsfaktor für die erstaunliche Stabilität betrachtet werden, mit der sich die Konsolidierung der taiwanesischen Demokratie vollzieht. Bereits Ende der achtziger Jahre hat die *civil society* ihre negative Schutz- und Abwehrfunktion um eine konstruktive und bewahrende Komponente ergänzt<sup>27</sup>, die nun in den neunziger Jahren immer stärker in den Vordergrund getreten ist.

mond (Hrsg.), Reexamining Democracy: Essays in Honour of Seymour Martin Lipset, Newbury Park u. a. 1992, S. 156–181.

26 Vgl. Michael Hsin Huang Hsiao, Emerging Social Movements in Taiwan: A Retrospective and Prospective Look, in: Denis F. Simon/Michael Y. M. Kau (Hrsg.), Taiwan: Beyond the Economic Miracle, New York–London 1990, S. 151–167; ders. (Anm. 22).

27 Vgl. Baogang Hee, The Ideas of Society in Mainland China and Taiwan, 1986–1992, in: Issues & Studies, 31 (1995) 6, S. 24–65, hier S. 43 f.

Auch in Südkorea läßt sich ein steter Einflußgewinn auf seiten sozialer Organisationen verzeichnen<sup>28</sup>. Nachdem mit der Demokratisierung von 1987/88 die grundsätzliche Auseinandersetzung um den Charakter der politischen Herrschaftsordnung aus der innenpolitischen Auseinandersetzung weitgehend verschwunden ist und die Legitimitätsfrage von den meisten gesellschaftlichen Kräften zugunsten der Demokratie beantwortet wird, konzentrieren diese Organisationen ihre Aktivitäten vermehrt auf den Bereich der politischen Bildung sowie auf die Beeinflussung des politischen Entscheidungsprozesses in konkreten Politikfeldern<sup>29</sup>. Anlässlich der Parlamentswahlen 1996 übernahmen zivilgesellschaftliche Gruppen sogar parastaatliche Funktion, indem sie in Zusammenarbeit mit der zentralen Wahlbehörde die Einhaltung der Wahlkampfbestimmungen kontrollierten<sup>30</sup>.

Charakteristisch für die *civil society* auf den Philippinen ist die breite soziale Differenzierung der Organisationen und ihr „high-profile activism“<sup>31</sup>. Zunächst war eine teilweise enge Zusammenarbeit zwischen demokratischer Regierung und zivilgesellschaftlichen Gruppen zu verzeichnen. Danach hat die erneute Kartellisierung und Oligopolisierung der Zugangschancen zu politischen Ämtern während der Präsidentschaft Corazon Aquinos (1986–1992) bei wesentlichen Teilen der Zivilgesellschaft, deren Vertreter unter Demokratisierung nicht das nahtlose Anknüpfen an die Elitendemokratie der vorautoritären Zeit verstehen wollten, zu einer Distanzierung vom demokratischen System geführt<sup>32</sup>. Der philippinische Fall zeigt vielleicht am deutlichsten das strategische Dilemma zivilgesellschaftlicher Akteure in einer parteizentrierten und elitendominierten Demokratie: Entweder akzeptieren sie einen Reformprozeß, der zu ihrer Marginalisierung führt, oder sie entscheiden sich für die Rückkehr zum autoritären System<sup>33</sup>, was jedoch ihren ureigensten Interessen

28 Vgl. Su Hoon Lee, *Transitional Politics of Korea, 1987–1992: Activation of Civil Society*, in: *Pacific Affairs*, 66 (1993) 3, S. 351–367.

29 Vgl. die Zeitschrift *Civil Society*, August–Oktober 1994 und März–April 1995.

30 Vgl. Chung Hee Lee, *Citizen Groups in the Korean Electoral Process: The Case of the 15th General Election*, in: *Korea Observer*, 29 (1997) 2, S. 165–181, hier S. 166.

31 Kevin Hewison/Garry Rodan, *The Ebb and Flow of Civil Society and the Decline of the Left in Southeast Asia*, in: Garry Rodan (Hrsg.), *Political Opposition in Industrialising Asia*, London–New York 1996, S. 40–72, hier S. 62.

32 Vgl. J. M. Riedinger (Anm. 9), S. 232 ff.

33 Vgl. Robin Luckham, *Crafting Democratic Control over the Military: A Comparative Analysis of South Korea, Chile and Ghana*, in: *Democratization*, 3 (1996) 3, S. 215–254, hier S. 241.

zuwiderläuft. Im Falle der ersten Variante verbleibt ihnen nur die Hoffnung, fehlende Einflußmöglichkeiten im politischen Bereich durch eine gewisse soziale Mitsprache zu kompensieren. Dies geschah auf den Philippinen: Trotz ihrer Enttäuschung über die Aquino-Regierung stützte eine Koalition aus Menschenrechtsaktivisten, katholischer Kirche, NGOs und Unternehmerverbänden die demokratisch gewählte Regierung gegen Putschversuche rechtsgerichteter Militärs und hatte so einen maßgeblichen Anteil daran, daß die junge philippinische Demokratie nicht bereits in ihrer Anfangszeit scheiterte.

## 2. Die Gewerkschaften

In allen drei Ländern hat die Demokratisierung zu einem signifikanten Anstieg gewerkschaftlicher Aktivitäten geführt<sup>34</sup>. In Taiwan und in Südkorea organisierte sich seit der Abnahme des autoritären Repressionspotentials eine Vielzahl neuer Gewerkschaften außerhalb der staatskorporatistischen *Federation of Korean Trade Unions* (FKTU) bzw. der *Chinese Federation of Labor* (CFL). Die Formierung unabhängiger Gewerkschaften vollzog sich für Taiwan weitgehend autonom von anderen politischen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren. In Südkorea hingegen bestehen enge Beziehungen zwischen alternativen Gewerkschaften und der Studentenbewegung. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß sowohl der erste Dachverband unabhängiger Gewerkschaften *Chonnohyop* als auch die Lehrgewerkschaft *Chunkyojo* auf einem Universitäts-Campus gegründet wurden. Im Gegensatz zu den taiwanesischen Arbeiterorganisationen – im Unterschied zu den Philippinen und Südkorea existiert in Taiwan bis heute keine militante und politisierte Arbeiterbewegung<sup>35</sup> – verstehen sich die unabhängigen Gewerkschaften in Südkorea explizit als politische Organisationen und verfolgen Allianzstrategien<sup>36</sup>. Daher ist es wenig erstaunlich, daß die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Südkorea wesentlich konfliktreicher sind als in Taiwan, zumal hier der Protest der Arbeiter nicht nur

34 Vgl. J. J. Chu, *Political Liberalization and the Rise of Taiwanese Labour Radicalism*, in: *Journal of Contemporary Asia*, 22 (1993) 2, S. 173–188; Aurel Croissant, *Demokratisierung in Südkorea: Die Rolle der Gewerkschaften und Unternehmerverbände*, in: *Asien*, (1997) 64, S. 5–21.

35 Die Verbesserung der materiellen und rechtlichen Situation der Arbeiter sowie ihrer organisatorischen Vertretungen war hier kein vorrangiges Ziel der Opposition. Vgl. Yin Wah Chu, *Democracy and Organized Labor in Taiwan*, in: *Asian Survey*, 36 (1996) 5, S. 495–510, hier S. 496 ff.

36 Vgl. *Asia Watch, Retreat from Reform: Labor Rights & Freedom of Expression in South Korea. An Asia Watch Report*, New York–Washington 1990, S. 39 ff.

gegen einzelne Unternehmen, sondern auch gegen den Staat und die Regierung als Partner der Großindustrie gerichtet ist<sup>37</sup>.

Auch auf den Philippinen tendiert die Arbeiterbewegung zu einem gewerkschaftlichen Pluralismus, der sich unter anderem in einer großen Zahl unabhängiger Betriebsorganisationen, miteinander konkurrierender Dachverbände, einem geringen Zentralisierungsgrad und einer richtungspolitischen Fragmentierung der Gewerkschaften ausdrückt. Stark pluralisiert, polarisiert und fragmentiert, verfügen die nationalen Verbände kaum über Rechte gegenüber lokalen Organisationen. Wie Gunter Schubert und Mark Thompson<sup>38</sup> jüngst bemerkten, haben die philippinischen Gewerkschaften fast nahtlos an ihre Tradition funktionaler Interessenvermittlung aus vorautoritärer Zeit angeknüpft und ihre unter Marcos zurückgedrängte klientelistische Einflußnahme wieder aufgenommen. Tatsächlich beruht die Fähigkeit philippinischer Gewerkschaften, Mitgliederinteressen effizient zu vertreten, weniger auf ihrer Stärke als Organisation als vielmehr auf der Verhandlungsmacht einzelner Gewerkschaftsführer und deren Verbindung zu Politikern.

### 3. Die demokratische Ambivalenz der Zivilgesellschaft

Die Enthierarchisierung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft und das in Bewegung geratene Gleichgewicht zwischen beiden machen die Einübung neuer Formen gesellschaftlicher Interessenvermittlung erforderlich. Defizite im Bereich der Habitualisierung demokratischer Verhaltensweisen und Einstellungen unter zivilgesellschaftlichen Aktivisten, ein Mangel an demokratischer Streitkultur sowie die Logik von Nullsummenspielen erschweren jedoch die Interessenvermittlung zwischen *civil society* und Staat.

Insbesondere gilt dies für Südkorea: Die auch in den neunziger Jahren immer wieder zu beobachtenden, in Gewalt eskalierenden Demonstrationen und Protestaktionen der Studenten sind Ausdruck der Akzeptanz von politischer Gewalt als quasi legitimen Instrument der Interessenartikulation und -durchsetzung. Die Konsolidierung des demokratischen Systems wird jedoch durch die Beibe-

haltung dieser Techniken der Konfliktaustragung, die unter den restriktiven Bedingungen autoritärer Herrschaft durchaus funktional waren, eher behindert. Zwar können die Anfang der neunziger Jahre gemeinsam mit Bauernorganisationen vorgetragene Proteste der Studenten gegen eine Öffnung des südkoreanischen Reismarktes und erfolgreiche Demonstrationen für eine strafrechtliche Verfolgung der Expräsidenten Chun Doo Hwan und Roh Tae Woo als Erfolge gesellschaftlicher Interessenartikulation gedeutet werden. Aber die auf den Demonstrationen zum Ausdruck kommenden Einstellungen der Akteure zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der repräsentativen Demokratie müssen im Hinblick auf eine Konsolidierung der Demokratie als problematisch bewertet werden. Unverhohlen gezeigte Sympathie für das kommunistische Regime Nordkoreas, wie sie beispielsweise im *Hanchongnyong-Zwischenfall*<sup>39</sup> zum Ausdruck kamen, und das rücksichtslose Vorgehen studentischer Vertreter gegen tatsächliche oder vermeintliche Verräter bzw. Mitglieder der Sicherheitskräfte bieten der Regierung immer wieder Anlässe, um gegen das linke politische Spektrum und besonders kritische Teile der Gesellschaft vorzugehen. Solange die Regierung nicht bereit ist, einen offenen gesellschaftlichen Diskurs über die Wiedervereinigung beider Landesteile zu dulden, und solange die strukturellen Bedingungen für eine gewaltsam agierende Studentenbewegung bestehen bleiben – solange also ein kulturelles Klima existiert, das gewaltsamen Protest als sinnvoll und erfolgversprechend interpretiert –, ist zu befürchten, daß sich auf seiten der radikalen studentischen Dissidenten keine ausbalancierte Protestkultur entwickeln wird und diese Gruppierungen auch weiterhin nicht in das demokratische System integriert werden können<sup>40</sup>.

Auch in Taiwan hat sich die Zivilgesellschaft zu einem Raum potentieller Konflikte entwickelt. Dies gilt insbesondere für die auf lokaler Ebene aktive Umweltschutzbewegung, in der sich die

37 Vgl. Eun Mee Kim, *Big Business, Strong State: Collusion and Conflict in South Korean Development, 1960–1990*, New York 1997, S. 208 f.

38 Vgl. Gunter Schubert/Mark Thompson, *Verbände im Systemwechselprozeß der Länder Taiwan, Südkorea und Philippinen – ein Vergleich*, in: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.), *Systemwechsel 4*, Opladen 1998 (i.E.).

39 Der linksradikale Studentenverband Hanchongnyong veranstaltete im August 1996 Demonstrationen zur Unterstützung nordkoreanischer Vorschläge zur Wiedervereinigung. Als die nordkoreanische Regierung damit begann, dies propagandistisch zu verwerten, beendete die Regierung mit einem harten Polizeieinsatz die Proteste. Erneut kam es im Juni 1997 zu tagelangen Straßenschlachten zwischen Anhängern von Hanchongnyong und der Polizei, in deren Verlauf ein angeblicher Polizeispitzel durch Studenten zu Tode gefoltert wurde. Als Reaktion hierauf verbot die Regierung die Organisation. Vgl. Korea Herald vom 6. Juni 1997; *Süd-deutsche Zeitung* vom 11. Juni 1997.

40 Vgl. Chung Si Ahn, *Economic Dimensions of Democratization in South Korea*, in: A. Laothamats (Anm. 13), S. 237–259, hier S. 251.

Unzufriedenheit der von Umweltproblemen direkt Betroffenen immer wieder in gewaltsamen Protesten entläßt<sup>41</sup>. Gegen das positive Argument von der Demokratie fördernden Zivilgesellschaft kann eingewandt werden, daß ihre Akteure mit der Teilnahme an Protesten und anderen Aktionen auch egoistischen Interessen folgen. Ähnlich wie in Südkorea tritt die in den neunziger Jahren zu veritablem Einfluß gelangte taiwanische Umwelt- und Naturschutzbewegung zwar einerseits als *watchdog* für die Einhaltung umweltpolitischer Bestimmungen und als *Pressure Group* für eine rigidere staatliche Umweltpolitik auf<sup>42</sup>. Proteste gegen Umweltverschmutzung dienen aber häufig vorrangig der Durchsetzung von Forderungen nach finanzieller Kompensation oder sonstigen materiellen Gewinnen, werden von lokalen politischen Größen organisiert – sind also nicht Ausdruck autonomen zivilgesellschaftlichen Handelns – und dienen eher der kurzfristigen Nutzenmaximierung der Beteiligten, als daß sie Ausdruck eines zunehmenden Umweltbewußtseins aufgeklärter Bürger wären<sup>43</sup>.

Auf den Philippinen läßt sich seit den späten achtziger Jahren eine Tendenz zur Entpolarisierung bzw. Deradikalisierung der *civil society* verzeichnen<sup>44</sup>. Dies darf aber nicht dazu verleiten, der Zivilgesellschaft bzw. ihren Akteuren *per se* eine demokratieförderliche Funktion und Wirkung zuzuschreiben. Die Annahme einer linearen Verbindung von Zivilgesellschaft und demokratischer Qualität eines politischen Systems – so zeigen insbesondere die Erfahrungen der Philippinen (aber auch Südkoreas) – ist trügerisch. Denn die Ausweitung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und die Befreiung politischer Prozesse von autokratischer Kontrolle verhindern keineswegs traditionelle klientelistische Arrangements; Patronagemuster, vertikale Ordnungsmuster sozialer Beziehungen oder undemokratische Einstellungen unter den Bürgern prägen die Gesellschaft weiterhin. Der philippinische Fall zeigt, daß auch dort, wo die gesellschaftliche Verankerung und die ideologische Basis be-

stehender politischer Parteien schwach sind und gleichzeitig gut organisierte soziale Gruppen existieren, die politischen Einflußmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure nicht notwendigerweise größer sind als in Ländern mit einem relativ konsolidierten Parteiensystem (Taiwan). Vielmehr behindern – wie etwa Jeffrey Riedinger<sup>45</sup> mit Blick auf die Philippinen ausführt – die gleichen sozialen Bedingungen, die die Konsolidierung sozial inklusiver und politisch effizienter Parteien erschweren (Netzwerke von Patron-Klient-Beziehungen, Personalismus und Nepotismus), auch die zivilgesellschaftliche Entwicklung.

---

## IV. Perspektiven

---

Auf den ersten Blick scheint sich die aus den süd- und osteuropäischen Erfahrungen gewonnene Annahme, zivilgesellschaftliche Organisationen würden in der Konsolidierungsphase an Attraktivität und Einfluß verlieren<sup>46</sup>, für Ost- und Südostasien nicht zu bestätigen: Die zivilgesellschaftliche Organisationslandschaft blüht hier mehr denn je. Zwar ist im Vergleich zur Hochphase zivilgesellschaftlicher Mobilisierung am Ende des autoritären Regimes in allen drei Ländern ein Rückgang aktiven Protestverhaltens und erfolgreicher politischer Einflußnahme zu verzeichnen. In keinem der hier behandelten Fälle konnte die Zivilgesellschaft ihren Organisationsvorsprung gegenüber den Parteien sichern und sich als gleichberechtigter Partner im politischen Entscheidungsprozeß etablieren. Aber dieses pessimistische Fazit muß nach einem Vergleich des zivilgesellschaftlichen Engagements bzw. der zivilgesellschaftlichen Einflußnahme in der Phase der demokratischen Konsolidierung mit dem bzw. der in der autoritären Phase relativiert werden. Aus dieser Perspektive kann die demokratische Konsolidierung in Ost- und Südostasien durchaus als Phase zivilgesellschaftlicher Expansion interpretiert werden.

Problematischer erscheint die Frage, ob die Zivilgesellschaft tatsächlich eine „Schule der Demokratie“ ist, die ihre Mitglieder und Aktivisten sowie die Bürger allgemein in demokratischen und zivilen Tugenden unterrichtet. Hier sind hinsichtlich der asiatisch-pazifischen Demokratien Zweifel

41 Vgl. Peter Heck, Vom Wirtschaftswunder zur ökologischen Krise. Eine kritische Analyse, Hamburg 1995, S. 73 ff.

42 Vgl. Jack F. Williams, Paying the Price of Economic Development in Taiwan: Environmental Degradation, in: M. A. Rubinstein (Anm. 23), S. 237–256; zu Südkorea vgl. Moon Kyu Kang, The role of NGOs in the Building Process of an Environmentally Sustainable Society, in: Werner Puschra/Chin Seung Chung (Hrsg.), Environmental Policy Toward the Year 2000, Seoul 1994, S. 153–168.

43 Vgl. C. In Moon/Y. Cheol Kim (Anm. 5), S. 157; Shui Yan Tang/Ching Ping Tang, Democratization and Environmental Politics in Taiwan, in: Asian Survey, 37 (1997) 3, S. 281–294, hier S. 287.

44 Vgl. K. Hewison/G. Rodan (Anm. 31), S. 48.

45 Vgl. J. M. Riedinger (Anm. 9), S. 13.

46 Vgl. Hans-Joachim Lauth/Wolfgang Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 10 (1997), S. 12–35.

angebracht. Die ost- und südostasiatischen Zivilgesellschaften sind eben keine „Sphäre reiferer Demokratie“: Gesamtgesellschaftlich prägende soziale Interaktionsmuster, Werte und Einstellungen, die in einem Spannungsverhältnis zu den Funktionsanforderungen der Demokratie stehen (Klientelismus, Personalismus, soziale und politische Gewalt, die Betonung vertikaler Strukturierung sozialer Beziehungen), lassen sich auch in der Zivilgesellschaft nachweisen. Die philippinischen Erfahrungen zeigen, daß die Zunahme zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Ausweitung ihrer Aktivitäten sowie die Befreiung politischer Prozesse von staatlicher Kontrolle nicht notwendigerweise Patronage- und Klientelmuster schwächen: Auch innerhalb der Zivilgesellschaft konkurrieren gesellschaftliche und politische Interessen miteinander, und zwar nicht in einer „reiferen“ oder „demokratischeren“ Form, sondern entsprechend bekannter und eingeübter Techniken sozialer Interessenvermittlung. Eine aktive Zivilgesellschaft, dies zeigt uns in besonderem Maße das Beispiel Südkorea, hat nicht nur positive Wirkungen auf die Demokratie, sondern kann auch destabilisierend und gefährdend wirken. Dies ist dann der Fall, wenn gesteigerter Aktivismus mit der Beibehaltung konfrontativer Taktiken sowie einem Mangel an demokratischer Streitkultur einhergeht.

Welche Bedeutung hat dieser ambivalente Gehalt der Zivilgesellschaften für die Zukunft der Demokratie in den hier untersuchten Ländern? Ohne die prognostischen Möglichkeiten der Politik-

wissenschaft zu überfordern, kann angenommen werden, daß die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft Einfluß auf die Art der sich konsolidierenden Demokratie haben wird. Eine nur in geringem Maße ihre demokratische Funktion ausübende Zivilgesellschaft mit ambivalenter Haltung zu den Prinzipien der Gewaltfreiheit bzw. Toleranz, wie sie zumindest in Teilbereichen in Südkorea und den Philippinen erkennbar ist, eröffnet politischen Eliten die Möglichkeit der Stabilisierung einer Demokratie, in der die Rechte der Bürger substantiell eingeschränkt sind<sup>47</sup>. Hier droht die Gefahr einer „begrenzten Demokratie“, in der zivilgesellschaftliche Organisationen marginalisiert, isoliert oder unterdrückt werden<sup>48</sup> und in der es eine breite Kluft gibt zwischen den formalen und den tatsächlich gegebenen Rechten, zwischen dem Grundsatz der Gleichheit und Freiheit der Bürger und den staatlichen Praktiken<sup>49</sup>. Die Zukunft der asiatisch-pazifischen Demokratien wird davon abhängen, ob es den Zivilgesellschaften gelingt, sich von staatlicher Bevormundung zu befreien. Sie wird aber auch davon beeinflusst werden, in welchem Maße es ihren Akteuren gelingt, ihre *undemocratic habits* und alten Denkkategorien zu überwinden.

47 Vgl. Larry Diamond, *The End of the Third Wave and Global Future of Democracy*, Wien 1997.

48 Vgl. Scott A. Mainwaring/E. Viola, *New Social Movements, Political Culture and Democracy: Brazil and Argentina in the 1980s*, in: *Telos*, 61 (1984), S. 17–52, hier S. 46.

49 Vgl. David Held, *Democracy: From City States to a Cosmopolitan Order*, in: *Political Studies*, 40 (1992), S. 10–39, hier S. 10.

# Religiöse Erneuerung in Südostasien

Ihre Auswirkungen auf Säkularisierung und Demokratie

---

## I. Von der Säkularisierung zur religiösen Erneuerung: Die „Rache Gottes“ als globales Phänomen

---

Für Modernisierungstheoretiker galt als ausgemacht, daß nachholende Entwicklung weitgehend in den von den westlichen Industrienationen vorgezeichneten Bahnen zu verlaufen habe. So sprach der Berliner Entwicklungssoziologe Richard F. Behrendt 1965 von der Notwendigkeit einer Dynamisierung der Entwicklungsländer<sup>1</sup>. Dadurch sollten sie Anschluß finden an jenen „okzidentalen Rationalisierungsprozeß“ (Max Weber) mit seiner Betonung von Rationalität, Skeptizismus und Individualismus, der in der Frühen Neuzeit von Europa seinen Ausgang genommen hatte. Im Zuge dieser „Entzauberung der Welt“ würde die Religion allmählich aus dem öffentlichen Leben herausgedrängt und in die Privatsphäre verbannt werden. Damit korrespondierte die Vorstellung einer säkularen Staatsordnung, vorzugsweise in Form einer repräsentativen, liberalen Demokratie.

Die Modernisierungstheorien spiegelten den ungebrochenen Fortschrittsglauben der fünfziger und sechziger Jahre wider. Im Verlaufe der siebziger Jahre geriet dieses Denken jedoch zunehmend in Widerspruch zur gesellschaftlichen Realität – selbst im industrialisierten Norden. Rezessionen, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung beschrieben die „Grenzen des Wachstums“. In den Entwicklungsländern breitete sich die Armut weiter aus, und selbst dort, wo makroökonomische Erfolge sichtbar wurden wie in Ost- und Südostasien, spitzten sich die sozialen Gegensätze zu. Bürgerkrieg, Flucht, Verschuldung, Raubbau an den natürlichen Ressourcen und wirtschaftliche Abhängigkeit bestimmten mehr denn je den Alltag der meisten Staaten des Südens. Dies nährte Zweifel an der Richtigkeit des eingeschlagenen Entwicklungsweges. Die Kritik am westlichen Modernisierungsmodell artikulierte sich auf zwei-

erlei Weise: einmal in den neomarxistisch und politökonomisch inspirierten Dependenztheorien, zum anderen in Rekonstruktionsversuchen traditionaler Kultur. Letztere nahmen vor allem den Aspekt der Verwestlichung ins Visier. Sie trage die Hauptschuld an den krisenhaften Zuständen, denn vor allem ihr seien Werteverfall und daraus resultierende geistige und moralische Orientierungslosigkeit anzulasten. Religion als gesellschaftliche Sinnstiftung erhielt damit einen neuen Stellenwert.

In der Tat schwappt seit den siebziger Jahren eine Welle der religiösen Erneuerung über die Welt. Diese „Rache Gottes“ an der Moderne<sup>2</sup> ist keineswegs nur auf die islamischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens beschränkt, sondern hat auch Europa, die USA, Lateinamerika und Asien erfaßt. Judentum, Christentum, Hinduismus und Buddhismus sind davon gleichermaßen betroffen wie der Islam.

Auf dem Vormarsch ist dabei ein orthodoxes Religionsverständnis. Der damit verbundene, freilich nicht immer zutreffende Fundamentalismusverdacht erklärt, warum gerade in Südostasien die religiöse Erneuerungsbewegung auf reges Interesse stößt. Nicht nur sind hier gleich mehrere Weltreligionen heimisch; auch die einzelnen Staaten der Region sind im Sinne John S. Furnivalls plurale Gesellschaften<sup>3</sup>, gekennzeichnet durch eine große ethnische, religiöse und linguistische Heterogenität. So sind die Mehrheit der Bewohner Indonesiens, Malaysias und Bruneis sunnitische Muslime. Hingegen ist in Festlandsüdostasien mit den Staaten Myanmar (Birma), Thailand, Laos und Kambodscha der *Theravada*-, in Vietnam der *Mahayana*-Buddhismus beheimatet. Die Filipinos sind mehrheitlich Katholiken. Daneben leben aber nennenswerte islamische Minderheiten im Süden der Philippinen, in Südthailand, Myanmar, Kambodscha und Singapur, christliche Minderheiten in Indonesien, Malaysia, Vietnam, Myanmar und Sin-

2 Vgl. Gilles Kepel, *Die Rache Gottes. Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch*, München 1994<sup>3</sup>.

3 Vgl. J. S. Furnivall, *Plural Societies*, in: Hans-Dieter Evers (Hrsg.), *Sociology of Southeast Asia. Readings on Social Change and Development*, Kuala Lumpur 1980, S. 86–96.

1 Vgl. Richard F. Behrendt, *Soziale Strategie für Entwicklungsländer*, Frankfurt am Main 1965.

gapur, in Indonesien und Malaysia außerdem Buddhisten, Taoisten und Hinduisten.

Angesichts dieser Vielfalt stellt sich die Frage, inwieweit mit der religiösen Erneuerungswelle Gefahren für die politische Stabilität der Staaten Südostasiens verbunden sind. Werden durch sie ohnehin prekäre gesellschaftliche Gleichgewichte grundlegend verschoben, Toleranz, Kompromiß- und Konsensfähigkeit einer massiven Belastungsprobe unterzogen? Wird damit die säkulare Staatsidee zurückgedrängt, und finden mit ihr die Vertreter jener Thesen neue Bestätigung, die in asiatischen Religionen schon immer ein Demokratisierungshindernis *par excellence* erblicken wollten?

Zur Beantwortung dieser Fragen erweist es sich als zweckmäßig, zunächst auf das Verhältnis von Politik und Religion im postkolonialen Südostasien einzugehen. Im Anschluß daran werden die Erscheinungsformen, Trägerschichten und Ursachen der religiösen Erneuerung sowie die Reaktion des Staates auf die Renaissance der Religionen beleuchtet. Abschließend wird nach den Perspektiven der politischen Entwicklung Südostasiens unter dem Einfluß religiöser Erneuerungsbewegungen gefragt.

## II. Religion und Politik im postkolonialen Südostasien

Die Religion spielte in der Politik des postkolonialen Südostasiens eine unterschiedliche Rolle. Mehr oder weniger gemeinsam ist jedoch den meisten Regierungen das Bestreben, sie zu entpolitizieren. Ursächlich dafür ist der plurale Charakter dieser Staaten und die damit verbundene hohe Anfälligkeit für gewaltsame Konflikte zwischen den Volks- und Religionsgruppen. Nicht zuletzt deswegen überwiegt heute mit Ausnahme der „Malaiisch-Muslimischen Monarchie“ (*Melayu Islam Beraja*) Brunei das säkulare Prinzip<sup>4</sup>.

Mobilisierungsfunktionen und identitätsstiftende Wirkungen kamen den Religionen in der Unabhängigkeitsbewegung einiger Staaten zu. Dies gilt für den Islam in Indonesien, wo die 1912 gegründete *Sarekat Islam* ein erstes Sammelbecken der Nationalbewegung darstellte<sup>5</sup>, und den Buddhis-

mus in Myanmar. Dort hatte der Mönch U Ottama 1920 das *General Council of Sangha Sameggi* gegründet, das mit seiner antibritischen Agitation im Gegensatz zu den säkularen Organisationen auch die ländlichen Massen erreichte<sup>6</sup>.

Bis zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit hatte sich jedoch in den meisten Staaten Südostasiens die Idee des säkularen Nationalstaats durchgesetzt. Daran änderte auch wenig, daß der Buddhismus in den Verfassungen von Laos, Kambodscha und Myanmar zwischenzeitlich in den Rang einer Staatsreligion erhoben wurde<sup>7</sup>. Auch in Indonesien wurde hart darum gerungen, welche Stellung der Religion nach der Unabhängigkeit zukommen sollte. Mit seiner genialen Eingebung, der Verfassung fünf Prinzipien (*Pancasila*) voranzustellen, suchte der spätere Gründungspräsident des unabhängigen Indonesien, Achmed Sukarno, diesen Konflikt zu entschärfen. Die fünf Prinzipien lauten: Glaube an einen Gott, Humanität, Einheit Indonesiens, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Mit der Formulierung „Glaube an einen Gott“<sup>8</sup> war dafür gesorgt, daß auch Christen, Buddhisten und Hinduisten ihren Platz in dem neuen Staat finden konnten. Einer Diskriminierung nicht-islamischer Religionen schien damit vorgebeugt. Auch wenn dies einer Einschränkung der Religionsfreiheit gleich kam, denn Atheismus war damit *per definitionem* ausgeschlossen, stellten die fünf Prinzipien eine salomonische Lösung dar: Indonesien war damit weder islamischer noch säkularer Staat.

Den Befürwortern eines islamischen Staates ging der *Pancasila*-Katalog in dieser Form freilich nicht weit genug. Sie erzwangen den Zusatz „Glaube an Gott, mit der Verpflichtung für die Muslime islamisches Recht anzuwenden“. Damit hätte die *Scharia* Eingang in die indonesische Verfassung gefunden. Diese als *Jakarta Charter* bekanntgewordene Ergänzung der Präambel fand jedoch in der einen Tag nach der Unabhängigkeitserklärung, am 18. August 1945, verkündeten Verfassung keine Berücksichtigung mehr<sup>9</sup>.

6 Vgl. Robert H. Taylor, *The State in Burma*, London 1987, S. 181.

7 Vgl. Yoneo Ishii, *Sangha, State, and Society. Thai Buddhism in History*, Honolulu 1986, S. 36.

8 Vgl. Republic of Indonesia, *The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia*, Jakarta 1996; Tiga Undang Undang Dasar. Undang-Undang Dasar 1945. Konstitusi Republik Indonesia Serikat 1950. Undang-Undang Dasar Sementara Republik Indonesia 1950, Surabaya 1994, S. 5 ff.

9 Vgl. Anthony H. Johns, *Indonesia. Islam and Cultural Pluralism*, in: John L. Esposito (Hrsg.), *Islam in Asia. Religion, Politics, and Society*, New York – Oxford 1987, S. 210; Martin van Bruinessen, *Islamic State or State Islam? Fifty*

4 Vgl. Volker S. Stahr, *Südostasien und der Islam. Kulturraum zwischen Kommerz und Koran*, Darmstadt 1997, S. 178–190.

5 Vgl. M. C. Ricklefs, *A History of Modern Indonesia since c. 1300*, Basingstoke 1991, S. 166 ff.

Damit war für die nächsten 15 Jahre eine der Hauptkonfliktlinien der indonesischen Politik vorgezeichnet. Von da an war es das Hauptziel des politischen Islam, eine Revision der Verfassung im Sinne der *Jakarta Charter* zu erzwingen. Die 1955 gewählte *Konstituante*, deren Aufgabe die Ausarbeitung einer neuen Verfassung war, zerbrach an diesem Konflikt und gab damit Präsident Sukarno die Handhabe, das bis dahin recht offene politische System durch die autoritäre Ordnung einer „gelenkten Demokratie“ zu ersetzen.

Schon zuvor hatte die Auseinandersetzung um die Stellung des Islam die junge Republik vor Zerreißen gestellt. Sie führte in mehreren Provinzen zu Rebellionen islamistischer Kräfte. Noch 1948, während sich die Republik verzweifelt gegen die wiedergekehrte holländische Kolonialmacht zu behaupten suchte, rief der Mystiker S. M. Kartosuwirjo in Westjava einen Islamischen Staat aus. Seine *Darul Islam*-Bewegung bekämpfte die Republik in einem Guerilla-Krieg, der Anfang der fünfziger Jahre auch auf die Provinzen Aceh und Südsulawesi übergriff und erst Mitte der sechziger Jahre endgültig beigelegt werden konnte.

Ungeachtet der Tatsache, daß nur knapp über die Hälfte der Malaysier Muslime sind, erklärt die malaysische Verfassung den Islam zur Staatsreligion. Diese Festlegung ist Teil des Verfassungskompromisses von 1957, der den politischen Führungsanspruch der malaiischen Volksgruppe als „Söhne der Erde“ (*bumiputeras*) begründet. So stellt die Verfassung eine unauflösliche Verbindung von Islam und Malaientum her<sup>10</sup>, die durch die Stellung der malaiischen Erbherrscher – der Sultane – als nominelle Oberhäupter der Gliedstaaten und ihre damit verbundene Rolle als Schutzpatrone des Islam untermauert wird<sup>11</sup>.

Gleichwohl ist Malaysia im wesentlichen ein säkularer Staat geblieben. Grundvoraussetzung dafür ist die in der Verfassung enthaltene Garantie der Religionsfreiheit (Art. 3), die auch in den anderen Staaten Südostasiens zu den verbrieften Grundrechten gehört. Dies schließt jedoch nicht aus, daß – wie in Thailand – Staat und Religion seit jeher in einem symbiotischen Verhältnis zueinander ste-

hen. Der Staat, verkörpert in der Monarchie, bietet dem buddhistischen Mönchsorden, der *Sangha*, Schutz und materielle Sicherheit, während die *Sangha* den Staat und seine Herrschaftsordnung durch ihre Mitwirkung an staatlichen Zeremonien mit sakralen Weihen und moralischer Legitimität versieht. Dieses Zusammenspiel von Staat und Religion kommt in dem von König Vajiravudh im frühen 20. Jahrhundert als Grundpfeiler einer nationalen Ideologie formulierten Dreiklang von „Nation, König und Buddhismus“ zum Ausdruck.

Jenseits ihrer legitimatorischen Funktionen ist die *Sangha* ihrem Selbstverständnis nach unpolitisch, stellt doch die Einmischung in weltliche Angelegenheiten einen Verstoß gegen die mönchische Disziplinarordnung, die *Vinaya*, dar. Freilich hielt sich die *Sangha* nicht immer an deren Grundsätze. So agitierte der Mönch Kittiwuttho Bikkhu in den turbulenten Jahren nach dem Sturz der Thanom-Praphat-Diktatur (1973) im Zusammenspiel mit der militärnahen *Nawaphol*-Bewegung gegen linksgerichtete Studenten, Bauernverbände und Gewerkschaften. Seine Tiraden gipfelten in der Aussage, daß es kein Vergehen sei, Kommunisten zu töten<sup>12</sup>. Zur gleichen Zeit formierten sich reformistische Mönche, die vor allem im armen Nordosten des Landes Sozialarbeit leisteten und politische Parteien mit sozialistischer Programmatik unterstützten. In den achtziger und neunziger Jahren sind buddhistische Mönche auch in der Umweltbewegung und NGOs – den Nichtregierungsorganisationen – aktiv. Wie eingangs des Abschnitts bereits angedeutet, kennt auch die birmanische *Sangha* politische Traditionen. Sie spielte eine bedeutende Rolle in der Volkserhebung des Jahres 1988, und auch nach deren blutiger Niederschlagung nahm sie eine kritische Haltung gegen die Militärjunta des *State Law and Order Restoration Council* (SLORC)<sup>13</sup> ein<sup>14</sup>. In Südvietnam hatten buddhistische Aktivisten im Jahre 1963 maßgeblichen Anteil am Sturz des (katholischen) Diktators Ngo Dinh Diem.

Auf den Philippinen ist die Trennung von Staat und Kirche verfassungsmäßig verankert. Dennoch verfügte vor allem die katholische Amtskirche stets über einen weitreichenden politischen Einfluß. In den Jahren der Marcos-Diktatur (1972–1986) wuchs sie dabei immer mehr von einer den *Status*

Years of State-Islam Relations in Indonesia, in: Ingrid Wessel (Hrsg.), Indonesien am Ende des 20. Jahrhunderts. Analysen zu 50 Jahren unabhängiger Entwicklung, Hamburg 1996, S. 19–34.

10 Die Verfassung definiert folgendermaßen: „Malay means a person who professes the Muslim religion, habitually speaks the Malay language, conforms to Malay customs.“ Constitution of Malaysia, Article 160 (2).

11 Vgl. Fred R. von der Mehden, Malaysia. Islam and Multiethnic Politics, in: J. L. Esposito (Anm. 9), S. 187 f.

12 Vgl. Somboon Suksamran, Buddhism and Politics in Thailand, Singapore 1982, S. 135.

13 Seit November 1997 umbenannt in State Peace and Development Council (SPDC).

14 Vgl. Bruce Matthews, Buddhism under a Military Regime. The Iron Heel in Burma, in: Asian Survey, 33 (April 1993) 4, S. 408–423.

quo stabilisierenden Kraft in die Rolle einer Ersatzopposition hinein. Ein Teil des Klerus stand auf dem Boden der Befreiungstheologie und sympathisierte mehr oder minder offen mit dem bewaffneten Kampf der maoistisch orientierten *New People's Army* (NPA) und ihrem politischen Arm, der *National Democratic Front* (NDF). Beim Sturz des Diktators im Februar 1986 spielte die Kirche durch die Mobilisierung von *People's Power* eine Schlüsselrolle. Daß der kirchliche Einfluß auf die Politik auch in der Gegenwart ungebrochen ist, verdeutlichen in den vergangenen Jahren die Kampagnen gegen die Familienplanungspolitik der Regierung und Verfassungsänderungen, die auf eine Aufhebung der Wiederwahlbeschränkungen für hohe politische Ämter abzielten. Als potentieller Hauptnutznießer der Verfassungsänderungen verzichtete Präsident Fidel V. Ramos schließlich auf eine zweite Amtszeit, als der Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, eine Neuauflage von *People's Power* zu inszenieren begann.

Die politische Kontrolle über die Religionen liegt in Indonesien, Kambodscha, Myanmar und Brunei in den Händen eines Ministeriums für religiöse Angelegenheiten, in Thailand wird sie durch das Erziehungsministerium ausgeübt. In der Föderation Malaysia sind die Einzelstaaten für religiöse Angelegenheiten zuständig. Dessen ungeachtet wurde jedoch im Amt des Ministerpräsidenten eine Abteilung für religiöse Angelegenheiten angesiedelt – ein Hinweis auf die große Bedeutung, die man im multiethnischen Malaysia religiösen Fragen zuerkennt. Rechtliche Grundlage für die staatliche Kontrolle über den buddhistischen Mönchsorden sind in Thailand die *Sangha*-Gesetze von 1902, 1941 und 1962. Sie entwarfen eine straff durchhierarchisierte, dem staatlichen Verwaltungsaufbau entlehnte Ordensstruktur, die der *Sangha* kaum Spielräume zur Selbstverwaltung beließ. In besonders prägnanter Form kommt die staatliche Oberhoheit über die *Sangha* in den Ernennungsfunktionen des Monarchen zum Ausdruck, der sowohl den Obersten Patriarchen (*Sangha raja*) als auch den Höchsten Ordensrat (*Mahatherasamakom*) bestellt<sup>15</sup>.

Daß auch die indonesische Regierung bei der Kontrolle des Islam wenig dem Zufall überließ, zeigte 1975 die Gründung eines Rates der Muslimischen Rechtsgelehrten (*Majlis Ulama Indonesia*), der als Transmissionsriemen für die Akzeptanz der staatlichen Entwicklungspolitik in der Gemeinde der

islamischen Gläubigen (*umma*) zu sorgen hat. Dies geschieht durch die Anfertigung von Rechtsgutachten (*fatwa*), deren Funktion es ist, die Vereinbarkeit umstrittener staatlicher Entwicklungsmaßnahmen mit islamischen Grundsätzen nachzuweisen. Ein Beispiel dafür war die Familienplanungspolitik in den siebziger Jahren<sup>16</sup>. Auch Vietnam zwang die religiösen Gemeinschaften in staatlich gelenkte Organisationen wie etwa die *Vietnam Buddhist Church* (VBC), das *Committee for the Solidarity of Vietnamese Catholics* oder die *Union of Patriotic Priests*. Sie alle unterstehen der Vietnamesischen Vaterlandsfront, einem Sammelbecken der Kommunistischen Partei für gesellschaftliche Massenorganisationen<sup>17</sup>.

Günstiger Nährboden für politische Parteien mit religiöser Programmatik fand sich in Südostasien vor allem in den mehrheitlich islamischen Staaten Indonesien und Malaysia. In Indonesien konkurrierten in der Phase der parlamentarischen Demokratie (1950–1957) gleich mehrere islamische Parteien. Gemeinsamer Ausgangspunkt war die *Masyumi*, eine 1943 von den japanischen Besatzern gegründete islamische Sammelbewegung zur Unterstützung der japanischen Kriegsziele. Sie wurde allerdings schon bald nach der Unabhängigkeit durch die Abspaltung der *Partai Serikat Islam Indonesia* (PSII) und der eher traditionalistisch ausgerichteten *Nahdlatul Ulama* (NU) stark geschwächt und kam bei den bislang einzigen freien Wahlen des Landes im Jahre 1955 über enttäuschende 20,9 Prozent der Wählerstimmen nicht hinaus. Auch gemeinsam verfügten die islamischen Parteien mit 43,5 Prozent über keine parlamentarische Mehrheit. Dennoch avancierte die *Masyumi*, die für einen modernistischen Islam stand, zur Haupttriebkraft der Bemühungen, den Islam mit Hilfe der *Jakarta Charter* stärker in der Verfassung zu verankern. Sie wurde 1960 wegen ihrer Beteiligung an einer CIA-gestützten Rebellion abtrünniger Offiziere von Staatspräsident Sukarno verboten.

Sukarnos Nachfolger Hadji Mohamed Suharto und große Teile der Armee teilten angesichts der zahlreichen islamisch inspirierten Aufstandsbewegungen in den fünfziger Jahren das Mißtrauen gegenüber dem politischen Islam. Daran konnte auch die tatkräftige Mitwirkung der orthodoxen Muslime bei der Ausschaltung der Kommunistischen Partei (PKI), in deren Verlauf mehrere hunderttausend Indonesier umkamen, nichts ändern. Eine Wiedezulassung der *Masyumi* kam für

15 Vgl. Heinz Bechert, *Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravada-Buddhismus*, Frankfurt am Main – Berlin 1966, S. 185; S. Suksamran (Anm. 12), S. 29.

16 Vgl. M. van Bruinessen (Anm. 9), S. 24.

17 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 25. März 1994.

Suharto nicht in Frage. Vielmehr betrieb er bis Ende der achtziger Jahre eine konsequente Depolitisation des Islam, zumal dieser nach Ausschaltung der Kommunisten einzige Quelle organisierter politischer Opposition blieb<sup>18</sup>. Ein Meilenstein war dabei 1973 die Fusion aller islamischen Parteien zur Vereinigten Entwicklungspartei (PPP). Die PPP sah sich damit jedoch dem gleichen Dilemma ausgesetzt wie seinerzeit die *Masyumi*. Angesichts sehr unterschiedlicher Islamauslegungen und politischer Interessen waren interne Konflikte vorprogrammiert. Die PPP wurde damit manipulierbar durch das Regime, das vor allem auf Personalentscheidungen Einfluß nahm. Die *Nahdlatul Ulama* verließ 1984 als Konsequenz der parteiinternen Dauerquerelen die PPP und kehrte in ihre frühere Rolle als sozio-religiöse Vereinigung zurück. Höhepunkt der Maßnahmen zur Entpolitisation des Islam war jedoch die 1985 verfügte Unterwerfung aller Massenorganisationen – inklusive der politischen Parteien – unter die Staatsphilosophie *Pancasila* als einzig legitime ideologische Grundlage. Für die PPP bedeutete dies den Verzicht auf den Einsatz islamischer Symbole zur Wählermobilisierung<sup>19</sup>.

Ohne die Beschränkungen von *Pancasila* vermag die *Parti Islam Se-Malaysia* (PAS) offener für die Schaffung eines islamischen Staates und die *Scharia* in Malaysia einzutreten. Ihre Hochburgen befinden sich im Osten der Malaiischen Halbinsel. 1993 beschloß die PAS-geführte Landesregierung des Gliedstaates Kelantan die Einführung der im Koran vorgesehenen körperlichen Strafen (*hudud*). Der Beschluß hat jedoch keine bindende Wirkung, da dazu die Bundesverfassung geändert werden müßte. Außerhalb ihrer Hochburg in Kelantan blieben der PAS bisher jedoch nennenswerte Wahlerfolge versagt. Vor allem bei bundesweiten Wahlen kam sie kaum über den Rang einer Splitterpartei hinaus, was auch mit dem verzerrenden Moment des in Malaysia geltenden Mehrheitswahlrechts zu tun. Das Wählerpotential der PAS liegt in der malaiischen Volksgruppe bei immerhin 30 Prozent, so daß sie vor allem für die im Regierungsbündnis der Nationalen Front (*Barisan Nasional*) dominante, aber gleichfalls um die malaiischen Wähler werbende United Malays National Organization (UMNO) eine stete Gefahr darstellt. Versuche, sie in die *Barisan Nasional* (BN) zu

kooptieren, erwiesen sich als kurzlebig. Nach nur dreijähriger Mitgliedschaft schied die PAS 1977 wieder aus der BN aus. Seit ihrer Regierungsübernahme in Kelantan (1990) wird sie von der Bundesregierung durch eine sogenannte *political recession* bekämpft – was gleichbedeutend ist mit der Abkoppelung Kelantans von Fördermitteln und Projekten des Bundes.

Wenn auch in den anderen Staaten politische Parteien bestenfalls nominell religiöse Bezüge aufweisen, so bedeutet dies nicht, daß die Religionen in der parteipolitischen Auseinandersetzung nicht präsent sind. So verfügen die Philippinen über eine lange Tradition der Hirtenbriefe und Wahlempfehlungen, in denen die Katholische Kirche von der Kanzel aus Einfluß auf die Wahlentscheidung der Gläubigen zu nehmen sucht. Die *Iglesia ni Kristo*-Sekte geht sogar noch einen Schritt weiter: Sie schreibt ihren Gläubigen bindend vor, welchen Kandidaten sie ihre Stimme zu geben haben. Selbst im buddhistischen Thailand spielen die Klöster eine bedeutende Rolle im Wahlkampf. Obwohl die *Vinaya* den Mönchen politische Aktivitäten verbietet, ist der von ihnen auf das Wahlverhalten der Bevölkerung ausgehende informelle Einfluß beträchtlich.

Neben den politischen Parteien sind vor allem religiöse Vereinigungen ein wichtiges Vehikel zur Durchsetzung religiöser Interessen. In Indonesien sind dies die 1912 gegründete *Muhammadiyah* sowie die *Nahdlatul Ulama* (gegründet 1926). Beide verstehen sich als sozio-religiöse Organisationen, deren Anliegen das Wohlergehen der Muslime und die Vertretung spezifisch islamischer Interessen ist. Sie betreiben eine Vielzahl sozialer Einrichtungen, Schulen und Universitäten. Mit jeweils 20 bis 30 Millionen Mitgliedern sind sie nicht nur bei Wahlen ein politischer Machtfaktor. Dem Suharto-Regime war dieser Tatbestand stets wohlbewußt: Durch personalpolitische Manipulationen versuchte das Regime, einen regierungsfreundlichen Kurs sicherzustellen. Während die *Muhammadiyah* einen modernistischen, von lokalem Brauchtum gereinigten Islam vertritt und hauptsächlich in den urbanen Zentren heimisch ist, baut die NU auf eine eher traditionalistische Islamauslegung. Sie stützt sich vor allem auf religiöse Lehrer (*kiai*) und ist vorwiegend im ländlichen Raum Mittel- und Ostjawas vertreten. Dagegen ist in Thailand der Einfluß religiöser Vereinigungen wie der *Buddhist Association* oder der *Young Buddhist Association* stark rückläufig.

18 Vgl. Franz Magnis-Suseno, Indonesischer Islam: wohin?, in: ASIEN, (April 1994) 51, S. 8.

19 Vgl. Michael R. J. Vatikiotis, Indonesian Politics under Suharto. Order, Development and Pressure for Change, London – New York 1993, S. 122.

### III. Südostasien und die religiöse Erneuerungswelle

Seit Ende der siebziger Jahre geriet auch Südostasien in den Sog der weltweiten religiösen Erneuerungswelle. Sie erfaßte zuerst die islamischen Gesellschaften. Doch auch in den nichtislamischen Gesellschaften der Region griff die „Rache Gottes“ um sich. So entstanden in Thailand buddhistische Erneuerungsbewegungen, die sich scharf von der *Sangha*-Bürokratie abgrenzen. Die drei, die dabei die größte Aufmerksamkeit auf sich zogen, sind *Dhammakaya*, *Santi Asoke* und die (schon ältere) *Suan Moke*-Bewegung des *Buddhadasa*<sup>20</sup>. Selbst in den sozialistischen Gesellschaften Indochinas erfährt der Buddhismus eine Renaissance. Auf den überwiegend katholischen Philippinen schließlich waren es charismatische Bewegungen und protestantische Evangelisten (*born agains*), die sich rasch auf Kosten der Amtskirche ausbreiteten.

Ohne Zweifel am stärksten schlägt die religiöse Erneuerung jedoch im Islam auf das Alltagsleben durch. Vordergründige Indizien sind die strengere Befolgung der rituellen Vorgaben wie das tägliche fünfmalige Beten, der Besuch der Freitagsandacht in der Moschee, die Einhaltung der Fastenregeln im *Ramadan* und die Pilgerfahrt nach Mekka (*hajj*). Mehr Muslime beachten die islamischen Kleidungs- und Speisevorschriften, Koran-Studiengruppen verzeichnen wachsendes Interesse, Firmen, Hotels und Behörden richteten Gebetsräume für die Gläubigen ein, und arabisches Vokabular hielt über die Begrüßungsfloskel *assalam alaikum* (Friede sei mit Dir) hinaus Einzug in den Alltag. Schulen, die den gängigen säkularen Fächerkanon mit einem speziellen islamischen Curriculum kombinieren (*madrasahs*), befinden sich seither ebenso im Aufwind wie die Hochschulen der *Muhammadiyah* oder die vom Staat seit Beginn der sechziger Jahre eingerichteten islamischen Universitäten (IAIN). Koranrezitationswettbewerbe, Seminare und Vortragsveranstaltungen zu theologischen Fragen, die vermehrte Präsenz religiöser Themen in den Medien, Arabischkurse im staatlichen Fernsehen und eine kaum noch überschaubare Flut von Buchpublikationen und Pamphleten sind weitere Merkmale des islamischen Erwachens.

20 Vgl. Peter A. Jackson, *Buddhism, Legitimation and Conflict: The Political Functions of Urban Thai Buddhism*, Singapore 1989.

Die Kehrseite der islamischen Identitätsfindung ist eine zunehmend kritischere Sicht des Westens und seines Entwicklungsmodells. Sie koinzidiert zu Beginn der neunziger Jahre mit den Bestrebungen verschiedener asiatischer Regierungen, die bestehenden autoritären politischen Systeme der Region als Ausfluß spezifisch asiatischer Werte und Traditionen zu interpretieren. Dabei geht es vor allem um die Abwehr liberalen Gedankenguts mit seiner Betonung individueller Rechte, denen der Westen universalen Geltungsanspruch beimißt. Orthodoxe Auslegungen sowohl des Islam als auch des Konfuzianismus boten dabei zahlreiche Anknüpfungspunkte, der westlichen Betonung individueller Rechte Kollektivrechte und eine Pflichtenlehre entgegenzustellen<sup>21</sup>. Die asiatische Wertehypothese mag als Vielzweckwaffe einsetzbar sein<sup>22</sup> – ihrer Dämonisierung des Westens lagen jedoch vor allem in den islamischen Staaten primär innenpolitische Ziele zugrunde. Es ging dabei darum, durch ideologische Zugeständnisse dem islamistischen Diskurs Wind aus den Segeln zu nehmen.

Dafür gab es gute Gründe, ging doch mit der islamischen Erneuerung ein Erstarken modernistischer und fundamentalistischer Auslegungen einher, die den Islam weniger als Religion denn als ein alle Lebensbereiche übergreifendes System interpretieren. Daraus speisen sich Forderungen nach einem islamischem Staat, zumindest aber – wenn dies wie in Indonesien in Widerspruch zur herrschenden Staatsideologie steht – nach einer islamischen Gesellschaft. Wie schon zu Beginn des Jahrhunderts, als die modernistische Islamauslegung in Südostasien Fuß zu fassen begann, kamen dabei in erheblichem Maße nahöstliche Einflüsse zum Tragen. Es waren vor allem Studierende an Hochschulen arabischer Länder, die einen militanteren Islam mit nach Hause brachten. 1997 studierten rund 3 000 Indonesier in Ägypten, wo sie an den Hochburgen der Islamwissenschaft wie der renommierten *Al Azhar* Universität in Kairo mit fundamentalistischen Ideen in Berührung kamen. Doch unerwarteterweise kehrten auch viele Absolventen westlicher Universitäten als überzeugte Islamisten in ihre Heimat zurück. Fundamentalisten nahmen sie im Gastland unter ihre Fittiche und halfen ihnen auf ihre Weise, den Kulturschock

21 Zum Verhältnis von Rechten und Pflichten im Islam vgl. Bassam Tibi, *Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus*, München 1998<sup>2</sup>, S. 148 ff.

22 Mehr dazu bei Jürgen Rüländ, *Keine Chance für die Demokratie in Asien? Anmerkungen zur west-östlichen Wertedebatte*, in: *WeltTrends*, (1996) 12, S. 53–80.

dieser oft aus einfachen ländlichen Verhältnissen stammenden Studenten und den akademischen Leistungsdruck zu bewältigen.

Zwar kamen auch politischen Ereignissen außerhalb der Region wie dem arabischen Ölboykott gegen den Westen (1973) und der iranischen Revolution (1979) katalytische Wirkungen für das islamische Erwachen in Südostasien zu, doch mehr als anderswo war dieses hier auf hausgemachte Ursachen zurückzuführen. Vor allem die Universitäten entwickelten sich dabei zu Hochburgen eines militanteren Islam. Angesichts von Studentenprotesten gegen die autoritären Regime und die darauf folgende Depolitisierung des Campuslebens verblieben die Moscheen als die einzigen staatsfreien Räume. Sofern sich an den Hochschulen überhaupt politische Opposition regen konnte, geschah dies zumeist im Schutze der Moscheen und artikuliert sich in Forderungen nach einer angemesseneren politischen Rolle des Islam. In Indonesien avancierte vor allem die Salman Moschee an der Technischen Hochschule Bandung unter dem Einfluß des wortgewaltigen Predigers Imaduddin Abdulrahim zur Speerspitze der islamistischen Opposition.

Unbewältigte Modernisierungsfolgen bildeten eine weitere Ursache für das Erstarken des Islam. Der rapide soziale und kulturelle Wandel, der mit dem atemberaubenden Wirtschaftswachstum der achtziger und neunziger Jahre einherging und in einem kräftigen Urbanisierungsschub zum Ausdruck kam, hinterließ bei vielen Muslimen gravierende Orientierungsprobleme. Dies gilt vor allem für die Verlierer der Modernisierung: kleine Ladenbesitzer, Bazarhändler, Handwerker, Opfer von Landvertreibungen und Migranten, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte strömten, um dort in den wild wuchernden Slums zu enden oder im informellen Sektor eine prekäre Existenz zu fristen. Aber auch viele Angehörige des neuen Mittelstandes – höhere Verwaltungsbeamte, Angestellte in der Privatwirtschaft und Freiberufler – entdeckten die Religion neu. Gerade bei letzteren handelt es sich um die erste Generation sozialer Aufsteiger aus ländlichem Milieu, die ihrer tiefen psychischen und kulturellen Verunsicherung durch ein Festhalten an den ländlichen Lebensgewohnheiten zu begegnen suchen. In Gesellschaften mit erheblichen rechtsfreien Räumen erleben gerade sie tagtäglich die Unwägbarkeiten einer modernen Existenz. Gemeinsam ist all diesen Gruppen die Suche nach Halt, Identität und sozialer Sicherheit. Der Islam scheint ihnen eben dies zu bieten.

Dafür sorgen vor allem islamische Organisationen und Stiftungen mit ihren dichtgeknüpften sozialen Netzwerken, Dienstleistungen und karitativen Projekten. In Malaysia sind vor allem die *Dakwah*- (Missionierungs-)Bewegungen ABIM (*Angkatan Belia Islam Malaysia*), *Perkim*, *Jama'at Tabligh* und *Al Arqam* in dieser Hinsicht aktiv. Sie alle stehen für einen islamistischen Kurs. Die 1971 gegründete islamische Jugendorganisation ABIM beispielsweise vermochte es, die Zahl ihrer Mitglieder bis Mitte der achtziger Jahre von 300 auf über 35 000 zu erhöhen. Ihr politischer Kurs und ihr Islamverständnis – zeitweise beeinflusst durch die pakistanische *Jamaat-i-Islami* und die nahöstlichen Moslembroderschaften – standen der PAS näher als der UMNO und der Regierung<sup>23</sup>. Auch in Indonesien avancierte insbesondere die jüngere Generation zu Trägern der Islamisierung. Wie in Malaysia gehen dabei vor allem von studentischen Organisationen wie der *Himpunan Mahasiswa Islam* (HMI) und der *Ikatan Mahasiswa Muhammadiyah* wesentliche Impulse aus.

Die Pathologien der Modernisierung sind auch in Thailand eine der Hauptursachen für das Wiedererstarken des Buddhismus. Soziale und regionale Disparitäten, Umweltprobleme, AIDS, Drogensucht, Prostitution und kulturelle Verfallsprozesse sind Themen, deren sich vor allem die Bewegung des *Buddhadhasa* und *Santi Asoke* annehmen. Sie wenden sich gegen die Auswüchse und moralisch korrumpierenden Einflüsse des Kapitalismus und propagieren eine Rückkehr zu einfacheren Lebensformen. Gemeinsam ist ihnen eine anti-liberale und antikapitalistische Grundeinstellung. *Buddhadasas Dhammic Socialism* und gandhianisch inspirierte Gedankenfragmente einer „Buddhistischen Ökonomie“ fanden Eingang in den sogenannten *Community Culture*-Ansatz, dem sich Teile der in den achtziger Jahren sprunghaft gewachsenen NGO-Gemeinde verschrieben. Deren Ziel bestand nicht nur in einem *Empowerment* benachteiligter Bevölkerungsgruppen, sondern auch in der Förderung eines Entwicklungsideals, das Natur, Religion und Ökonomie wieder in Einklang bringen wollte. Ein offenkundiger Sittenverfall in der *Sangha*, deren Integrität durch Korruptionsskandale und Sex-Affären prominenter Mönche in Frage gestellt wurde, beschleunigte den Zulauf zu den Erneuerern.

23 Für Details zum Verhältnis der einzelnen Gruppen untereinander, ihrer theologischen Ausrichtung und ihren Zielen siehe Jomo Kwame Sundaram/Ahmed Shabery Cheek, *The Politics of Malaysia's Islamic Resurgence*, in: *Third World Quarterly*, 10 (April 1988) 2, S. 848–868.

Die Reaktion des Staates auf die islamische Erneuerungswelle war eine Mischung aus Anpassung und verschärfter Repression. Während in Malaysia die Regierung Mahathir schon früh, seit Beginn der achtziger Jahre, Anstrengungen unternahm, sich an die Spitze der Islamisierungstendenzen zu stellen, sah sich in Indonesien der Suharto-Staat erst ab 1985 zu einer islamfreundlicheren Politik in der Lage. Voraussetzung dafür war die Verabschiedung eines Gesetzes, das den *Pancasila*-Pluralismus zur alleinigen weltanschaulichen Grundlage des indonesischen Staates erhob. Letztendlich waren es jedoch eliteninterne Gegensätze, die Suharto Anfang der neunziger Jahre zu einer Annäherung an den Islam bewegten<sup>24</sup>. Ziel dieses überraschenden Schachzugs war es, seinen schwindenden Einfluß im Militär zu kompensieren. Ungeachtet unterschiedlicher Motive und Zeitpunkte für die Annäherung an den Islam gleichen sich jedoch in beiden Ländern die Einbindungsstrategien.

– *Proislamische Rhetorik und Symbolik*: In Malaysia machen es sich vor allem die Hinterbänkler der UMNO und die UMNO-Jugendorganisation zur Aufgabe, islamischen Themen Gehör zu verschaffen. Sie brauchen dabei weniger Rücksichten auf die Befindlichkeiten der anderen Volksgruppen zu nehmen als Spitzenfunktionäre der Partei und Kabinettsmitglieder. Mit Hilfe dieser parteiinternen Arbeitsteilung gelang der UMNO bislang der schwierige Spagat, auf der einen Seite ein multiethnisches Regierungsbündnis zu führen, sich andererseits jedoch als Sachwalter malaiisch-islamischer Interessen zu profilieren. An die Adresse der muslimischen Bevölkerung richtet sich naturgemäß auch das staatliche Bemühen, die sittlich-ethischen Grundwerte des Islam für das Wohl des Gemeinwesens als Ganzes hervorzuheben. Ebenso nahtlos fügt sich in Indonesien die Pilgerreise des Suharto-Clans nach Mekka im Jahre 1991 in dieses Bild eines proislamischen Populismus ein.

– *Staatliche Patronage*: Auf Legitimitätsgewinne in den islamischen Bevölkerungsschichten richtet sich auch die staatlicherseits betriebene, massive materielle Förderung des Islam. Sie findet ihren Ausdruck im Bau und der Renovierung von Moscheen, in staatlich finanzierten Koranausgaben und der Förderung der *pesantren*, den von *kiais* geleiteten, traditionellen islamischen Schulen im ländlichen Java. Im gleichen Kontext steht die Gründung neuer islamischer Einrichtungen. Bei-

spiele dafür sind die Eröffnung einer islamischen Universität in Malaysia (1983), die Gründung islamischer Banken in Malaysia (1984), Indonesien (1992), Brunei und auf den Philippinen<sup>25</sup>, einer islamischen Versicherung (Malaysia) und Denkfabriken wie das *Institut Kajian Dasar* (IKD) oder das *Center for Information and Development Studies* (CIDES) in Indonesien. Der Islam-Forschung und zugleich der Vermittlung einer der Regierung genehmen moderaten Islamauslegung widmet sich das auf Anregung von Premierminister Mahathir eingerichtete *Institute for Islamic Understanding* (IKIM). Demgegenüber tritt beim *Pusat Islam* der Kontrollgedanke wesentlich stärker hervor. Seine Aufgabe ist die Überwachung der teilweise recht militante Islamversionen propagierenden malaysischen *Dakwah*-Bewegungen<sup>26</sup>.

– *Proislamische Politik*: Politische Entscheidungen berücksichtigen mehr als in der Vergangenheit islamische Werte- und Moralvorstellungen. Dazu gehören in Indonesien die staatliche Bestätigung des islamischen Familien- und Erbschaftsrechts, die Einstellung des staatlichen Fußball-Lottos, harte Strafen für Blasphemievergehen, die gesetzlich vorgeschriebene Kennzeichnung von Speisen als zulässig (*halal*) oder unzulässig (*haram*) und die Rücknahme des *jilbab*-Verbotes<sup>27</sup> für muslimische Schulumädchen, in Malaysia Gesetzesentwürfe aus den Reihen der UMNO, empfindliche Strafen auf die Apostasie (Glaubensabfall) auszusprechen<sup>28</sup>, das Verbot von *Body-Building*- und Schönheitswettbewerben oder die Zensur des preisgekrönten Films *Schindler's List*<sup>29</sup>.

– *Kooption*: Eine in Südostasien gängige Strategie, Opposition zu neutralisieren, ist die Kooption vermeintlicher oder tatsächlicher politischer Gegner. Nicht anders verfahren die Regierungen mit Wortführern aus dem islamischen Lager. Ein besonders häufig genanntes Beispiel ist die Einbindung des charismatischen Studentenfürhrrers und früheren ABIM-Vorsitzenden Anwar Ibrahim in die UMNO und das malaysische Kabinett Anfang der achtziger Jahre.

25 Dabei handelt es sich um Banken, die das islamische Zinsverbot zu umgehen suchen. Vgl. Jakarta Post vom 14. November 1996, S. 4, sowie Dawam Rahardjo, The Question of Islamic Banking, in: Muhammed Ariff (Hrsg.), Islamic Banking in Southeast Asia, Singapore 1988, S. 137–163.

26 Vgl. The Straits Times vom 30. Dezember 1994, S. 1; David Camroux, State Responses to Islamic Resurgence in Malaysia: Accommodation, Co-Option and Confrontation, in: Asian Survey, XXXVI (September 1996) 9, S. 858.

27 Der jilbab ist eine islamische Kopfbedeckung für Frauen.

28 Vgl. The Straits Times vom 17. April 1998.

29 Vgl. Far Eastern Economic Review vom 11. September 1997, S. 20, und vom 18. Dezember 1997, S. 44–45.

24 Vgl. M. R. J. Vatikiotis (Anm. 19), S. 132, und Adam Schwarz, A Nation in Waiting. Indonesia in the 1990s, Sydney 1994, S. 176.

Als noch kontroverser erwies sich die Gründung eines Verbandes der Indonesischen Muslim-Intellektuellen (ICMI) im Dezember 1990. Über dessen Funktionen herrscht noch immer Uneinigkeit unter Beobachtern. Die meisten sahen in ihm ein Vehikel Suhartos zur Integration der unruhigen islamischen Vordenker in den *Pancasila*-Staat. Andere freilich wollten in dem schillernden Verband eher den Versuch erblicken, eine Hausmacht für den seit Mai 1998 amtierenden Suharto-Nachfolger Bacharuddin Jusuf Habibie aufzubauen. Die Schwierigkeiten, die Funktionen und Ziele von ICMI einzuschätzen, ergeben sich auch aus der Heterogenität seiner Mitgliedschaft. Diese reicht von hochrangigen Ministerialbeamten und Politikern der staatstragenden GOLKAR-Bewegung über nahezu das gesamte Spektrum der Islam-Versionen, von moderaten Traditionalisten über Modernisten aus alten *Masyumi*-Familien bis hin zu militanten Islamisten. Vor allem letztere Gruppe wollte Suharto durch ICMI in das Regime integriert wissen. ICMI's Kernanliegen ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Muslime, ihre ökonomische Emanzipation sowie eine ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende politische Repräsentation. Viele ICMI-Aktivisten sahen die Christen in Kabinett, Militär und Wirtschaft überrepräsentiert – daher ihre Forderung nach einem Marsch durch die Institutionen. In der Tat gibt es einen Zusammenhang zwischen der Existenz von ICMI und einem Dechristianisierungsprozeß in Kabinett, Bürokratie und Militär.

Doch folgten längst nicht alle Muslim-Intellektuellen dem Werben von ICMI. Einer seiner vehementesten Kritiker ist der NU-Vorsitzende Abdurrahman Wahid. Wahid sieht vom Wirken von ICMI große Gefahren für das im *Pancasila*-Konzept angelegte Toleranzgebot ausgehen. ICMI vertiefe die ethnischen und religiösen Gegensätze in Indonesien. Wahids Antwort auf ICMI war die Gründung des *Forum Demokrasi*, eines interkonfessionellen Gremiums führender indonesischer Intellektueller<sup>30</sup>.

– *Proislamische Außenpolitik*: Sowohl Malaysia als auch Indonesien unterhielten seit jeher enge Beziehungen zu arabischen Staaten wie Saudi-Arabien, Ägypten, dem Irak und den Golf-Emiraten. Die Pilgerfahrten zu den heiligen Stätten des Islam, Studienaufenthalte und die Beschäftigung

30 Vgl. Douglas E. Ramage, *Politics in Indonesia. Democracy, Islam and the Ideology of Tolerance*, London 1995; Nasrullah Ali-Fauzi (Hrsg.), *ICMI. Antara Status Quo dan Demokratisasi*, Bandung 1995.

von Gastarbeitern in den Ölstaaten sorgten für ständige Kontakte und schufen gemeinsame Interessen. Während jedoch in der Außenpolitik Malaysias in den achtziger und neunziger Jahren ein schärferes islamisches Profil deutlich zu Tage tritt, begnügte sich Indonesien mit proislamischer Rhetorik. So setzte sich Malaysia mit Nachdruck für die palästinensische Sache ein, kritisierte den Staatsbesuch des israelischen Präsidenten Chaim Herzog 1986 in Singapur und bezog Stellung gegen die amerikanische Politik im Golfkrieg. Malaysia nahm Bosnienflüchtlinge auf und entsandte ein Kontingent von 1 500 UN *Peace keeping*-Soldaten ins ehemalige Jugoslawien<sup>31</sup>. Sogar das geheiligte Nichteinmischungsprinzip der ASEAN wurde über Bord geworfen, als 1992 250 000 Angehörige der muslimischen Rohingya-Minderheit aus Myanmar nach Bangladesch flohen. Kuala Lumpurs Zorn richtete sich unzweideutig gegen die Generalsjunta in Rangun, deren Repressionspolitik gegen Minderheiten als Hauptgrund für den Exodus angesehen wurde. Auch in der 1970 gegründeten Organisation Islamischer Staaten (OIC) engagierte sich Malaysia, im Juni 1997 wurde es zusammen mit Indonesien Gründungsmitglied der D-8-Gruppe, eines Verbundes islamischer Staaten, mit der Funktion, Gegenmacht gegen die G-8 der führenden Industriestaaten zu entwickeln<sup>32</sup>. Dagegen tatierte Indonesien pro-islamische Wendungen stets durch den Verweis auf weitere Grundpfeiler seiner Außenpolitik aus. Dazu gehört seit Mitte der achtziger Jahre vor allem die Blockfreienbewegung<sup>33</sup>. Gemeinsam ist beiden Staaten allerdings eine unverkennbare Distanz gegenüber radikalen islamischen Staaten wie Libyen, dem Sudan oder dem Iran, deren fatalen Einfluß auf das prekäre Gleichgewicht zwischen den Volksgruppen und Religionsgemeinschaften sie fürchten.

Entsprechend kennzeichnet in beiden Fällen kompromißlose Härte die Haltung des Staates gegenüber radikalen Islamversionen. Freilich blieben religiös motivierte Gewaltakte in Südostasien sporadisch, sieht man einmal von den muslimischen Separatistenbewegungen im Süden der Philippinen und in der indonesischen Provinz Aceh ab. Malaysia reagierte auf islamischen Extremismus

31 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Juli 1995, S. 2.

32 Mitglieder sind Ägypten, Bangladesch, Indonesien, Iran, Malaysia, Nigeria, Pakistan und die Türkei.

33 Vgl. dazu Michael R. J. Vatikiotis, *Indonesia's Foreign Policy in the 1990s*, in: *Contemporary Southeast Asia*, 14 (März 1993) 4, S. 352–367; Leo Suryadinata: *Islam and Suharto's Foreign Policy. Indonesia, the Middle East and Bosnia*, in: *Asian Survey*, XXXV (März 1995) 3, S. 291–303.

stets mit der Anwendung seines drakonischen Gesetzes über die innere Sicherheit (*Internal Security Act*, ISA), so zuletzt im August 1994 gegen die *Al Arqam*-Sekte. *Al Arqam* wurde unter anderem zur Last gelegt, terroristische Selbstmordkommandos auszubilden. Das Suharto-Regime ging teilweise noch einen Schritt weiter. Muslim-Ausschreitungen, die 1984 ihren Ausgang von einer Moschee in Jakartas Hafenviertel Tanjung Priok nahmen, wurden ebenso mit militärischer Brachialgewalt beantwortet wie 1989 eine messianische Bewegung in Lampung, Süd-Sumatra. In beiden Fällen gab es nichtamtlichen Schätzungen zufolge bis zu 200 Tote. Aber auch sonst ließ der Staat radikalen islamischen Gruppen wenig Spielraum. Dies gilt für *jemaah usroh*, eine radikale islamische Studiengruppe, studentische Aktivisten und die Mitglieder des fundamentalistischen *Dewan Dakwah Islamiyah Indonesia*. Immer wieder wurden Mitglieder dieser Gruppen verhaftet, unter dem Subversionsvorwurf angeklagt und zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt<sup>34</sup>.

Einen anderen Verlauf nahm die Entwicklung in Thailand. Auch hier wurden in den achtziger Jahren heterodoxe religiöse Bewegungen verfolgt. Dies gilt insbesondere für die *Santi Asoke*, deren Gründer, der ehemalige Fernsehjournalist Photirak, sich 1975 von der *Sangha* lossagte. Repressionsmaßnahmen gegen *Santi Asoke* nahmen an Schärfe zu, als ab Mitte der achtziger Jahre Teile der Bewegung mit der von Chamlong Srimuang gegründeten *Phalang Dharma*-Partei in Verbindung gebracht wurden. Chamlong, selbst *Santi Asoke*-Mitglied, wurde 1985 und 1990 zum Gouverneur von Bangkok gewählt, nicht zuletzt deshalb, weil er mit den Werten, die *Santi Asoke* propagierte, Wahlkampf betrieb und als „Mr. Clean“ großen Anklang beim Mittelstand Bangkoks fand. Photirak wurde 1995 nach langen juristischen Auseinandersetzungen zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Angesichts einer fortschreitenden politischen Liberalisierung, die nicht mehr – wie früher autoritäre Ordnungen – auf religiöse Legitimationsquellen angewiesen ist, wollen Beobachter darin ein zunehmendes Desinteresse des Staates erkennen, sich mit abweichenden religiösen Bewegungen auseinanderzusetzen<sup>35</sup>.

34 Vgl. M. R. J. Vatikiotis (Anm. 19), S. 125; A. Schwarz (Anm. 24), S. 179.

35 Vgl. Peter A. Jackson, Withering Centre, Flourishing Margins. Buddhism's Changing Political Roles, in: Kevin Hewison (Hrsg.), Political Change in Thailand. Democracy and Participation, London 1997, S. 91.

---

#### IV. Religiöse Erneuerung: Eine Gefahr für den säkularen Nationalstaat und die Demokratisierung?

---

Damit kommen wir zu den eingangs aufgeworfenen Fragestellungen zurück. Gehen mit der religiösen Erneuerung Gefahren für den säkularen Nationalstaat und Demokratieblockaden einher? Ist die religiöse Erneuerung nur ein Vorbote für das Entstehen eines ähnlich aggressiven und gewaltbereiten Fundamentalismus, wie ihn Bassam Tibi für den Islam des Nahen und Mittleren Ostens beschrieben hat<sup>36</sup>?

Alle drei Fragen lassen sich mit unterschiedlicher Gewißheit verneinen. Gravierende Einbrüche der Religion in das Prinzip des säkularen Nationalstaats sind vorerst nicht zu befürchten. Diese Aussage gilt vor allem für die buddhistischen Staaten Festlandsüdostasiens und die mehrheitlich katholischen Philippinen. Die buddhistischen Erneuerungsbewegungen in Thailand versuchen zwar Einfluß auf den Staat zu gewinnen, beschränken sich dabei aber darauf, moralisch-ethischen Prinzipien Geltung zu verschaffen und Modernisierungswüchse zu bekämpfen. Ein Streben nach Übernahme politischer Verantwortung durch die *Sangha* ist nirgends erkennbar. Selbst die *Phalang Dharma*-Partei, die noch am ehesten politische Ambitionen und religiöse Prinzipien miteinander verknüpfte, geriet seit Anfang der neunziger Jahre immer stärker in das Fahrwasser ihres säkular orientierten Flügels. Eine prinzipielle Infragestellung des Dualismus von Kirche und Staat läßt sich auch auf den Philippinen weder bei den christlichen Erneuerungsbewegungen noch bei der Amtskirche ausmachen.

Unter gewissen Vorbehalten trifft der obige Befund auch auf die mehrheitlich muslimischen Staaten zu. Sowohl in Malaysia als auch in Indonesien fördert der Staat einen „kulturellen Islam“. Jegliche Islamisierung der Politik ist jedoch Anathema. Zwar gibt es in beiden Staaten deutlich mehr Gegner des säkularen Nationalstaats, doch ebenso eindeutig blieben die Verfechter eines islamischen Staates bislang eine Minderheit. Allzu evident sind selbst vielen Muslimen dessen Folgewirkungen für plurale Gesellschaften. Die Einführung eines islamischen Staates würde sowohl in Malaysia als auch in Indonesien große innenpolitische Spannungen heraufbeschwören und den

36 Vgl. u. a. Bassam Tibi, Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik, München 1993.

Bestand des Staates gefährden. Einen Vorge-schmack darauf lieferten in Indonesien die pogromartigen Ausschreitungen der letzten Monate gegen Chinesen und Kirchen, wobei allerdings viele Beobachter davon ausgehen, daß die Unruhen von einer Fraktion innerhalb des Militärs bewußt geschürt wurden<sup>37</sup>.

Die Attacken auf den säkularen Nationalstaat halten sich freilich nur solange in Grenzen, wie Modernisierungskrisen und die Pathologien der Moderne vom Staat beherrschbar erscheinen. Die Gefahren wachsen indes, wenn es den Regierungen nicht gelingt, der sozialen Folgen der derzeitigen Währungs- und Finanzkrise Herr zu werden. Damit würde es Kritikern des säkularen, westlich beeinflussten Modernisierungsmodells leicht gemacht, mit Hilfe sozialer Gerechtigkeitsrhetorik und antiwestlicher Verschwörungstheorien die notleidenden Massen hinter sich zu bringen. Derartige Zusammenhänge sollten auch der Internationale Währungsfonds (IWF) und die westlichen Regierungen bei ihrem Krisenmanagement nicht übersehen. Die mangelnde Sozialverträglichkeit der IWF-Medizin wird dem Westen zur Last gelegt und liefert fundamentalistischen Demagogen die Argumente frei Haus.

Sind die religiösen Erneuerungsbewegungen ein Demokratisierungshindernis? Auch für diese Annahme gibt es keine zwingenden Belege. Thesen dieser Art gründen auf starren essentialistischen Interpretationen und beliebigen Exegesen kanonischer Texte ohne hinreichende Berücksichtigung der gelebten Religion und der Vielfalt ihrer Auslegungen. Sowohl die Philippinen als auch Thailand haben in den vergangenen Jahren erhebliche Demokratisierungsfortschritte aufzuweisen. In beiden Fällen gibt es plausible Argumente für die These, daß die dortigen Demokratien bereits in die Konsolidierungsphase eingetreten sind. Zwar ist die Erneuerungsbewegung *Dhammakaya* straff paramilitärisch durchorganisiert, zwar vertritt sie alles andere als politisch progressive Werte und findet ihre Klientel in wohlhabenden, konservativen Segmenten der Thai-Gesellschaft, aber ihr politisches Sendungsbewußtsein für einen religiös bestimmten Gesellschaftsentwurf zu unterstellen ginge zweifellos zu weit. Insofern treffen jene Analysen eher zu, die in *Dhammakaya* primär eine Anpassung der Religion an die moderne Konsumentenkultur sehen, ein Heilsangebot, das käuflich zu erwerben ist. Niels Mulder schließt daraus auf eine politisch eher neutrale Wirkung der

37 Vgl. Far Eastern Economic Review vom 23. Juli 1998, S. 23–27.

Erneuerungsbewegungen, er versteht sie als Teil einer neuen Mittelschichten-Identität, Religion gewissermaßen als Ornament und Ritual, ohne moralische und ethische Substanz<sup>38</sup>. Ähnlich argumentiert Raymond Lee. Er sieht in den Erneuerungsbewegungen eine Analogie zum Markt. Die fortschreitende ökonomische – und teilweise auch politische – Liberalisierung findet ihre Entsprechung im religiösen Bereich durch eine Ausweitung des religiösen Angebots<sup>39</sup>. *Santi Asoke* und die *Suan Moke*-Bewegung weisen zwar antiliberale und antikapitalistische Stoßrichtungen auf, aber was auf den ersten Blick als Kapitalismuskritik schlechthin aufscheint, richtet sich in erster Linie gegen eine Kapitalismuskritik, die durch ungezügelt Gewinnsucht und die wahllose Vernichtung gemeinschaftlicher Lebensgrundlagen gekennzeichnet ist. Der frühere Gouverneur von Bangkok, Chamlong Srimuang, als besonders prinzipientreues *Santi Asoke*-Mitglied in den achtziger Jahren mitunter als thailändischer Khomeini dämonisiert, war 1992 immerhin der Wortführer der Demokratiebewegung gegen die Putschistenclique des *National Peace Keeping Council* (NPKC) unter General Suchinda Kraprayoon. Auch in anderer Hinsicht ging von *Santi Asoke* und *Suan Moke* durchaus emanzipatorische Wirkung aus. Viele ihrer Ideen fanden Eingang in die rege NGO-Bewegung, die in den achtziger Jahren entstand. Die damit verbundenen Ziele wie soziale Gerechtigkeit, *Empowerment* benachteiligter Gesellschaftsgruppen und die Intensivierung des entwicklungspolitischen Diskurses stehen jeder Demokratie gut zu Gesicht. Anstatt die Religion im Staat zu verankern, haben sie sie zu einem Bestandteil der Zivilgesellschaft gemacht.

Noch weniger haltbar wäre es, auf den Philippinen vom Christentum als einem Demokratiehindernis zu sprechen. Die Katholische Kirche war maßgeblich am Sturz des Diktators Marcos beteiligt, und sie ist auch nach dem Wiedererstarken ihres konservativen Flügels während der Präsidentschaft Cory Aquinos nicht zu der den *Status quo* legitimierenden Rolle der vorkonziliaren Zeit zurückgekehrt. Ihr jüngster Widerstand gegen geplante Verfassungsänderungen hat die Demokratie insofern gestärkt, als er ins öffentliche Bewußtsein rief, daß eine Verfassung eine politische Grundordnung

38 Vgl. Niels Mulder, *The Urban Educated Middle Stratum and Religion in Southeast Asia*, in: Hans-Dieter Evers/Sharon Siddique (Hrsg.), *Religious Revivalism in Southeast Asia*, Sojourn, 8 (Febr. 1993) 1, Special Focus, S. 184–194.

39 Vgl. Raymond Lee, *The Globalization of Religious Markets: International Innovations, Malaysian Consumption*, in: ebd., S. 35–61.

ist, die man nicht nach Belieben tagespolitischen Vorteilen dienstbar machen darf. Im übrigen haben ihre Hirtenbriefe und Wahlempfehlungen an Wirksamkeit eingebüßt. Mit dem im Mai 1998 gewählten Präsidenten Joseph Estrada zog nach Fidel V. Ramos nun schon zum zweiten Male ein Kandidat in den Malacañang-Palast ein, der im Wahlkampf ohne die Unterstützung der Kirche auskommen mußte.

Größere Schwierigkeiten bereitet die Beurteilung des Islam. Vor allem im Westen sind für viele Islam und Demokratiefeindlichkeit synonym. Samuel P. Huntington beispielsweise verweist darauf, daß fast nirgendwo in der islamischen Welt demokratische Willensbildungsstrukturen Fuß zu fassen vermochten<sup>40</sup>. Eine derartige Sichtweise beruht freilich auf dem bereits an anderer Stelle kritisierten Essentialismus. Oft liegt ihr darüber hinaus eine unzulässige Gleichsetzung von Islam und Islamismus/Fundamentalismus zugrunde. Dieser Hinweis soll jedoch nicht die Tatsache verschleiern, daß der Fundamentalismus in der Tat demokratiefeindlich ist – ein Punkt, in dem sich auch die Islamwissenschaftler weitgehend einig sind. Doch gerade im Islam, dem – wie Lorenz Müller hervorhebt<sup>41</sup> – eine autoritative Instanz wie der Papst im Katholizismus fehlt, gibt es eine so große Bandbreite von Auslegungen, daß sich grobe Verallgemeinerungen von selbst verbieten. Nicht umsonst wird in Staaten wie Indonesien unter Muslim-Intellektuellen ein lebhafter Diskurs über die Kompatibilität von Islam und Demokratie geführt<sup>42</sup>.

Versucht man aus diesem Diskurs in der hier gebotenen Kürze auch auf die Gefahr grober Vereinfachungen ein vorläufiges Fazit herauszudestillieren, so ergeben sich folgende Punkte.

*Erstens:* Nur wenige Muslim-Intellektuelle sehen einen Gegensatz von Demokratie und Islam. Diejenigen, die dies tun, berufen sich darauf, daß Demokratie eine säkulare politische Ordnung darstellt, der Islam hingegen eine göttliche. Das in der Demokratie zentrale Prinzip der Volkssouveränität stehe im Widerspruch zur Souveränität Gottes.

40 Vgl. Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München – Wien 1996, S. 28, 177, 309.

41 Vgl. Lorenz Müller, *Islam und Menschenrechte. Das Bild im Westen und die arabisch-sunnitische Diskussion*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/97, S. 22.

42 Einen ausgezeichneten Überblick dazu bietet Masykuri Abdillah, *Responses of Indonesian Muslim Intellectuals to the Concept of Democracy (1966–1993)*, Hamburg 1997. Auf Masykuris Werk beruhen auch die folgenden zusammenfassenden Bemerkungen zu dieser Diskussion.

*Zweitens:* Entsprechend hält die Mehrzahl der Diskutanten Islam und Demokratie für kompatibel. Allerdings begreifen auch sie den Islam als ein ganzheitliches, Politik und Gesellschaft durchdringendes System. Dies erklärt indes, warum es sich im Verständnis dieser Intellektuellen um keine liberale Demokratie, sondern eine eigene, islamische Form der Demokratie handelt. *Drittens:* Bei der Mehrzahl der islamischen Intellektuellen, vor allem der jüngeren Generation, ist die Bereitschaft zur Kontextualisierung der offenbarten Wahrheiten durch *ijtihad* (individuelle religiöse Interpretation) verbreitet. Sie sind auf diese Weise eher mit demokratischen Prämissen in Einklang zu bringen.

Dennoch läßt dieser Diskurs entscheidende Fragen offen. Allzu oft stellen die Diskussionen auf abstrakter Ebene eine Kompatibilität zwischen islamischen Werten und Demokratie her, wenn es jedoch um die konkrete Anwendbarkeit geht, begnügt man sich mit vagen Verweisen auf die erforderliche Übereinstimmung mit der *Scharia*. Da diese jedoch wie etwa die *hadd*-Strafen oder die Ungleichbehandlung der Frau auf Koranstellen mit „absolutem Geltungsanspruch“ beruhen, ergibt sich daraus ein eindeutig weniger demokratisches Staatswesen als das einer liberalen Demokratie. Vor allem bei Amien Rais, dem Vorsitzenden der *Muhammadiyah*, der sich in den letzten Monaten des Suharto-Regimes als politische Alternative zu profilieren suchte, finden sich derartige Positionen – etwa mit Blick auf die Stellung der Frau oder von Minderheiten. Trotz ihrer Sympathien für demokratische Verfahrensweisen und Prinzipien, die auch in liberalen Demokratien einen zentralen Stellenwert einnehmen, können die Verfechter einer islamischen Gesellschaft den Verdacht nicht ausräumen, daß ein auf islamische Prinzipien gegründetes Staatswesen leicht monistisch umzuinterpretieren ist. Es sind die erheblichen Grauzonen der Islamauslegung, die Gefahren für die Demokratie heraufbeschwören.

Schließlich gibt es eine Minderheit unter den Muslim-Intellektuellen, die Religion als Privatangelegenheit betrachten und für einen säkularen Staat im Sinne des *Pancasila*-Pluralismus eintreten. Den Islam interpretieren sie nicht als Einheit von Religion und Staat, sondern lediglich als ein den säkularen Staat ergänzendes Werte- und Rechtssystem. Der Islam soll nach ihrer Vorstellung ein Bestandteil der Zivilgesellschaft werden<sup>43</sup>. Der NU-Vorsit-

43 Vgl. *Suara Demokrasi* Gus Dur, „Saya Ingin NU Jadi Gerakan Kultural“, in: Abdurrahman Wahid u. a., *Zaman Baru Islam Indonesia. Pemikiran dan Aksi Politik*, Bandung 1998, S. 272.

zende Abdurrahman Wahid als der profilierteste dieser Autoren geht sogar noch einen Schritt weiter. Er unterstellt einem Teil der Islamgelehrten, daß sich ihr Verhältnis zur Demokratie lediglich auf ein Zweck-Mittel-Verhältnis reduziere. Die Demokratie sei in Staaten mit großem islamischen Bevölkerungsanteil ein geeignetes Mittel, die Macht im Staate zu erringen, um dann allerdings ein islamisches Staatswesen zu errichten, das nur wenig Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien aufweise.

Ungeachtet dieser Gegensätze sind sich jedoch die meisten Beobachter darin einig, daß sich der südostasiatische Islam grundlegend von nah- und mittelöstlichen Varianten unterscheidet<sup>44</sup>. Dies hängt mit der Geschichte seiner Ausbreitung zusammen. Zum einen erreichte der Islam die südostasiatische Inselwelt im 13./14. Jahrhundert relativ spät, zum anderen verband er sich in der Folge mit vorislamischen animistisch-mystischen und hinduistisch-buddhistischen Kulturelementen. Daraus entstand ein synkretistischer Islam, der – wie Bernhard

44 Vgl. Robert W. Hefner, Islam in an Era of Nation-States: Politics and Religious Renewal in Muslim Southeast Asia, in: Robert W. Hefner/Patricia Horvatic (Hrsg.), Islam in an Era of Nation States. Politics and Religious Renewal in Muslim Southeast Asia, Honolulu 1997, S. 21.

Dahm anmerkt – durch eine unterschiedliche Synthese von Islam und *adat* (vorislamischen Kulturelementen) gekennzeichnet ist, woraus sich die Vielfalt vor allem des indonesischen Islam ableitet<sup>45</sup>. Die Spannbreite dieses islamischen Pluralismus hat Clifford Geertz zwischen *abangan*-Islam – einem nur nominellen Islam, der stark von vorislamischem und javanischem Brauchtum durchsetzt ist – und den *santri* – schriftgläubigen Muslimen – festgemacht<sup>46</sup>. Bis vor kurzem war die Mehrheit der indonesischen Muslime der *abangan*-Variante zuzuordnen. Umstritten ist jedoch, inwieweit mit der religiösen Erneuerungswelle eine „Santrifizierung“, d. h. eine Purifizierung des Islam einherging, die vor allem in den *abangan*-Hochburgen Militär und Bürokratie an Boden gewonnen hat. Ungeachtet dieser Kontroverse herrscht jedoch weitgehender Konsens darüber, daß diese Vielfalt einen toleranteren Islam als anderswo hervorgebracht hat. Dem Vordringen eines radikalen Islamismus stehen damit historisch-kulturelle Sicherungen entgegen.

45 Vgl. Bernhard Dahm, Islam in Sumatra, in: Werner Draguhn (Hrsg.), Der Einfluß des Islams auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Südostasien, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 133, Hamburg 1983, S. 57.

46 Vgl. Clifford Geertz, The Religion of Java, Chicago – London 1960, S. 121–131.

# Andere Werte und Handlungsrahmen in Ostasien

## Konsequenzen für Deutschland

### I. Das andere Ostasien

Im folgenden sollen Werte und Handlungsrahmen in Ostasien – der Region östlich von Indien bis Japan – im Vergleich zum Westen – Westeuropa und Nordamerika – vorgestellt werden<sup>1</sup>. Ostasien stellt für den Westen nicht nur eine wirtschaftliche Herausforderung in quantitativem Sinne dar, vielmehr befindet sich dieser in einer tiefgehenden, qualitativ-geistigen Auseinandersetzung mit Ostasien, die in eine bessere Einsicht in das Andersartige des fernen Erdteils und in einen Dialog miteinander münden sollte.

Ostasien als wichtigstes Gegenüber des Westens ist ein sehr großer und überaus heterogener Raum mit erheblichen religiös-kulturellen Unterschieden und entsprechend unterschiedlichen Werten und Verhaltensweisen<sup>2</sup>. Aus diesem Raum sollen drei bestimmende und unterschiedliche Kultur- und Wirtschaftsregionen – malaiisch geprägte Länder, Japan und Südkorea sowie der großchinesische Kultur- und Wirtschaftsraum einschließlich der 50 bis 60 Millionen Auslandschinesen – der Betrachtung zugrunde gelegt werden.

Unter einer Kultur- und Wirtschaftsregion werden im folgenden Wirkungszusammenhänge zwischen zugrundeliegenden Volkscharakteren, adaptierten Religionen und Lebensphilosophien sowie endogenen sozio-ökonomischen Prozessen verstanden. Natürlich kann man derartige Wirkungszusammenhänge nicht im naturwissenschaftlichen Sinne beweisen wollen. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß sich diese im Zeitverlauf herausgebildet haben.

1 Unter Werten werden allgemeine, wünschens- und nicht wünschenswerte Einstellungen verstanden, die ein langfristig angelegtes Verhaltensmuster in Richtung auf bestimmte Ziele – in Präferenz zu anderen – steuern.

2 Dies gilt vor allem im Vergleich zum relativ „einheitlich“ strukturierten Westen, der bei allen Differenzierungen im gemeinsamen griechisch-römischen-christlichen Boden seine Wurzeln hat.

### 1. Anhaltende Werte- und Verhaltensdifferenzierungen

Konfuzius soll einmal vor ca. 2 500 Jahren gesagt haben: „Alle Menschen sind gleich, nur ihre Gewohnheiten (gemeint waren die Verhaltensweisen/der Verf.) sind unterschiedlich.“ Und Lin Yutang, ein fast zeitgenössischer Philosoph, hat dazu vor etwa 70 Jahren ergänzend niedergeschrieben: „Die Unterschiede liegen in den Formen des Zusammenlebens. Dies einsehen heißt eine Grundlage zu vernünftiger Kritik zwischen den Völkern schaffen.“<sup>3</sup>

Es sollte eigentlich nicht verwundern, wenn Wirkungszusammenhänge in anderen Kultur- und Wirtschaftsregionen als unterschiedlich zum Westen begriffen werden. Verwunderlich ist nur, daß diese Unterschiede im Westen zumeist ungenügend wahrgenommen und unzureichend in hiesige Überlegungen einbezogen werden.

Die bislang oft getrübe bis falsche Wahrnehmung „anderer Welten“ beruht einmal auf unserer westzentrierten Sicht und auf täuschenden, formalen Ähnlichkeiten an der Oberfläche, hinter denen sich jedoch große inhaltliche Unterschiede des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ablaufs verbergen. So funktioniert beispielsweise die „Konsensdemokratie“ in Japan ganz anders als die „Konfrontations- und Diskussionsdemokratie“ in westlichen Ländern. Die tagtägliche Praxis ist aufgrund der anderen soziokulturellen Hintergründe anders – ungeachtet aller angeblich gleichmachenden Globalisierungs- und Pluralisierungstendenzen<sup>4</sup>.

Der so oft in Richtung vermeintlicher Konvergenz bemühte „Wind des Wandels“ hat in Ostasien (wie auch in anderen Kultur- und Wirtschaftsregionen) andere Wirkungen als im Westen<sup>5</sup>. Pluralisierungs-

3 Lin Yutang, Mein Land und mein Volk, Stuttgart (ohne Jahresangabe).

4 In einer vom Autor vorbereiteten Veröffentlichung „Begrenzte wirtschaftliche Globalisierung ohne menschliche Konvergenz“ wird auf diese Problematik im einzelnen eingegangen werden (voraussichtlich Frühjahr 1999).

5 So tanzen z. B. junge Japaner(innen) sonntags auch vor dem Meiji-Schrein zu modernen Techno-Rhythmen – aber

prozesse in Ostasien zeitigen, da sie sich auf ganz anderen Grundlagen als im Westen vollziehen, auch andere Ergebnisse oder Zwischenergebnisse als im Westen<sup>6</sup>.

## 2. Ostasiatische Andersartigkeiten im einzelnen

Die anderen Denk- und Handlungsrahmen der Länder Ostasiens zeigen sich mit ihren jeweiligen Unterschieden auf drei Ebenen<sup>7</sup> – der Ebene

- der religiös-geistigen Grundlagen,
- der Wirtschaftsstrukturen und Wirtschaftspolitiken sowie
- der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnisse.

### *Die Ebene der religiös-geistigen Grundlagen*

Die vielen Gottheiten im chinesischen Volksglauben und im japanischen *Shintoismus* – bezeichnerweise sind diese jeweils in einem vertikalen Götterpantheon eingeordnet – und die pragmatische Lebensphilosophie des Konfuzianismus stehen einem absoluten und personalen christlichen Gottesanspruch im Westen gegenüber.

Als sich die ersten christlichen Patres in Japan bemühten, die Bibel in die japanische Sprache zu übersetzen, stießen sie auf große Übermittlungsschwierigkeiten. So verwandten sie z. B. für den Begriff „Sünder“, womit doch eine individuelle Beziehung zu Gott gemeint ist, die in Japan vorhandenen Worte „Zainin“ oder „Toganin“, womit aber eher ein Mensch bezeichnet wird, der gegen Sozialnormen verstoßen hat. Man redete so gewissermaßen von Anfang an aneinander vorbei. Wei-

---

mit synchron-gemeinschaftlichen Bewegungen aufeinander abgestimmt, während man im Westen individuell vor sich hintanzt. Unterschiede zwischen westlichem Ego und fernöstlicher Wir-Auffassung machen sich auch hier bemerkbar. Oder: Streiks werden in Japan bekanntlich nicht innerhalb der Arbeitszeit durchgeführt. Man verursacht keine Produktionsausfälle, denn man ist der Firma verpflichtet.

6 Wenn im folgenden für Kultur- und Wirtschaftsregionen eine „gewisse Determiniertheit“ über die Zeit – ausgehend von den Volkscharakteren, über Religionen bis zur Gesellschaft und Wirtschaft – zugrunde gelegt wird, so ist damit sicherlich kein Festgelegtsein ad infinitum gemeint. Wie die Geschichte zeigt, finden unaufhörlich Veränderungen statt. Diese sind aber wohl mehr als Variationen oder Neuinterpretationen alter Leitmotive anzusehen. Vgl. dazu Erich Fromm, *Die Seele des Menschen. Ihre Fähigkeit zum Bösen und zum Guten*, Frankfurt am Main 1981. Fromm legt seinen Überlegungen einen Terminus der „realen Möglichkeiten“ zugrunde, von denen ein Mensch und ein Volk zwar nicht loskommt, die aber positiv wie negativ gelebt werden können.

7 Vgl. Siegfried Böttcher, *Ostasien denkt und handelt anders: Konsequenzen für Deutschland*, Schriftenreihe des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 142, Berlin 1996.

tere Mißverständnisse traten auf, als von der katholischen und evangelischen Kirche jeweils unterschiedliche chinesische Worte für Gott benutzt wurden. Westliche Anthropologen benutzten in jüngerer Zeit zur Kenntlichmachung der Unterschiede das Gegensatzpaar: moralische Sündenkultur auf der westlichen Seite, soziale Schamkulturen auf der ostasiatischen Seite<sup>8</sup>. Damit dürften einige der erheblichen Verständigungsschwierigkeiten umrissen bzw. deutlich geworden sein.

Es kommt hinzu, daß im Gegensatz zum sichtlichen Niedergang der christlichen Kircheninstitutionen im Westen in Ostasien eher ein Aufblühen alter, revitalisierter Religionsströmungen festzustellen ist. Japan ist insgesamt *Shinto*-basiert geblieben<sup>9</sup>. Der Gedanke vom Auserwähltsein – des *Chiban*, also an erster Stelle stehen zu wollen – hatte sich nach dem pazifischen Krieg vom militärisch-politischen Anspruch der dreißiger und vierziger Jahre auf einen wirtschaftlichen Primat verlagert. Dieser Anspruch hat allerdings nach den ökonomischen Krisen, vor allem der jüngsten Wirtschaftsmalaise, erheblich an Glaubwürdigkeit verloren.

Die gewaltsame Handelsöffnung Japans durch den amerikanischen Admiral Perry 1854, die verheerende politisch-militärische Niederlage 1945 und jetzt die strukturellen Finanz-, Wirtschafts- und Politikkrisen werden wegen der damit verbundenen menschlichen Verunsicherungen nicht ohne Einfluß auf die religiös-geistigen Grundlagen bleiben. Hinzu kommt, daß anlässlich der kürzlichen China-Reise von Präsident Clinton die Volksrepublik China von den USA eindeutig als bilateraler strategischer Weltmachtspartner anerkannt wurde, während neben Rußland jetzt auch Japan in die zweite Reihe verwiesen worden ist. Das wird die Unsicherheit in Japan weiter erhöhen.

Japan hat heute jedenfalls ganz erheblich an Einfluß verloren und ungeachtet seines nach wie vor großen wirtschaftlichen Gewichts wohl endgültig die erhoffte Vormachtstellung in Südostasien zugunsten Chinas eingebüßt<sup>10</sup>.

In dieser tiefen Krise könnten die vielen tausend, zumeist *Shinto*-basierten sogenannten „Neuen

---

8 Vgl. Ruth Benedict, *The Chrysanthemum and the Sword, Patterns of Japanese Culture*, Tokyo 1954.

9 Nach Abschaffung des Staatshinto durch die USA im Jahre 1945 prägen weiterhin der Sekten- und Volkshinto sowie die vielen Neuen Religionen das Bild.

10 Japan hatte während seiner jahrelang hohen Wachstumsraten und einer damit verbundenen Ausstrahlung auf Ostasien ein Leitbild von den sogenannten „fliegenden Wildgänsen“ mit Japan als Leitgans propagiert. Diese Vision wurde jedoch von vornherein von China abgelehnt. Heute gehört ein solcher Anspruch der Geschichte an.

oder Neu-Neuen Religionen“, die Sekten, ein Auf-  
fangbecken sein, in dem entwurzelte und entmu-  
tigte Japaner Zuspruch und Rückhalt finden. Ein  
weiterer Zulauf zu den „neuen Religionen“ ist des-  
halb wahrscheinlich.

Auf dem Festland-China hat der Kommunismus  
seine Glaubwürdigkeit weitgehend eingebüßt.  
Aber an seine Stelle ist die uralte chinesische  
Volksglaubens-Trinität – Reichtum, Glück und  
langes Leben – getreten. Die Bindung an alte  
Volksgottheiten und auch an neu ausgelegte bud-  
dhistische Strömungen, eine Rückbesinnung auf  
alte Gottheiten scheint wieder zuzunehmen<sup>11</sup>. In  
Taiwan trifft man fast an jeder Straßenecke auf  
einen kleinen oder größeren Volksgottheitstempel.  
Es gibt sogar einen „kleinen Grenzverkehr“ mit  
Götterstatuen über die Straße von Taiwan. So  
wurde kürzlich eine Statue der Gottheit Matsu aus  
Südchina feierlich nach Taiwan geholt, damit diese  
ihre „Kinder-Matus“ in Taiwan besuchen und  
ihnen neue Kräfte geben konnte.

Die Bindungen an alte Gottheiten ist auf einer  
geschäftlichen *Do-ut-des*-Basis (Ich gebe, damit  
Du gibst) angelegt. Man opfert Papiergeld und  
erwartet im Gegenzug Unterstützung im harten  
täglichen Leben, bei Examina und bei persön-  
lichen Problemen: alles sehr chinesisch-pragma-  
tisch, sehr ergebnisorientiert gedacht. Wenn die  
eine Gottheit ihren Kontrakt nicht einhält, wech-  
selt man zu einer anderen oder bestraft die kon-  
traktbrüchige. Diese Bindungen funktionieren und  
geben Kraft. Chinesen ruhen aufgrund ihrer sehr  
alten, sehr endogenen Kultur weitgehend in sich  
selbst, was insbesondere im Vergleich zu den Japa-  
nern auffällt.

Zur Kennzeichnung der Unterschiede zum Westen  
wird in neueren chinesischen Beiträgen darauf hin-  
gewiesen, daß Auslandschinesen bei psychischen  
Störungen nur wenig Hilfe von westlichen Psycho-  
therapeuten erfahren können<sup>12</sup>. Man findet einfach  
keinen Zugang zueinander. Die religiös-geistigen  
Welten sind zu unterschiedlich, als daß man Men-  
schen – losgelöst vom kulturellen Hintergrund – auf  
gleiche Weise behandeln könnte. In China selbst  
gibt es kaum Psychotherapeuten; nicht nur, weil sie  
vom kommunistischen Regime nicht erwünscht  
waren, sondern auch, weil sie in den chinesischen  
Glaubens- und Sozialkosmos nicht hineinpaßten.  
Psychotherapien im Westen dürften auch eher eine

Folge des immer noch nachwirkenden christlichen,  
sexuellen (Erb-)Sündenkomplexes und der moder-  
nen, saturierten westlichen Überflußgesellschaft in  
Verbindung mit einem übersteigerten Selbstver-  
wirklichungsanspruch, dem Verlust sozialer Bezie-  
hungen und einer immer geringer werdenden Fru-  
strationstoleranz sein. Es sei hier nochmals an die  
Unterschiede zwischen der ichbezogenen „Sün-  
denkultur“ im Westen und der wirbezogenen  
„sozialen Schamkultur“ in Fernost erinnert.

Da der chinesische Volksglaube vom Inhalt her  
aber wohl eher rückwärts gewandt ist, dürfte er  
künftig an Bedeutung verlieren. Die Volksgott-  
heitstempel sind stark auf einzelne Familienclans  
oder Gruppen ausgerichtet und können insofern  
nicht den notwendigen „sozialen Bindekitt“ für die  
sich allmählich zersplitternden Familien liefern.

Konfuzius hat fünf wichtige Lebensregeln hinsicht-  
lich des Verhältnisses zwischen Herrscher und  
Untertan, Mann und Ehefrau, der Kinder zu den  
Eltern, unter Kindern und Freunden aufgestellt.  
Vier dieser Lebensmaximen waren eindeutig verti-  
kal, also hierarchisch ausgerichtet, die fünfte  
dürfte sowohl die vertikalen als auch die horizon-  
talen Beziehungen betreffen.

Unter diesen konfuzianischen Maximen befand sich  
aber keine Regel für ein eindeutig horizontal ange-  
legtes Verhältnis der Menschen zueinander – ohne  
Familien- oder Sippenhintergrund. Eine solche  
Maxime wurde in der dörflich strukturierten Gesell-  
schaft kaum benötigt, und sie hätte auch schlecht in  
das vertikal-hierarchische Weltbild hineingepaßt.

Diese „horizontale Lücke“ könnte heute vielleicht  
in Taiwan von einer schnell wachsenden buddhisti-  
schen Strömung, deren Anhänger für die Solidari-  
tät von Mensch zu Mensch eintreten, geschlossen  
werden, wobei auch die zahlenmäßig rasch zuneh-  
menden *Community Centers* eine Rolle spielen  
dürften<sup>13</sup>. Es könnte damit zur Herausbildung  
eines neuen, eines sechsten Lebensprinzips: eines  
solidarischen Mensch-zu-Mensch-Verhältnisses  
kommen.

#### *Die Ebene der Wirtschaftsstrukturen und -politiken*

Auf der anderen religiös-geistigen Basis in Ost-  
asien haben sich auch andere Marktwirtschaften  
und Wirtschaftspolitiken herausgebildet.

11 Vgl. Ludwig und Hedwig Thamm, Glück, Reichtum und  
langes Leben. Tradition und Volksreligion im heutigen China,  
Regensburg 1995.

12 Vgl. Michael Harris Bond (Hrsg.), *The Psychology of the  
Chinese People*, Oxford 1987, S. 209 ff.

13 Vgl. Chiu Hei-yuan, Glauben im Wandel, in: *Freies  
China*, Nr. 2, Taipei 1992; C. K. Chang, *Religion in Chinese  
Society. A Study of contemporary social functions of religion  
and some of their historical factors*, Taipei 1994. Der Autor  
wird ab Frühjahr 1999 über eine neu ausgelegte buddhistische  
Sekte und die *Community Centers* eine Feldstudie beginnen.

Es wird nicht selten gefragt, ob denn etwa Japan überhaupt eine Marktwirtschaft aufweise. Wenn gleich diese Frage ‚schief‘ gestellt ist, so weist sie doch darauf hin, daß Japan und auch andere ostasiatische Erfolgsländer wie Singapur, Taiwan und Südchina zwar Marktwirtschaften haben oder zumindest marktwirtschaftliche Ansätze aufweisen, diese aber anders als westliche Marktwirtschaften strukturiert sind und dementsprechend anders funktionieren. Für diese grundsätzlichen Unterschiede habe ich die Unterscheidung zwischen horizontalen Marktwirtschaften im Westen und vertikalen Marktwirtschaften in Fernost geprägt<sup>14</sup>. Während im Westen die entscheidenden Parameter in der Wirtschaft die einzelnen Individuen und Firmen in horizontaler Zuordnung sind, ist in Ostasien die vertikale Einordnung der Menschen und Firmen der entscheidende Parameter.

Marktwirtschaften sind nicht nach einheitlichen oder auf Einheitlichkeit zustrebenden Kriterien geformt; sie sind jeweils kulturadäquat zu sehen. Formale Ähnlichkeiten im Wirtschaftsablauf können zwar durchaus vorhanden sein; so sind z. B. viele rechtliche Konstruktionen nach westlichem Vorbild entstanden. Inhaltlich laufen die Prozesse jedoch anders ab – und der westliche Fremde muß lernen, dies entsprechend wahrzunehmen.

Auch die Wirtschaftspolitiken sind anders als im Westen geprägt. Während im Westen weitgehend nur der Rahmen festgelegt wird, in dem die Wirtschaftssubjekte agieren, stoßen wir in den ostasiatischen Ländern auf mehr oder weniger integrierte Wirtschaftspolitiken mit der Regierung als Moderator und Integrator. Auch hier steht eine eher horizontal ausgerichtete westliche einer vertikal ausgerichteten östlichen Wirtschaftspolitik gegenüber<sup>15</sup>.

#### *Die Ebene der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnisse*

Zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern bzw. deren Gewerkschaften herrscht in Ostasien kein Konfrontationsdenken wie im Westen – dieses würde dem asiatischen Harmoniegedanken widersprechen und der in China so gefürchteten „Unordnung“ (*Luan*) Vorschub leisten.

Die Lehren von Karl Marx haben deshalb in Japan auch keinen rechten Eingang finden können. Japan brauchte diesen Denker, dessen Theorie auf

der Ausbeutung und Selbstentfremdung des westlichen Menschen fundierte, im Grunde nicht. Und in China ist der Kommunismus letztlich auch nur als ein Instrument notwendig gewesen, um – wenn auch mit vielen Millionen Opfern – jahrhundertlang verkrustete feudale Strukturen und patriarchalische Herrschaftsverhältnisse aufzubrechen<sup>16</sup>.

### **3. Drei unterschiedliche Typen des Kapitalismus**

Im Westen, in Japan und im chinesischen Raum haben sich auf jeweils anderen Grundlagen drei Kapitalismus-Typen<sup>17</sup> herausgebildet, und zwar

- der horizontale Marktkapitalismus westlicher Prägung,
- der vertikale *Ichiban*-Kapitalismus Japans und
- der *Guanxi*- (oder Beziehungs-)Kapitalismus im chinesischen Raum,

die nebeneinander und gegeneinander bestehen.

#### *Westlicher Marktkapitalismus*

Wir gehen im Westen stets von den anonymen Marktkräften aus, die über Angebot und Nachfrage alles regeln – nach unseren Vorstellungen gilt dies weltweit. Dabei bedenken wir gar nicht, daß sich dieses Marktmodell in unserem westlichen Kulturkreis entwickelt hat, daß es also keineswegs auch in anderen Kultur- und Wirtschaftsregionen vorherrschend und prägend sein muß.

Die westliche Ökonomie, wie sie sich bei uns seit dem 17. Jahrhundert herausgebildet hat, setzt eine Gesellschaft voraus, die zumindest auf der formalen Gleichheit ihrer Mitglieder und auf deren Gestaltungsfreiheit beruht<sup>18</sup>. Der entscheidende Parameter ist hier das Ich und sein ökonomisches Interesse.

Diese horizontale Gestaltungsfreiheit hat in Ostasien keine Wurzeln. Dort ist eben nicht das Ego, nicht die Beziehung zwischen gleichrangigen Partnern, sondern das Wir, die Familie oder die Gruppe in vertikaler Abstufung, welche Überordnung und Unterordnung einschließt, ausschlaggebend.

16 Es sollte nicht verschwiegen werden, daß die kommunistische Herrschaft mit riesigen Opfern und Fehlallokationen verbunden gewesen ist. Vgl. Stephane Courtois u. a., *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, München 1998. Dort wird festgestellt, daß in China während der kommunistischen Jahre ca. 65 Millionen Menschen umgekommen sind.

17 Vgl. S. Böttcher (Anm. 7), S. 54 ff.

18 Vgl. Alfred Bürgin, *Zur Soziogenese der Politischen Ökonomie. Wirtschaftsgeschichtliche und Dogmenhistorische Betrachtungen*, Marburg 1993.

14 Vgl. S. Böttcher (Anm. 7), S. 69 ff.

15 Vgl. World Bank Policy Research Report, *The East Asian Miracle, Economic Growth and Public Policy*, Washington 1993.

Der westliche Marktkapitalismus ist nur ein, wenn auch ein sehr wichtiger Transaktionsrahmen in einer mehrfach gegliederten Weltwirtschaft. Der Westen bestimmt heute nicht mehr allein die Spielregeln, sondern muß sich im Rahmen der Globalisierung viel intensiver als bisher mit anderen Ordnungsvorstellungen und Wirtschaftspraktiken auseinandersetzen, ohne sie von vornherein dominieren zu wollen.

#### *Japanischer Ichiban-Kapitalismus*

In Japan und Südkorea (dem japanischen System nachgebildet) sind die Hierarchie und Vertikalität in den großen Firmenverbundgruppen mit ihren vielen nachgeordneten und zumeist über Jahre gebundenen Zulieferanten die entscheidenden Parameter<sup>19</sup>. Zwischen Produzenten und Distributoren (Groß- und Kleinhandel) ist trotz Auflockierungen in den letzten Jahren ein ähnliches Grundverhältnis enger Beziehungen gegeben.

Einen „Markt“ im westlichen Sinne gibt es nicht, bzw. er spielt eher eine Nebenrolle. Die vertikale Einordnung bleibt der ausschlaggebende Parameter. Preise werden im Firmenverbund geregelt, Zulieferanten selten gewechselt, Mergers & Acquisitions, d. h. Zusammenschlüsse und Aufkauf, mit bzw. durch Auslandsfirmen waren bis vor kurzem noch viel bestaunte Ausnahmen.

Man kann einen japanischen nicht mit einem westlichen Markt gleichsetzen wollen. Die genannten wesentlichen Unterschiede sind mitverantwortlich für die problematischen Handelsbeziehungen des Westens mit Japan. Die strukturellen und heute wieder steigenden Handelsbilanzdefizite der USA und Europas gegenüber Japan sind nicht nur von Währungsparitätsänderungen oder von konjunkturellen Schwankungen abhängig, sondern sie haben auch tiefer liegende Ursachen. Trotz Öffnungen im tarifären und nichttarifären Bereich ist es nach wie vor nicht einfach, in die grundsätzlich weiterbestehende, wenn auch lockerer werdende Vertikalstruktur der japanischen Wirtschaft einzudringen. Das Dauerproblem hoher struktureller Handelsbilanzdefizite der USA und der EU-Länder gegenüber Japan dürfte uns auch in Zukunft erhalten bleiben<sup>20</sup>.

19 Vgl. Martin Hemmert, Vertikale Kooperation zwischen japanischen Industrieunternehmen, Köln 1993.

20 Vgl. Heinz Riesenhuber/Josef Kreiner (Hrsg.), Japan ist offen. Chancen für deutsche Unternehmen, Berlin 1998. Es ist für diese Veröffentlichung wie für die Fehlsicht einer Reihe westlicher Autoren über den Marktzugang in Japan symptomatisch, daß nur zwischen tarifären und nichttarifären Barrieren unterschieden wird. Man muß aber eine Dreiteilung zwischen tarifären, nichttarifären und strukturellen

#### *Chinesischer Guanxi-Kapitalismus*

Im großchinesischen Raum – gemeint sind das chinesische Festland, Taiwan und Singapur, unterstützt durch die vielen Millionen Auslandschinesen in Südasien bis hin zu denen in San Francisco in den USA, Vancouver in Kanada und Perth in Australien – sind viele kleine und mittlere Familienunternehmungen über quasifamiliäre Netzwerkbeziehungen, die sogenannten *Guanxi*, miteinander verbunden. Sie sind der entscheidende Parameter, zumal es auch keinen großen, einheitlichen chinesischen Markt gibt, sondern dieser jeweils in viele lokale Märkte aufgesplittet ist<sup>21</sup>.

*Fazit:* Auch im chinesischen Raum gibt es keinen Markt im westlichen Sinne. Den Handlungsrahmen bilden hier die *Guanxi*.

Im Westen wie im Fernen Osten stehen sich unterschiedliche Kapitalismus-Typen mit jeweils anderen Strukturen und Verhaltensweisen gegenüber. Eine Konvergenz dieser unterschiedlichen Transaktionsrahmen ist nicht zu sehen. Natürlich gibt es auch im Westen vertikal angelegte Verbindungen und Beziehungsgeflechte, nur sind diese nicht so prägend wie in Japan und im chinesischen Raum. Das ist der entscheidende Unterschied.

#### **4. Asiatische Werte sind entzaubert**

In den achtziger Jahren bis in die neunziger Jahre hinein ist angesichts der stürmischen Wirtschaftsentwicklung in Ostasien immer wieder auf *die* asiatischen Werte hingewiesen worden<sup>22</sup>. Den ostasiatischen Entwicklungsprozessen lagen und liegen

Hemmnissen vornehmen, wenn man sich nicht die Sicht verbauen will. Tarifäre Hemmnisse sind heute in Japan fast beseitigt, bzw. der japanische Durchschnittszollsatz ist jetzt niedriger als der der EU und kein entscheidendes Zugangshindernis mehr. Auch bei nichttarifären-administrativen Stolperdrähten – wie z. B. bei überflüssigen und von internationalen Absprachen abweichenden administrativen Vorschriften oder teuren Doppel- und Dreifachprüfungen – ist in den achtziger Jahren vieles abgebaut worden. Zählebig und nur durch wirtschaftliche Zwänge (nicht durch Regierungsdekrete) aufzubrechen sind jedoch Strukturbarrieren, die im Vertikalgefüge Japans begründet liegen. Hier ist sicher auch einiges seit Anfang der neunziger Jahre in Bewegung geraten, aber es sind weiterhin Ungleichgewichte und Benachteiligungen bei den internationalen Konkurrenzverhältnissen zuungunsten westlicher Firmen auszumachen. So ist heute der japanische Markt nicht als offen, sondern lediglich als offener zu kennzeichnen.

21 Vgl. Gordon Redding, *The Spirit of Chinese Capitalism*, Berlin 1993; ders., *The Idiom of Chinese Capitalism*, ohne Quellen- und Jahresangaben.

22 Vgl. Akio Morita, *Das Japan, das nein sagen kann*, Tokyo 1993 (in Japanisch), ders., *Das Asien, das nein sagen kann*, Tokyo 1994 (in Japanisch); ferner ders., *China, das nein sagen kann*, Beijing 1996 (in Chinesisch).

jeweils andere Werte zugrunde, man muß daher differenzieren; zumindest vier unterschiedliche Verhaltensmuster sind zu unterscheiden:

- das malaiische wirtschaftshemmende Verhaltensmuster,
- die chinesischen Wirtschaftstugenden,
- der koreanische Aufholehrgeiz und
- der japanischer *Ichiban*-Drang.

Die ostasiatische Krise ist recht vielschichtig. Bezeichnend dafür und für den geringen Zusammenhalt in dieser Region ist, daß weder die APEC (Asian Pacific Economic Cooperation) noch die Asiatische Entwicklungsbank – gerade auch in Japan – eine wesentliche Rolle bei den notwendigen Hilfsmaßnahmen gespielt haben – oder auch, wie von Japan ausdrücklich betont, gar nicht spielen wollten. Eine asiatische Solidarität ist wenig entwickelt, wenn man von den wiederholten Beteuerungen der chinesischen Regierung einmal absieht, den Yuan aus Solidarität mit den südasiatischen Nachbarn nicht abwerten zu wollen.

Die Auswirkungen der ostasiatischen Krise auf den Westen sind zwar trotz vieler Warnungen bisher noch kontrollierbar geblieben, aber das darf uns im Westen nicht dazu verleiten, notwendige Paradigmenwechsel sowie überfällige Umstrukturierungs- und Reformarbeiten zu unterlassen. Die grundsätzlich wirtschaftspositiven Verhaltensweisen in Südkorea und Japan – von denen der überaus rührigen und wenigen Auslandschinesen (die allerdings vor allem im malaiischen Umfeld wirken) einmal ganz zu schweigen – bleiben für den Westen eine existentielle Herausforderung.

##### **5. Ein pazifisches Zeitalter ist nicht in Sicht, aber das chinesische Zeitalter in Ostasien gewinnt an Konturen**

„Das Mittelmeer war das Meer der Vergangenheit, der Atlantik das Meer der Gegenwart, der Pazifik ist aber das Meer der Zukunft.“ Diese Äußerung wird dem stellvertretenden US-Außenminister John M. Hay Anfang des 20. Jahrhunderts zugeschrieben. Seitdem sind fast 100 Jahre vergangen, und ein anhaltendes pazifisches Zeitalter läßt – außer einem bereits zu Ende gegangenen Zwischenspiel – weiter auf sich warten.

Die innere Schwäche einiger südostasiatischer Länder wie Indonesien, Malaysia, Thailand und die Philippinen ist an einer fast zu erwartenden Bruchstelle, nämlich der überaus korrupten und unfähigen politischen Führung – und dies bei enorm erfolgreichen Auslandschinesen in der

Wirtschaft dieser Länder –, zutage getreten<sup>23</sup>. Diese latente Bruchstelle hatte man jedoch im Westen lange Zeit nicht wahrnehmen wollen.

Japan und Südkorea haben wegen großer Struktur-mängel – insbesondere beim Bankensystem mit vielen „faulen“ Krediten aus dem eigenen Land sowie umfangreichen Auslandskrediten und nicht lebensfähigen Mammutbetrieben im Falle Südkoreas –, ferner generell wegen politisch-gouvernementaler und psychologischer Krisen außerordentlich schwierige strukturelle Probleme.

Nur die „verschiedenen Chinas“ sind relativ wenig betroffen. In einer Vergleichsstudie zwischen Taiwan und Südkorea war schon vor Jahren dargelegt worden, wie solide der taiwanische Wirtschaftsaufbau und wie unsoliden dagegen der Parforce-Ritt der Entwicklung mit wenigen Großunternehmen in Südkorea geplant und durchgeführt worden ist<sup>24</sup>. Bei der bisher weitgehenden Resistenz der VR China ist jedoch nicht zu übersehen, daß sich das Festland durchaus erheblichen Problemen und Unwägbarkeiten für die weitere Entwicklung gegenüber sieht – z. B. zunehmender Exportkonkurrenz infolge der Abwertungen asiatischer Krisenländer, großen Entwicklungsunterschieden zwischen dem Süden und dem Norden Chinas, noch ausstehender Entflechtung bzw. Privatisierung ineffizienter Großbetriebe mit nachfolgend steigenden Arbeitslosenzahlen, noch nicht absehbaren Folgen der Flutkatastrophe etc.

Im Westen dagegen hat sich die Wirtschaft der USA überraschend vitalisiert. Auch in Deutschland hat die Wirtschaft seit Beginn der neunziger Jahre durch umfangreiche Rationalisierungen, durch umfängliche Produktinnovationen und durch Produktionsverlagerungen wieder an Kraft und internationaler Wettbewerbsfähigkeit gewonnen.

23 Zu den malaiischen Verhaltensweisen zählen beispielsweise nicht konfuzianische Tugenden wie Sparsamkeit oder wirtschaftliches Streben, so daß die bisherige westliche Annahme über die erfolgreichen, sogenannten neo-konfuzianischen Tigerländer höchstens auf die Auslandschinesen in ansonsten malaiisch geprägten Ländern in Südasiens, nicht aber auf die malaiischen Ethnien und malaiischen Oberschichten selbst zutrifft. Zudem hatten der Nepotismus und die Korruption in diesen Ländern im Vergleich zu China und Japan (wo es zwar auch jeweils Korruption als nationales Erbe gegeben hat) so überaus groteske und wirtschaftshemmende Formen angenommen, daß die jetzigen Krisen einfach kommen mußten.

24 Vgl. Lawrence Lau, *Models of Development. A Comparative Study of Economic Growth in South Korea and Taiwan*, San Francisco 1986.

*Fazit:* Im letzten Jahrzehnt ist fast alles anders gekommen, als gemeinhin erwartet worden ist. Fünf epochale Entwicklungen sind zu verzeichnen:

1. die Implosion der kommunistischen Ostblocksysteme und deren Niedergang;
2. fast zeitgleich beginnend das Zerplatzen der „Seifenblasenwirtschaft“ in Japan mit nachfolgender Wirtschafts- und Vertrauensmalaise bis heute;
3. die tiefen Krisen in den südasiatischen Ländern und in Südkorea;
4. die relative Robustheit der „verschiedenen Chinas“; China steigt auf als Führungsmacht in Ostasien und als zweite Weltmacht neben den USA;
5. die Revitalisierung der Wirtschaft der USA und auch Deutschlands.

Wie hatte man nur vor einem Jahrzehnt ein „Ende der Geschichte“ voraussehen können<sup>25</sup>? Das Gegenteil ist eingetreten. Die Welt ist nicht etwa „westlicher“ geworden, d. h., alle schwenken auf den Tugendpfad der westlichen Marktwirtschaft und der westlichen Demokratie ein, sondern sie wird immer vielfältiger, immer herausfordernder und immer aufregender. Präsident Clinton hat bei seinem kürzlichen Chinabesuch dieser Entwicklung klug Rechnung getragen – ohne westliche Überzeugungen zu opfern. Er ist nicht als Anwalt westlicher Menschenrechtspolitik nach China gekommen und könnte gerade deshalb die Grundlagen für einen fruchtbaren Dialog auf der Basis: hier absolute westliche Menschenrechte, dort relative chinesische Menschenrechtsauffassung, gelegt haben<sup>26</sup>.

---

## II. Konsequenzen für Deutschland

---

### 1. Erfordernisse im Innenbereich

Es steht außer Frage, daß sich die westlichen Länder und Gesellschaften umstellen müssen, um langfristig gegenüber den Herausforderungen aus „anderen“ Welten bestehen zu können<sup>27</sup>. Nicht daß Mißstände in Deutschland nicht wahrgenommen

25 Vgl. Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte*, München 1992.

26 Vgl. *Die Menschenrechtsfrage. Diskussion über China – Dialog mit China*, Nr. 6 der Schriften der Deutschen China-Gesellschaft, Göttingen 1998.

27 Vgl. dazu: Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen*, München 1996; Bassam Tibi, *Krieg der Zivilisationen*, Hamburg 1995.

würden, im Lichte „anderer Welten“ gewinnt aber deren Überwindung weiter an Dringlichkeit. Wie wir alle wissen, ist der Weg von der Erkenntnis bis zur Überwindung der Schwächen lang. Und da ist es gut, wenn Änderungen auch von außen angestoßen werden. Das Schlimmste, was uns im Westen heute passieren könnte, wäre, wenn wir uns jetzt angesichts der „nur“ partiellen ostasiatischen Krisen wieder zurücklehnten und abwarteten. Paradigmenwechsel und Reformen sind nicht nur in den ostasiatischen Krisenländern notwendig. Sie sind gerade auch für den Westen eine *Conditio sine qua non*. Was in Deutschland geschehen müßte, sei für den Werte- und Gesellschafts- sowie für den Wirtschaftsbereich in einigen Stichworten formuliert:

### *Werte- und Gesellschaftsbereich*

1. Die oft beschworene, retrospektiv angesetzte Rückkehr zu alten christlichen Werten allein wird nicht genügen<sup>28</sup>. Wir müssen vielmehr von der (sexuellen) Verformung des Christentums zu einer Angst-Religion seit Paulus und Augustinus endlich loskommen und das unverändert revolutionär Neue des Christentums – die menschliche und gesellschaftliche Humanität und Solidarität – in den Mittelpunkt stellen. Es gilt, die immer mehr zu Tage tretende Kluft zwischen außerhalb der Kirchen lebenden Christen und den kirchlichen Institutionen wieder zu schließen. Die westchristlichen Kirchen müssen eine Antwort auf die Orientierungslosigkeit und Angst der Menschen geben; ansonsten werden unsere Kircheninstitutionen zum Schaden aller weiterhin an Halte- und Prägekraft verlieren – und obskure Sekten werden die Lücken füllen<sup>29</sup>.
2. Eine konservativ-progressive Werthaltung ist anzustreben: Die Zielvorstellung, an alten Wurzeln festzuhalten und doch aufgeschlossen zu sein gegenüber Neuem, etwa modernen (Hochtechnologie-)Anforderungen, ist beileibe kein Widerspruch in sich. Sie ist vielmehr als Erfolgsrezept für das neue, vor uns liegende Jahrhundert anzusehen.

### *Wirtschaftsbereich*

1. Im Bereich der Makroökonomie müssen die viel diskutierten Reformen so schnell wie möglich durchgeführt werden.

28 Vgl. S. Böttcher (Anm. 7), S. 81 ff.

29 Vgl. Eugen Bieser, *Die glaubengeschichtliche Wende. Eine theologische Positionsbestimmung*, Graz u. a. 1987; Eliane Pagels, *Adam, Eva und die Schlange. Die Theologie der Sünde*, Reinbek 1991.

2. Im Mikrobereich, das heißt in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern/Gewerkschaften, müssen wir zu einer engeren Zusammenarbeit kommen, um die seit Anfang der neunziger Jahre erreichte Konsolidierung nicht zu gefährden.

## 2. Erfordernisse im Außenbereich

Im Außenbereich müssen wir auf eine Verbesserung der Wettbewerbsverhältnisse für den internationalen Handel hinwirken sowie unsere Kräfte bündeln:

Das heißt *erstens*, auf eine strukturelle Öffnung der Märkte in Ostasien zu drängen, um die Wettbewerbsungleichgewichte im internationalen Handel, die zu unseren Ungunsten bestehen, zu reduzieren. Da letzteres, zum Beispiel in Japan, kaum durch Regierungsdekrete zu bewerkstelligen ist, kann dies offenbar nur durch eigene Wirtschaftszwänge, wie Banken- und Firmenpleiten induziert werden.

*Zweitens* muß das alte Drei-Säulen-Konzept – Berichterstattung und Beratung durch die deutschen Botschaften, die deutschen Auslandshandelskammern und die Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAi) – zum Fünf-Säulen-Konzept ausgebaut werden. Als vierte Säule muß ein Netz sogenannter deutscher Häuser (in einigen ostasiatischen Ländern existieren bereits deutsche Zentren, in denen deutsche Firmen vertreten sind), als fünfte müssen deutsche Firmenpools von kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort hinzukommen.

Ein Netz deutscher Häuser beginnt sich zwar allmählich herauszubilden, deutsche Firmenpools sind allerdings in Ostasien bislang nur sehr spärlich vertreten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollten sich jedoch vermehrt zu Kooperationen zusammenschließen<sup>30</sup>. Große deutsche Unternehmen in China wie Volkswagen oder Siemens genügen allein nicht, um die sich bietenden Marktchancen zu nutzen.

<sup>30</sup> Ein deutscher Firmenpool sollte etwa aus fünf bzw. sieben KMU unter der Steuerung eines landeserfahrenen Moderators bestehen. Damit können Kosten gespart, ein gemeinsames Marketing bei komplementären Produkten betrieben sowie draußen an Gewicht und Gesicht gewonnen werden. Damit würde die bisherige auswärtige Schwäche deutscher KMU: geringe Finanzkraft und schwache Personaldecke, ausgeglichen werden. Angesichts des in den nächsten Jahren anstehenden umfangreichen Generationswechsels in der Führung vieler deutscher KMU dürfte – auch erzwungen von der Globalisierung – die Neigung zur Bildung deutsch-deutscher Kooperationen = Firmenpools zunehmen.

Das Konzept von Firmenpools wird insbesondere vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), aber auch von einzelnen Industrie- und Handelskammern vertreten. Bislang gibt es in Shanghai einen deutschen Firmenpool, ein weiterer wird gerade gegründet. Leider wurde diese Möglichkeit bei der 7. Asien-Pazifik-Konferenz der deutschen Wirtschaft in Peking Ende April 1998 mit keinem Wort erwähnt, was den bisher noch geringen Stellenwert von Kooperationen deutscher Unternehmen miteinander anzeigen dürfte.

*Drittens* ist ein gestaffeltes Vorgehen deutscher Firmen notwendig. Für alle Unternehmen gilt, daß sie lernen müssen, auf asiatische Weise, das heißt in vertikaler Rangordnung zu denken und dementsprechend vorzugehen<sup>31</sup>. So muß beispielsweise von Anfang an feststehen, wer der Seniorpartner und wer der Juniorpartner ist. Gerade bei interkulturellen Kooperationen, d. h. einer Zusammenarbeit zwischen Firmen unterschiedlicher Kultur- und Wirtschaftsregionen, ist es wichtig festzulegen, wer die Entscheidungen – sei es als größter Partner oder als maßgeblicher Technologiegeber – zu treffen hat. Ein gutes Beispiel könnte die im Gespräch befindliche interkulturelle Kooperation zwischen Mercedes-Benz und Nissan werden, da Mercedes eindeutig der Stärkere wäre. Deutsche Großunternehmen, sogenannte „Hidden Champions“, oder auch kleine und mittlere Firmen mit besonders innovativen Produkten oder Dienstleistungen können sicherlich im Alleingang im ersten Ansatz fremde Märkte in Ostasien erschließen. Dann aber beginnt die große Ratlosigkeit, denn diese Firmen können den entscheidenden Marktdurchbruch in Ostasien allein nicht schaffen. Für einen dementsprechenden Erfolg werden viele kleine und mittlere Unternehmen, die ja das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sind, benötigt. Sie brauchen jedoch logistische Hilfe und müssen dazu vor allem Hilfe zur Selbsthilfe organisieren.

Als Konsequenzen für Deutschland sind nicht nur äußerliche Anpassungen bei den Bemühungen um Export- und Auslandsinvestitionen gefragt. Die notwendigen Umstellungen reichen von tiefgreifenden Änderungen im Werte-, Politik- und Wirtschaftsbereich in Deutschland bis zu neuen, gebündelten Wirtschaftsaktivitäten außerhalb Deutschlands.

<sup>31</sup> Siegfried Böttcher, Ostasien erfordert geistige Umstellung und Bündelung der Kräfte, in: Japan. Analysen, Prognosen, Nr. 128/129 vom Febr./März 1997, ifo Japan Studienstelle, S. 15 ff.

## **Heinrich Kreft: Das „asiatische Wunder“ in der Krise. Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/98, S. 3–12

Die meisten Länder Ostasiens haben in den vergangenen drei Jahrzehnten eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erlebt, die in der Geschichte der Weltwirtschaft einmalig ist. Dieser Erfolg führte zu einer Diskussion über einen eigenständigen asiatischen Entwicklungsweg auf der Basis „asiatischer Werte“ und einer „asiatischen Demokratie“ – eine Diskussion, die im Juli 1997 ein jähes Ende fand, als Thailand von einer Währungskrise erfaßt wurde, die sich rasch zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise ausweitete und nahezu ganz Ostasien erfaßte. Die wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen sowie gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise sind gewaltig. Sie führt nicht nur zum Aufbrechen bisher durch das Wirtschaftswachstum überdeckter ethnischer Konflikte, sondern auch zur Erhöhung zwischenstaatlicher Spannungen.

Die Zukunft Ostasiens wird im wesentlichen von drei Akteuren bestimmt: den USA, Japan und China. Nur die USA und die maßgeblich von ihnen beeinflussten internationalen Finanzinstitutionen konnten das notwendige Krisenmanagement leisten. Die ostasiatische Wirtschaftssupermacht Japan hingegen steckt selbst in einer tiefen Krise. China ist durch seinen (bisherigen) Verzicht auf eine Währungsabwertung zum wichtigen Stabilitätsanker der Region geworden. Allerdings steht es selbst vor großen Reformproblemen, so daß es möglicherweise auch noch von der Krise erfaßt wird.

Die ostasiatische Krise ist vor allem eine Krise der politischen Ökonomie des asiatischen Entwicklungswegs. Gelingt ihre Reformierung, vor allem durch eine grundlegende Demokratisierung, dürfte eine Fortsetzung der hohen Wirtschaftsdynamik langfristig gesichert sein. Die Erholung Ostasiens ist notwendig für die wirtschaftliche und politische Stabilität in der Region, was von globaler Bedeutung ist.

## **Manfred Pohl: Japan und die Zukunft der ASEAN-Staaten**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/98, S. 13–24

Japan ist die Rolle zugefallen, seinen wichtigsten Nachbarstaaten (mit Ausnahme Chinas) durch politische Maßnahmen zur Belebung der eigenen Wirtschaft und zur Überwindung der Bankenkrise aus der Krise zu helfen. In nur zwei Jahren hat sich die Lage innerhalb Japans (Regierungswechsel) und in den wichtigsten Partnerländern drastisch verändert: Der vergleichsweise politisch „starke“ japanische Ministerpräsident Hashimoto trat nach einer schweren Wahlniederlage zurück; in Indonesien stürzte Staatspräsident Suharto und überließ das „Familienunternehmen Indonesien“ seinem Nachfolger Habibie, in Malaysia mußte der liberale Finanzminister Anwar Ibrahim zurücktreten, sein Mentor, Regierungschef Mahathir, erzwang einen dirigistischen Wirtschafts- und Finanzkurs. In Myanmar (vormals Birma) sucht die Militärregierung SPDC (State Peace and Development Council) nach politischer Anerkennung, die wirtschaftliche Misere rangiert erst auf dem zweiten Platz.

Eine im wesentlichen schwache japanische Regierung sieht sich vor der erdrückenden Aufgabe, nach Kräften die eigene Krise zu bewältigen und dabei zugleich Hilfe für die schwächlichen Wirtschaften der wichtigsten Nachbarländer zu leisten. Der wichtigste ASEAN-Partner Japans, Malaysia, lehnt das Rezept des Internationalen Währungsfonds ab (das Japan unterstützt), Indonesien wird zu einem Risikofaktor für die japanische Exportwirtschaft und Myanmar zu einer außenpolitischen Belastung. In diesem Beitrag wird versucht, die Aspekte dieser Problematik darzustellen.

## **Aurel Croissant: Demokratisierung und die Rolle der Zivilgesellschaft in Südkorea, Taiwan und auf den Philippinen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/98, S. 25–33

Der Terminus „Zivilgesellschaft“ ist spätestens seit den Demokratisierungsprozessen in Ostmitteleuropa zu einem der Schlüsselbegriffe in der Demokratisierungsforschung geworden. Insbesondere im Hinblick auf die Konsolidierungschancen junger Demokratien wird ihm in der theoretischen wie empirischen Forschung große Bedeutung beigemessen.

Ziel des Beitrages ist es herauszufinden, unter welchen Einflußbedingungen sich zivilgesellschaftliche Strukturen und Akteure im asiatisch-pazifischen Raum entwickelt haben. Es wird gezeigt, daß zivilgesellschaftliche Akteure in den drei ost- und südostasiatischen Transformationsländern Südkorea, Taiwan und die Philippinen als „Eröffnungsakteure“ eine bedeutende Rolle beim Übergang von der Autokratie zur Demokratie spielten. Die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Organisationen

und Aktivitäten gewinnt nun in den jungen Demokratien noch an Dynamik, so daß die neunziger Jahre als „Blütezeit“ der Zivilgesellschaft in diesen Ländern bezeichnet werden können.

Die blühenden zivilgesellschaftlichen Landschaften sind jedoch im Hinblick auf die Konsolidierungsaussichten der Demokratien nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten. Vielmehr zeigen die Erfahrungen dieser asiatischen Transformationsfälle, daß die Ausweitung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und die Befreiung gesellschaftlicher Prozesse von staatlicher Kontrolle nicht notwendigerweise die Demokratie stärken: Auch innerhalb der Zivilgesellschaft entsteht gesellschaftlicher und politischer Einfluß in Konkurrenz, und zwar nicht in einer „reiferen“ Form, sondern entsprechend bekannter und eingeübter Techniken sozialer Interessenvermittlung. Ob sich die jungen Demokratien Taiwans, Südkoreas und der Philippinen konsolidieren werden, wird nicht nur davon abhängen, ob es den Zivilgesellschaften gelingt, sich von staatlicher Bevormundung zu befreien, sondern auch davon, ob ihre Akteure alte Einstellungs- und Verhaltensmuster überwinden.

### **Jürgen Rüland: Religiöse Erneuerung in Südostasien. Ihre Auswirkungen auf Säkularisierung und Demokratie**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/98, S. 34–46

Für Modernisierungstheoretiker galt als ausgemacht, daß Modernisierung und Säkularisierung zwei Seiten ein und derselben Medaille sein würden. Seit den siebziger Jahren schwappt jedoch eine Welle der religiösen Erneuerung über die Welt, von der nahezu alle großen Religionsgemeinschaften erfaßt wurden. Auch Südostasien bildet dabei keine Ausnahme. Vor diesem Hintergrund stellt der vorliegende Beitrag drei grundlegende Fragen: erstens, inwieweit mit der religiösen Erneuerung Gefahren für die politische Stabilität verbunden sind, zweitens, ob durch sie die säkulare Staatsidee zurückgedrängt wird und, drittens, ob mit ihr jene Thesen neue Bestätigung finden, die in asiatischen Religionen schon immer ein Demokratisierungshindernis erblicken wollten.

Zur Beantwortung wird in einem ersten Abschnitt auf das Verhältnis von Religion und Politik im postkolonialen Asien eingegangen. Im Anschluß daran werden die Erscheinungsformen, Trägerschichten und Ursachen der religiösen Erneuerung sowie die Reaktion des Staates darauf beleuchtet. Im letzten Abschnitt werden die eingangs aufgeworfenen Fragen wieder aufgegriffen und folgendermaßen beantwortet: Gefahren für die politische Stabilität sind nicht von der Hand zu weisen, die Gefahren für die säkulare Staatsidee halten sich in Grenzen, und die Religionen der Region implizieren nicht per se Demokratisierungsblockaden. Ein Erstarken fundamentalistischer Islaminterpretationen könnte jedoch im Verbund mit den sozialen Folgen der Asienkrise und der damit einhergehenden Krise des westlichen Entwicklungsmodells Demokratisierungsfortschritte aufhalten.

### **Siegfried Böttcher: Andere Werte und Handlungsrahmen in Ostasien. Konsequenzen für Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/98, S. 47–54

Im ersten Teil des Beitrages werden die unterschiedlichen Kultur- und Wirtschaftsregionen des Westens und Ostasiens (Japan und China) gegenübergestellt, wobei unter einer Kultur- und Wirtschaftsregion jeweils Wirkungszusammenhänge zwischen zugrundeliegenden Volkscharakteren, adaptierten Religionen, Lebensphilosophien sowie endogenen sozioökonomischen Prozessen zu verstehen sind. Unterschiede in Ostasien zeigen sich auf drei Ebenen: der religiös-geistigen Basis, der Wirtschaftsstrukturen und -politiken sowie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnisse. Schließlich wird der vielschichtigen ostasiatischen Krise nachgegangen und aufgezeigt, daß statt eines „pazifischen Zeitalters“ ein „chinesisches Zeitalter“ an Konturen gewinnt.

Im zweiten Teil werden im Lichte der ostasiatischen Gegebenheiten Konsequenzen für Deutschland im Werte- und Gesellschaftsbereich bis hin zur Wirtschaft aufgezeigt, und es wird ein entsprechendes Handeln empfohlen.